



## HESSISCHER LANDTAG

07.03.2007

## 125. Sitzung

Wiesbaden, den 7. März 2007

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	8635	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	8671
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	8635	Elisabeth Apel . . . . .	8654
Präsident Lothar Quanz . . . . .	8635	Ursula Hammann . . . . .	8656
48. Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>Hessen braucht eine familienpolitische Offensive</b>		Frank Williges . . . . .	8659
– Drucks. 16/6956 – . . . . .	8635	Gernot Grumbach . . . . .	8660
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . .	8653	Heinrich Heidel . . . . .	8662, 8671
39. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>echte Wahlfreiheit für Familien herstellen – Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder endlich einführen</b>		Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	8665
– Drucks. 16/6947 – . . . . .	8635	Tarek Al-Wazir . . . . .	8667
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . .	8653	Andrea Ypsilanti . . . . .	8669
45. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Forderungen der Bundesfamilienministerin unterstützen – vorschulische Bildung in Hessen verstärken</b>		Kurt Wiegel . . . . .	8670
– Drucks. 16/6953 – . . . . .	8635	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	8671
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Sozialpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	8653	5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz</b>	
Andrea Ypsilanti . . . . .	8635, 8638	– Drucks. 16/6936 – . . . . .	8671
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	8637	<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i> . . . . .	8676
Kordula Schulz-Asche . . . . .	8638, 8645, 8651	Minister Volker Bouffier . . . . .	8672, 8676
Dorothea Henzler . . . . .	8641	Nancy Faeser . . . . .	8672
Rafael Reißer . . . . .	8643, 8645	Tarek Al-Wazir . . . . .	8673
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	8646, 8652	Eva Kühne-Hörmann . . . . .	8674
Petra Fuhrmann . . . . .	8649, 8653	Jörg-Uwe Hahn . . . . .	8674
Florian Rentsch . . . . .	8650	Birgit Zeimet-Lorz . . . . .	8675
Claudia Ravensburg . . . . .	8651	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	8676
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	8653	36. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>keine neue Versalzung der Werra</b>	
49. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Klimaschutz ohne Kompromisse verantwortungsbewusst gestalten</b>		– Drucks. 16/6944 – . . . . .	8676
– Drucks. 16/6957 – . . . . .	8653	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	8684
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	8671	66. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>ökologische Notwendigkeiten und ökonomische Interessen in der Werra-Region in Einklang bringen</b>	
63. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Klimaschutz in Hessen endlich wirksam voranbringen</b>		– Drucks. 16/6999 – . . . . .	8676
– Drucks. 16/6996 – . . . . .	8654	hierzu:	
		Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		– Drucks. 16/7001 – . . . . .	8676
		<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	8684
		Ursula Hammann . . . . .	8676
		Elisabeth Apel . . . . .	8679, 8684

	Seite
Gernot Grumbach . . . . .	8679
Heinrich Heidel . . . . .	8680
Dirk Landau . . . . .	8681
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	8682
Sigrid Erfurth . . . . .	8683
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	8684
 3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Be- hinderungen</b>	
– Drucks. 16/6895 – . . . . .	8684
<i>Nach erster Lesung dem Sozialpolitischen Aus- schuss überwiesen</i> . . . . .	8688
Petra Fuhrmann . . . . .	8684
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	8685
Florian Rentsch . . . . .	8686
Petra Müller-Klepper . . . . .	8686
Dr. Andreas Jürgens . . . . .	8687
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	8688
 4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern (Hess. Nichtraucherschutzgesetz – NIG)</b>	
– Drucks. 16/6928 – . . . . .	8688

	Seite
<i>Nach erster Lesung dem Sozialpolitischen Aus- schuss überwiesen</i> . . . . .	8705
 8. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein <b>Gesetz zum Schutz vor den Folgen des Passivrauchens (Hessisches Nichtraucherschutzge- setz)</b>	
– Drucks. 16/6968 – . . . . .	8688
<i>Nach erster Lesung dem Sozialpolitischen Aus- schuss überwiesen</i> . . . . .	8705
Kordula Schulz-Asche . . . . .	8688, 8693, 8702
Florian Rentsch . . . . .	8690, 8693, 8696, 8702
Alfons Gerling . . . . .	8693
Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	8696
Dr. Thomas Spies . . . . .	8697, 8700, 8704
Nicola Beer . . . . .	8698, 8699
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	8700
Clemens Reif . . . . .	8703
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	8705
 55. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petiti- onen</b>	
– Drucks. 16/6862 – . . . . .	8705
<i>Petition Nr. 3455/16 dem Petitionsausschuss zurück- überwiesen; restliche Beschlussempfehlungen ange- nommen</i> . . . . .	8705
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	8705

#### Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsidentin Sarah Sorge

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen  
beim Bund Volker Hoff  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
MinDirig Eric Seng  
Staatssekretär Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz  
Staatssekretär Klaus-Peter Güttler  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

#### Abwesende Abgeordnete:

Michael Denzin  
Stefan Grüttner  
Christoph René Holler  
Hans-Jürgen Irmer

(Beginn: 9.01 Uhr)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zu unserer Jubiläumssitzung, der 125. Sitzung des Landtags, begrüßen und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung. Erledigt sind die Punkte 1, 2, 29, 47, 54, 60, 61 und 62.

Wir tagen heute vereinbarungsgemäß bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 48, dem Setzpunkt der SPD-Fraktion, verbunden mit den Tagesordnungspunkten 39 und 45. Dann folgt Tagesordnungspunkt 49, Antrag der Fraktion der CDU betreffend Klimaschutz. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 36.

Auf Ihren Plätzen sind zwei Dringliche Entschließungsanträge der Fraktion der CDU verteilt. Es ist zum einen der Dringliche Entschließungsantrag betreffend „Der Opfer gedenken“, Drucks. 16/6998. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Dem wird nicht widersprochen. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 65 und kann nach Tagesordnungspunkt 59 zu diesem Thema aufgerufen und ohne Aussprache sofort abgestimmt werden. Sind Sie einverstanden? – Dann können wir so verfahren.

Weiterhin eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend ökologische Notwendigkeiten und ökonomische Interessen in der Werraregion in Einklang bringen, Drucks. 16/6999. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 66 und kann mit Tagesordnungspunkt 36, dem Setzpunkt der GRÜNEN zu diesem Thema, aufgerufen werden. – Kein Widerspruch, so beschlossen.

Ich darf darauf hinweisen, dass Herr Staatsminister Stefan Grüttner heute entschuldigt fehlt. Er ist zu einer Sondersitzung der Regierungschefs der Länder in Brüssel.

Auf Ihren Plätzen verteilt finden Sie heute den vorläufigen Terminplan für das Jahr 2008.

Jetzt wollte ich einem Geburtstagskind – fast noch – gratulieren. Unser Kollege Florian Rentsch ist aber noch nicht da. Wir müssen das später nachholen. Er hat heute Geburtstag.

(Günter Rudolph (SPD): So sind die Jungen!)

– Vielleicht hat er hineingefeiert. Es kann ja sein.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dienst ist Dienst!)

Meine Damen und Herren, ich darf **Tagesordnungspunkt 48** aufrufen:

**Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend Hessen braucht eine familienpolitische Offensive – Drucks. 16/6956 –**

Dazu wird **Tagesordnungspunkt 39** aufgerufen:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend echte Wahlfreiheit für Familien herstellen – Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder endlich einführen – Drucks. 16/6947 –**

und **Tagesordnungspunkt 45:**

### **Antrag der Fraktion der FDP betreffend Forderungen der Bundesfamilienministerin unterstützen – vorschulische Bildung in Hessen verstärken – Drucks. 16/6953 –**

Als Erste hat die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Frau Ypsilanti, das Wort. Die Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion.

### **Andrea Ypsilanti (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Präsident, erlauben Sie mir, auch darauf hinzuweisen, dass wir heute den Internationalen Frauentag haben.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Morgen! – Zurufe von der CDU und der FDP: Morgen! – Ui!)

– Entschuldigung. Es ist immer gefährlich, wenn man schlauer sein will als der Präsident. Aber die SPD-Fraktion hat heute einen Empfang.

(Michael Boddenberg (CDU): Bei mir haben Frauen immer Frauentag, Frau Kollegin!)

– Herr Kollege, Frauentag kann man nicht oft genug feiern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zunächst einmal möchte ich mich bei der Bundesfamilienministerin von der CDU auch als Sozialdemokratin bedanken. Da wir uns mit der Ministerin Ihrer Partei solidarisch erklären, bedanken wir uns auch für die gute und vorausschauende Familienpolitik, die sie macht, da sie gute Vorlagen von den vorherigen Ministerinnen hat, der Ministerin Bergmann und der Ministerin Schmidt. Wir gehen sogar noch weiter: Wir legen Ihnen heute einen Antrag vor, in dem die Forderungen Ihrer Familienministerin stehen. Im Gegensatz zu Ihrer Bundespartei können Sie heute zeigen, dass Sie den Forderungen Ihrer Ministerin auch zustimmen, indem Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Renate Schmidt hat eine vorbildliche, eine zukunftsweisende Politik für Familien gemacht. Es ist ihr gelungen, dieses Thema zu einem Zukunftsthema zu machen – und zu einem Kompetenzthema meiner Partei.

Meine Damen und Herren, ich weiß, wovon ich hier rede; denn auch bei uns war es sehr oft das Bohren dicker Bretter. Ich weiß aber – das sehen Sie auch an dem Konzept, das wir vorgestellt haben –, dass heute auch die Männer in meiner Partei dieses Thema an oberste Stelle rücken und dass sie dieses Thema mit uns Frauen in der Partei voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem die Familienministerin Ihrer Partei sich dem angeschlossen hat, fing das große Husten an. Die halbe Partei hat gehustet, weil der Staub von Ihrem alten Familienbild aufgewirbelt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Dann kamen Fragen wie: Sollen Frauen, die kleine Kinder haben, wirklich arbeiten? Es wurde auch viel von Wahlfreiheit gesprochen. – Ja, natürlich, ich spreche auch von Wahlfreiheit. Aber wir müssen an dieser Stelle fragen: Können Frauen denn wirklich wählen? Ist es unter den heutigen Verhältnissen nicht so, dass Frauen ganz oft keine Wahl haben, weil die Familie vielleicht in prekären

Verhältnissen lebt und von einem Gehalt überhaupt nicht leben kann? Wenn sie einen Job im Niedriglohnsektor haben, dann reicht gerade im Rhein-Main-Gebiet ein Gehalt nicht mehr zum Leben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die Wahlfreiheit von Männern habe ich übrigens in der CDU auch noch niemanden philosophieren gehört.

Ich war heute Morgen beim Frühstück im Hotel. Eine ausländische Familie saß nebendran und hat sich darüber unterhalten, wie irre doch die Diskussion ist, die wir in Deutschland in dieser Beziehung führen. – Meine Damen und Herren, unseren europäischen Nachbarn muss unsere Diskussion wie ein historisches Dokudrama vorkommen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Frage stellt sich in den anderen Ländern der Europäischen Union überhaupt nicht mehr, weil sie sie im Sinne einer emanzipatorischen Familienpolitik gelöst haben. Das ist auch gut so. Dort stellt sich eben nicht mehr die Frage, ob Frauen arbeiten, wenn sie Kinder haben.

Meine Damen und Herren von der CDU, in Ihrer Partei ist dieses ideologische und anachronistische Familienbild immer noch nicht überwunden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mit großem Selbstbewusstsein sagen: In der Sozialdemokratie richten wir unsere Politik an den realen Bedürfnissen, an den realen Wünschen und übrigens auch an den realen Notwendigkeiten von Familien aus.

(Beifall bei der SPD)

Die realen Notwendigkeiten sind mit Sicherheit nicht der Besuch eines Familientags und der Genuss eines Grußwortes von Frau Lautenschläger. Politik an den realen Bedürfnissen ist ganz klar auch die Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren, ganz konkret ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Politik für flexible Öffnungszeiten. Das ist eine Politik für kleine Gruppen in Kindergärten. Das ist eine Politik für die Fort- und Weiterbildung von engagierten Erzieherinnen. Das ist eine Politik für qualitätvolle Ganztagschulen, und das ist auch eine Politik für ein verbindliches Kindergartenjahr. Meine Damen und Herren, das ist eine Politik, die sich an den realen Bedürfnissen von Familien ausrichtet.

(Beifall bei der SPD)

In einem Interview wurde ich gefragt, ob ich folgenden Satz unterschreiben könnte, der da lautet: „Der Staat kann einen Beitrag dazu leisten, dass Frauen sich frei fühlen, ihre jeweils eigene Wahl zu treffen.“ Ich füge hinzu: Auch Männer können dazu einen Beitrag leisten.

Das hat der Herr Ministerpräsident gesagt. Man muss aber genauso deutlich sagen: Wenn er so etwas ankündigt, dann soll er auch einen Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wahlfreiheit braucht verlässliche Bedingungen, und wenn man verlässliche Bedingungen will, muss man dement-

sprechend auch Geld in die Hand nehmen. Im Gegensatz zu Ihrer Ministerin haben unsere Ministerinnen sich immer um die Finanzierung ihrer Konzepte gekümmert. Sie haben sich der schmerzlichen Frage unterworfen, woher das Geld für die Programme kommen soll, die wir für die Familien machen, und zwar ohne Neuverschuldung.

Dann erst wurde es spannend, das gebe ich zu. Dann wurde es auch oft strittig. Aber wir haben uns diesen Fragen gestellt. Auch bei dem Konzept, das wir in der letzten Woche vorgestellt haben, haben wir gesagt, wie wir es finanzieren wollen. Wir sind dieser schwierigen Frage nicht ausgewichen.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wie wollen Sie es denn finanzieren? Indem Sie den Familien etwas wegnehmen!)

– Ich sage etwas dazu, natürlich. – Wir haben gesagt: Wenn wir mit solchen Riesenschritten vorangehen – es sind Riesenschritte, und wir brauchen sie in Deutschland, damit wir mit unseren europäischen Nachbarn gleichziehen können –, dann reden wir über 4 bis 6 Milliarden €. Da muss der Bund seinen Beitrag leisten. Wir bekennen uns dazu: Der Bund will seinen Beitrag leisten.

Sie haben noch nie einen Finanzierungsvorschlag gemacht. Bei Ihnen fing dann aber die Diskussion darüber an: Dürfen, wollen oder sollen wir das Geld des Bundes überhaupt nehmen? – Das ist eine lächerliche Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es noch die Diskussion, die Herr Milde gerade eben angestoßen hat. Sie dreht sich um die Frage: Ist diese Finanzierung gerecht? – Meine Damen und Herren der CDU in Hessen, dürfen Sie die Frage nach Gerechtigkeit bei diesem Thema überhaupt stellen?

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Gerade Sie haben den größten Kahlschlag in Hessen zu verantworten. Gerade Sie haben den Kommunen das Geld für die Förderung der Familien weggenommen.

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Kollegin, wo geschah das denn bitte?)

Gerade Sie haben mit Ihrer „Operation düstere Zukunft“ das Geld für die Weiterbildung und die Beratung gestrichen. Deswegen dürfen gerade Sie diese Frage überhaupt nicht stellen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde, ich werde auch auf den Vorwurf, wir wollten das Kindergeld nicht erhöhen, eingehen. Schauen wir uns doch einmal das Thema Kindergeld an.

Ja, wir haben gesagt: Wir können auf die geplante Erhöhung des Kindergelds um 10 € erst einmal verzichten. Dieses Geld nehmen wir dann für die Kinderbetreuung.

Wir haben aber gleichzeitig noch etwas anderes gesagt. Das dürfen Sie nicht verschweigen. Das alles soll bis zum Jahr 2010 geschehen. Bis zum Jahre 2010 wollen wir aber auch eine Freistellung der Eltern von Gebühren für Kindertagesstätten erreichen. Rechnen Sie einmal die 120 € pro Jahr gegen die Freistellung der Eltern von der Zahlung der Gebühren für die Kindertagesstätten. Rechnen Sie einmal aus, was dabei herauskommt.

(Beifall bei der SPD)



Herr Milde, nur einmal so en passant: Von Ihnen kam noch überhaupt kein Vorschlag. – Wenn sich Herr Koch heute hierhin stellen und sagen würde: „Okay, wir machen die Reform der Unternehmensbesteuerung nicht, die uns bis zu 6 Milliarden € kosten kann,

(Michael Boddenberg (CDU): Hören Sie doch auf!)

wir nehmen das Geld und stecken es in die Kinderbetreuung“ – damit treffe ich genau Ihre empfindliche Stelle –, wenn er das sagen würde, dann hätte er vielleicht kein Koch-Steinbrück-Papier mehr, aber dafür könnte er einen Koch-Ypsilanti-Kompromiss schließen. Dafür stehe ich zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Aber das wird wahrscheinlich nicht passieren.

Ich möchte bei diesen 120 € bleiben. Meine Damen und Herren, Sie können zu Recht sagen, davon würden nur Familien profitieren, die Kinder im Kindergarten haben. Aber auch Sie wissen genau, dass gerade die Familien mit kleinen Kindern, die in den Kindergärten sind, am allerstärksten auf die finanzielle Förderung angewiesen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Damit auch das klar ist: Der Ministerpräsident hat auf dem Parteitag der CDU vor zwei Jahren gesagt, er würde einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik einleiten. Nach zwei Jahren kann man dann schon einmal fragen: Was ist dabei herausgekommen?

Schauen wir uns einmal die Politikfelder an. Was hat denn der Ministerpräsident z. B. hinsichtlich der Bildungspolitik unternommen? Die Kinder stehen in dem achtjährigen Gymnasium unter Druck. Der Druck wird von der Schule auf die Kinder weitergegeben. Die Kinder geben den Druck an die Eltern weiter. Das hat Stress in die Familien gebracht. Das ist keine gute Familienpolitik.

Sie haben die Auslese im 4. Schuljahr zementiert. Eltern müssen zu diesem Zeitpunkt entscheiden, auf welche Schule ihr Kind gehen soll.

(Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie das wieder zurücknehmen?)

Sie wissen, wenn das Kind nicht auf das Gymnasium kommt, geht der Weg nur noch nach unten. Sie haben Stress in die Familien gebracht.

Meine Damen und Herren, was haben Sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht? Sie haben die Arbeitszeit auf 42 Stunden erhöht. Sie sollten das einmal nachrechnen. Das ist eine Arbeitszeit von 8,4 Stunden pro Tag. Wenn man die Pausen hinzunimmt, sind es etwa neun Stunden. Bei Berücksichtigung der Wegezeiten sind es etwa zehn Stunden am Tag, die eine Mutter oder ein Vater nicht bei der Familie ist. Wenn Sie das unter Familienpolitik verstehen, haben Sie keine Ahnung von Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Frau Kollegin, wie lange arbeiten Sie denn pro Tag?)

– Ja, das ist ein Problem. Aber ich habe es mithilfe meiner großen Familie gelöst. Herr Boddenberg, das geht Sie aber überhaupt nichts an.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kordula Schulz-Asche und Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir können alle Felder durchdeklinieren. Ich möchte auf die Ladenöffnungszeiten zu sprechen kommen. Ja, die Mütter und Väter können jetzt bis 22 Uhr einkaufen. Das ist „klasse“. Wer aber sitzt an den Kassen, füllt die Regale auf und macht die Schichtarbeit? Das sind die Frauen. Auch das ist wirklich kein grandioses Beispiel für eine Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Familien brauchen finanzielle Absicherung. Das wissen wir. Wir wissen heute, dass Väter, Mütter und ihre Kinder ganz oft von dem, was die Eltern verdienen, nicht mehr leben können. Was machen Sie? – Sie sperren sich in der Diskussion um die Einführung der Mindestlöhne. Meine Damen und Herren, Sie haben die Familienpolitik wirklich noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Es reicht eben nicht, bei der Betreuung stehen zu bleiben. Wenn man über die Familien redet, muss man auch deren soziale Lage ins Blickfeld nehmen. Da gibt es ganz viel zu tun. Weil Sie das nicht tun, sind Sie in dieser Frage absolut unglaublich. Ich habe das gerade vorgetragen. Sie unterstützen nicht einmal die Forderungen Ihrer eigenen Ministerin.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt auf die Hessische Sozialministerin zu sprechen kommen. Frau Ministerin, wir haben uns eigentlich schon immer gefragt, warum Sie in dieser Legislaturperiode noch keine Regierungserklärung abgegeben haben. Aber darüber muss man wahrscheinlich nicht nachdenken. Das ist so, weil Sie zu diesem Thema überhaupt nichts zu sagen haben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Ypsilanti, vielen Dank. – Zu einer Kurzintervention erhält Herr Milde das Wort.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Ypsilanti, ich habe mich zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet, mein Anliegen aber auch schon einmal dazwischengerufen: Ich finde es unerträglich, dass Sie zur Finanzierung der Krippenplätze Familien gegen Familien ausspielen wollen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Das Einzige, was Ihnen eingefallen ist, um die Freistellung der Krippenplätze von Gebühren zu finanzieren, ist die Kürzung des Kindergeldes und die Streichung des Ehegattensplittings.

(Norbert Schmitt (SPD): Was fällt denn Ihnen ein? – Weitere Zurufe von der SPD)

Genau das Gegenteil ist aber richtig. Wenn das, was Sie wollen, Wirklichkeit werden soll, nämlich dass die Lebensentwürfe derer, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen oder müssen, und derer, die sich entscheiden, ihr Kind zu Hause zu erziehen, gleichberechtigt nebeneinander stehen, dann können wir nicht den einen das Geld wegnehmen, um den anderen etwas zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens halte ich es für verlogen, dass Sie behaupten, wir hätten in Hessen die Finanzierung der Kindergärten im Kommunalen Finanzausgleich reduziert.

(Zuruf von der SPD: Natürlich ist das so!)

Noch nie wurde in den Kommunalen Finanzausgleich so viel Geld vom Land eingestellt, wie es im Jahr 2007 der Fall ist und im Jahr 2006 der Fall war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Hildegard Pfaff (SPD): Was hat das mit dem Land zu tun?)

Noch nie hatten die Kommunen so viel Geld zur Verfügung, um die Betreuung der Kinder zu finanzieren.

Eines will ich zum Ende auf jeden Fall noch sagen. Wenn es Ihnen ernst damit ist, dass diese beiden Lebensentwürfe gleichberechtigt nebeneinandergestellt werden sollen, dann brauchen wir auf jeden Fall in Deutschland bessere Betreuungsangebote. Das ist keine Frage. Man muss sich in Ruhe darüber Gedanken machen, wie man das finanziert.

(Hildegard Pfaff (SPD): Ach so!)

So etwas kann man sicherlich nicht über Nacht bewerkstelligen. So etwas muss man seriös machen.

Ich bitte Sie, dass wir uns dann aber auch Gedanken darüber machen, wie wir auf der anderen Seite die gesellschaftliche Anerkennung und die Funktion der Mutter oder des Vaters, die oder der zu Hause bleibt, und deren oder dessen Finanzierung sicherstellen, damit es überhaupt möglich ist, dass diejenigen, die zu Hause bleiben wollen, sich das leisten und es tun können.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Ypsilanti, Sie haben Gelegenheit zur Antwort. Bitte sehr.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das war die grobe Unwahrheit!)

#### **Andrea Ypsilanti (SPD):**

Herr Milde, ich habe es bereits gesagt: Wahlfreiheit einzuräumen ist richtig. Aber nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass für die meisten Frauen und Männer überhaupt keine Wahlfreiheit herrscht. Denn sie sind dazu finanziell nicht in der Lage.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten zu Recht nach vorne kommen und mir einen Vorwurf hinsichtlich des Finanzierungsvorschlags machen können, wenn Sie einen besseren gehabt hätten. Aber Sie kommen mit nichts hierher und machen uns Vorwürfe. Sie kommen mit nichts.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben auf Bundesebene festgestellt, dass es diesen Finanzierungsbedarf gibt. In den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene haben Sie aber genauso festgestellt, dass Sie nicht wissen, woher das Geld kommen soll.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Ich habe einen Vorschlag gemacht. Wir können über die Reform der Unternehmensbesteuerung reden. Was haben Sie denn im hessischen Haushalt an Rückstellungen für die Reform der Unternehmensbesteuerung gemacht? Ich bin kein Mitglied des Haushaltsausschusses, aber soweit ich mich erinnere, sind das 250 Millionen €. Stellen Sie sich hierher und sagen: „Wir machen das anders, wir stecken das Geld in die Betreuung der Kinder“, dann reden wir weiter. Sich aber einfach hierhin zu stellen und nichts zu sagen, das geht nicht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Ypsilanti, vielen Dank. – Als Nächste erhält Frau Kollegin Schulz-Asche für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Michael Boddenberg (CDU): Sind auch Sie für Steuererhöhungen?)

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Glücklicherweise ist der Kopf rund. Das ist er, damit sich die Gedanken in verschiedene Richtungen bewegen können. Sie können also ab und zu die Richtung wechseln. Wir hatten deswegen gehofft, dass Frau von der Leyen in der Lage ist, bei der CDU einen Sinneswandel auszulösen.

Allerdings wurde sie heute Morgen bzw. gestern Abend zurückgepfiffen. Damit zeigt sich, dass die CDU auf das Familienbild der Fünfzigerjahre zurückgefallen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen fordere ich von dieser Stelle ausdrücklich sowohl Frau Lautenschläger als auch Ministerpräsident Koch auf: Stellen Sie heute klar, ob Sie hinter Frau von der Leyen und ihrer Familienpolitik stehen

(Michael Boddenberg (CDU): Machen Sie sich einmal keine Sorgen!)

oder ob Sie sich dem Kauderwelsch anschließen wollen, das aus der CDU-Fraktion in Berlin kommt, und das Modell der Fünfzigerjahre weiterverfolgen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Machen Sie sich einmal keine Sorgen!)

Dank der rot-grünen Regierung im Bund gibt es in der Bundesrepublik das Tagesbetreuungsausbaugesetz. Damit gibt es seit dem Jahr 2005 die Möglichkeit, Bildung, Betreuung und Erziehung in guter Qualität zu erreichen.

Ich möchte jetzt meine Eingangsgedanken wieder aufnehmen. Ich freue mich, die SPD auch im Klub begrüßen zu dürfen.

(Zurufe: Oh!)

Frau Ypsilanti, wir begrüßen, dass auch Sie jetzt den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz fordern. Wir freuen uns, dass Sie sich da unserer Position endlich angeschlossen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNEN wollten dies bereits im Zusammenhang mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz machen. Die SPD hat das leider erfolgreich verhindert.

Es ist wirklich fraglich, wie ernst die ehemaligen Volksparteien ihre plötzlichen Erkenntnisse hinsichtlich der Betreuung der Kleinkinder wirklich nehmen. Allein schon die Diskussion über die Wahlfreiheit der Familien – Frau Ypsilanti hat es gerade angesprochen –, mit der sich ein paar konservative Herren kurz vor ihrer Pensionierung beschäftigen, ist doch zynisch. Wann hat denn für junge Eltern in Deutschland jemals Wahlfreiheit bestanden? Diese Frage muss man stellen, wenn man sich anschaut, auf welchem Stand der Kleinkindbetreuung wir uns befinden.

Die professionelle Betreuung der Kinder galt und gilt einigen auch immer noch als Teufelswerk. Je weiter man sich von der Lebensrealität junger Familien entfernt, umso reaktionärer werden die Einstellungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Folgen dieser Ideologie sehen wir in allen Bereichen. Wir haben ganze Jahrgangsguppen Jugendlicher, die in unserem Schulsystem nicht mehr mithalten können. Sie werden ausgegrenzt. Wir müssen heutzutage zum Teil hohe Kosten in Kauf nehmen, um diesen Jugendlichen zu Schulabschlüssen, zu Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen zu verhelfen.

Die Veränderungen im Leben der Familien wurden nicht zur Kenntnis genommen. Die Hausfrauenehe wünschten sich in den letzten Jahrzehnten immer weniger junge Menschen. Trotzdem haben wir das Ehegattensplitting, das die Dequalifizierung der Frauen sozusagen auch noch subventioniert.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das ist wohl der Hammer!)

Uns fehlen Betreuungsmöglichkeiten. Wir haben eine staatlich subventionierte Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsmarkt. Das hat zum Ergebnis, dass wir in Europa eine der niedrigsten Erwerbsquoten bei Frauen haben. Das ist die Folge konservativer Familienpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einmal bei den Folgen bleiben. Wenn wir davon ausgehen, dass Frauen und Männer die gleichen beruflichen Fähigkeiten und die gleichen Führungsqualitäten haben, dann muss man sich doch fragen, warum in den Vorständen der 100 größten Unternehmen in Deutschland lediglich eine Frau sitzt. Das heißt doch, dass zumindest die Hälfte dieser Vorstände mit zweitklassigen Männern besetzt ist. Das ist die Realität in Deutschland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen gilt es, schnell und wirkungsvoll zu handeln. Wir brauchen endlich mehr Betreuungsplätze von guter Qualität, und wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Betreuung auch für unter dreijährige Kinder in diesem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um dieses Ziel zu erreichen, hilft uns die Schönfärberei der hessischen CDU mit ihren angeblich einzigartigen Erfolgen nicht. Zu dieser Schönfärberei gehört eine wundersame Vermehrung um 5.000 Plätze. Vielleicht können Sie Wasser in Wein verwandeln. Aber wie Sie 5.000 Plätze ohne zusätzliche Finanzmittel geschaffen haben wollen, das können Sie gleich – das erwarte ich auch von Ihnen – hier erklären.

Wir verfügen überhaupt erst dank des Tagesbetreuungsbaugesetzes seit 2006 über eine einigermaßen vernünftige Datenlage. Lassen Sie uns deswegen mit vernünftigen und allgemein zugänglichen Daten argumentieren, oder legen Sie neue vor. Natürlich hat sich in den letzten Jahren einiges – auch in anderen Bundesländern – geändert. Deswegen arbeite ich im Moment mit den Daten, die vorliegen: 1. März 2006, Statistisches Bundesamt. Danach liegt Hessen, wenn man sich den Bundesdurchschnitt von 13,5 % anschaut, auf Platz 10 aller Bundesländer.

Meine Damen und Herren, wenn man etwas ehrlicher ist: Es gibt ein Gefälle zwischen Ost und West. Wir betrachten nur die westdeutschen Bundesländer, von denen wir wissen, dass die Betreuungsquote bisher sehr viel geringer ist, nämlich etwa 7,8 %. Dann liegt Hessen auf Platz 4 und nicht auf Platz 1.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das ist falsch!)

Meine Damen und Herren, das ist die Datenlage vom 15. März 2006. Wenn Sie neue Daten zum 15. März 2007 haben, dann legen Sie sie vor. Es ist noch nicht der 15. März 2007, aber vielleicht sind Sie Ihrer Zeit genauso voraus wie Frau Ypsilanti.

(Heiterkeit bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Ei, darüber lacht noch nicht einmal die eigene Truppe!)

Wir brauchen hier keinen Streit darüber, ob es nun 500 oder 600 mehr sind. Wir brauchen eine für die Planung verbindliche Grundlage in den Zahlen. Natürlich hat der Anteil der betreuten Kinder zugenommen. Wir haben auch einen Rückgang der Zahl der Kinder dieser Altersgruppe. Wir haben auch eine Zunahme an Betreuungsplätzen. Aber auch das ist in allen Bundesländern passiert.

Meine Damen und Herren, das Problem in Hessen ist: Sie versuchen, sich hier als Leuchtturm hervorzureden, aber in Wirklichkeit sind Sie Durchschnitt. Deswegen sind weitere Anstrengungen notwendig, statt mit Schönfärberei zu argumentieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinder sind uns lieb und teuer. Deswegen brauchen wir keine verwirrenden Zahlenspiele von einer Presseerklärung zur nächsten. Wir brauchen auch keine falschen Behauptungen, wie es in der letzten Woche vonseiten der SPD geschehen ist, mit einer Betreuungsquote von 5 %. Auch das trifft natürlich nicht zu und hat mit seriöser Argumentation nichts zu tun.

Wir gehen davon aus, dass Frau von der Leyen recht hat, dass wir heute einen Betreuungsbedarf haben, der ungefähr bei 30 % der unter Dreijährigen liegt, und dass wir bis zum Jahre 2013 mindestens für 25 % der Kinder unter drei Jahren einen Platz zur Verfügung stellen müssen.

Wir können genau sagen, was das bedeutet. In Hessen werden im Jahre 2013 152.000 Kinder unter drei Jahre leben. Das ist die Prognose des Statistischen Landesamtes. 35 % davon heißt 53.200 Plätze. Wenn wir derzeit von 15.100 oder meinetwegen auch 16.000, 17.000, 18.000 ausgehen, brauchen wir zwischen 30.000 und 40.000 neue Plätze. Wir müssen jetzt sehen, welches Finanzierungskonzept wir von Kommunen, Bund und Land zusammenbekommen, um genau diese Plätze wirklich bereitstellen zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Meine Damen und Herren, in Hessen tragen derzeit die Kommunen die finanziellen Hauptlasten der Kleinkinderbetreuung. Das war schon immer so. Das hat sich aber auch durch das BAMBINI-Programm nicht geändert. Der Löwenanteil der Finanzierung kommt aus dem kommunalen Finanzausgleich, nur wenige zusätzliche Landesmittel haben sich in den letzten Jahren leicht erhöht. Aber alle Mittel reichen nicht aus, um die notwendigen 30.000 bis 40.000 neuen Plätze zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich eine Unverschämtheit von Ministerpräsident Koch, lediglich auf Berlin zu zeigen und zu sagen: Dort muss jetzt Geld herkommen. – Es ist doch logisch. Natürlich brauchen wir Mittel vom Bund. Aber wir brauchen auch zusätzliche Mittel vom Land Hessen für diese gesellschaftliche Aufgabe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie mögen es gebetsmühlenartig wiederholen. Herr Milde hat es gerade wieder versucht. Unter Rot-Grün wurde in Hessen die Betreuungsgarantie für Kindergartenkinder umgesetzt – 60.000 neue Plätze für 750 Millionen €. Statistisch war dieser Rechtsanspruch umgesetzt, als Sie 1999 die Regierung übernommen haben.

Dann standen – da haben Sie recht – im Landeshaushalt 3,6 Millionen €. Anstatt aber nun weiter in den Ausbau der Kleinkinderbetreuung zu investieren, haben Sie 50 Millionen € aus den kommunalen Mitteln für Betriebskosten und Investitionen gestrichen. Frau Lautenschläger, wenn Sie Frau Ypsilanti vorwerfen, sie könne nicht lesen, dann kaufen Sie sich eine Bifokalbrille, damit Sie die Gesamtheit der Mittel im Land Hessen überblicken können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine seriöse Datenbasis. Frau von der Leyen – das ist auch schon gesagt worden – erspart sich alle lästigen Details, um überhaupt nicht über Finanzierung zu sprechen. Die SPD hat sich wenigstens die Mühe gemacht, darüber nachzudenken.

(Michael Boddenberg (CDU): Großartig! – Ministerpräsident Roland Koch: Vier minus!)

Aber der Vorschlag, das durch einfaches Aussetzen der Kindergelderhöhung zu finanzieren, ist eine im tiefsten Maße unsoziale und ungerechte Maßnahme.

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Ypsilanti hat nach Steuererhöhungen gerufen!)

Meine Damen und Herren, die Kleinkinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht auf Kosten von Familien mit älteren Kindern gehen. 10 € mehr für ein Kind mag für die Meister der einfachen Wahrheiten nur eine lächerliche Summe sein. Aber für ein Kind aus ärmeren Verhältnissen stellt sich die Frage:

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sportverein ja oder nein? Kinobesuch ja oder nein? Letztendlich Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ja oder nein? – Wenn wir für ärmere Kinder etwas erreichen wollen, ist die Teilnahme am öffentlichen Leben eine ganz zentrale Frage der Gerechtigkeit. In Deutschland leben 10,2 % der Kinder in Armut.

(Michael Boddenberg (CDU): Deshalb will die SPD das Kindergeld kürzen! – Ministerin Silke Lautenschläger: Michael, sie unterstützt uns!)

In diesen Bereich einzugreifen, halte ich wirklich für ungerecht. Es ist sicher richtig, sich darüber Gedanken zu machen, ob das Kindergeld tatsächlich in Kinder investiert wird. Aber das Einfrieren des Kindergeldes, wie es die SPD in Berlin vorschlägt,

(Ministerin Silke Lautenschläger: Und in Hessen!)

ist ein Vorschlag sozialer Kälte.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Hingegen ist an den SPD-Vorschlägen richtig und zielführend, die gewaltigen Steuervorteile für Ehepaare abzubauen und die dort eingesparten 5 Milliarden € in die Kleinkinderbetreuung zu investieren. Das grüne Modell würde bedeuten, dass wir allein im Bund durch die Einsparung beim Ehegattensplitting 200 Millionen € hätten, die wir ganz gut und direkt in die Kleinkinderbetreuung in Hessen investieren könnten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Eltern hier wirklich eine freie Wahl haben, wie sie die Betreuung ihrer Kinder organisieren wollen. Es muss einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr geben. Meine Damen und Herren, jedes Kind in Hessen, das Betreuung braucht, soll auch einen Betreuungsplatz bekommen – durch den flächendeckenden Ausbau von Plätzen und durch die Verbesserung der Qualität, die ich bereits eingangs angesprochen habe und die so notwendig ist. Dafür brauchen wir solide Finanzierungskonzepte.

Deswegen hat meine Fraktion in Berlin eine Kinderbetreuungskarte vorgeschlagen. Die würde auch das Problem der Überweisung von Bundesmitteln bis hinunter auf die Kommunen lösen. Gerade vor dem Hintergrund der Föderalismusreform wäre das eine vernünftige und umsetzbare Lösung. Wir begrüßen das als Fraktion hier im Hessischen Landtag ausdrücklich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu praktisch jedem Landeshaushalt der letzten Jahre hat meine Fraktion Konzepte vorgelegt, um zur Erfüllung der Betreuungsgarantie, des Rechtsanspruchs den Platzausbau für Kleinkinderbetreuung zu finanzieren. Meine Damen und Herren, diese Vorschläge wurden aber regelmäßig abgelehnt. Wir fordern in einem Landesprogramm mehr Qualität in der Betreuung von Kindern von null bis zehn Jahren. Gerade unter dem Aspekt der Vereinbarkeit und der Qualität ist das ein Landesprogramm, das umgesetzt werden muss, damit Bildung, Betreuung und Erziehung aus einem Guss für die Eltern entlastend eingesetzt werden können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, das zeigt, wenn man tatsächlich will, dann kann man auch als Land einen Beitrag zur guten Kinderbetreuung leisten. Nicht alle Menschen sind gleich. Glücklicherweise ist jeder Mensch anders. Das gilt auch für Kinder. Sie brauchen eine individuelle Förderung. Lassen Sie uns endlich darangehen, dies auch in Hessen für alle Kinder, die Betreu-



ung brauchen, möglich zu machen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Schulz-Asche. – Als Nächste hat Frau Henzler das Wort für die FDP-Fraktion.

(Michael Boddenberg (CDU): Wo ist denn Herr Rentsch?)

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Florian Rentsch ist auch da, aber dieser Antrag befasst sich in erster Linie mit einem Bildungsthema, und deshalb rede ich zuerst.

(Michael Boddenberg (CDU): Das war nicht böse gemeint!)

– Gut. – Meine Damen und Herren, wir können der Familienministerin dankbar sein, dass sie das Thema Familie in die Debatte gebracht hat und es einen solch breiten Raum einnimmt. Allerdings sollten wir uns über eines nicht hinwegtäuschen: Die Aufmerksamkeit, die dieses Thema jetzt in den Medien erhalten hat, ist auch darauf zurückzuführen, dass dieses Thema zu einem Streit in der Großen Koalition geführt hat. Medien berichten gern über Streit in einer Koalition. Deshalb ist das Thema Familie dermaßen in den Vordergrund gekommen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau von der Leyen hat sich zur Finanzierung nicht geäußert. Sie hat jetzt einen Rückzieher gemacht und gesagt, sie beruft eine Konferenz ein, um sich über die Finanzierung schlau zu machen und dann ein neues Konzept vorzulegen. Die SPD hat gesagt: Wir frieren das Kindergeld ein und nehmen den betreffenden Betrag dafür.

Prof. Borchert – uns allen in Hessen bekannt – hat dazu gesagt, das ist der völlig falsche Weg, denn dabei müssen Eltern für Eltern zahlen. Das heißt, wir spielen Eltern gegeneinander aus. Das aber kann es nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ypsilanti, Sie haben hier heute wieder sehr deutlich bewiesen, dass die SPD eine ganz klar staatsorientierte Politik betreibt. Sie nehmen allen Eltern das Geld weg, machen daraus ein Kinderbetreuungsprogramm, und wenn die Eltern von dem Geld wieder etwas haben wollen, dann müssen sie ihre Kinder in die staatliche Betreuung schicken. Das nennen wir Bevormundung von Eltern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich denke, alle Fraktionen in diesem Hause und alle Parteien sind sich über Folgendes einig: Kinderbetreuung muss sich verändern. Kinderbetreuung muss besser werden. Sie muss in der Qualität besser und flexibler werden. Das Angebot der Öffnungszeiten muss besser werden. Die Zeiten müssen sich an der Berufswelt orientieren, das stimmt.

Es muss auch mehr verschiedene Möglichkeiten der Kinderbetreuung geben. Das fängt mit den Tagesmüttern an. Aber da sind sie nur wirklich zielführend, wenn sie einem Verbund angehören. Wenn beispielsweise eine Tagesmut-

ter erkrankt, dann muss eine andere dafür eintreten. Die Kinderkrippe, die staatliche Betreuung für unter Dreijährige, ist sehr wichtig und muss ausgebaut werden. Aber wir dürfen auch die privaten Initiativen der Kinderbetreuung nicht aus den Augen lassen. Da gibt es sehr intensive und innovative Einrichtungen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich muss auch die Schule die Betreuungszeiten mit aufnehmen und erweitern. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen aber eines: All das ist nicht das Allheilmittel zur Steigerung der Geburtenrate. Das aber ist etwas, was wir eigentlich alle gerne hätten.

Die Politik muss sich ernsthaft Gedanken machen, welchen Stellenwert Kinder und die Familie in dieser Gesellschaft haben. Man kann die Bedeutung der Kinder nicht dadurch herbeireden, dass man ständig nur über die Bedeutung ihrer Fremdbetreuung redet. Kinder an sich haben einen Stellenwert.

(Beifall bei der FDP)

Kinder verändern das Leben. Ein junges Paar, das Kinder bekommt, erlebt eine völlig neue Einstellung zum Leben, eine völlig neue Organisation des Lebens. Da kann ich eine noch so gute staatliche Rundumbetreuung anbieten, diesem Problem müssen sich die jungen Leute stellen. Diese Veränderung müssen sie annehmen und akzeptieren. Und es ist ein schönes Problem, damit umzugehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage das auch für die Erwachsenen und die Älter-Werdenden: Kinder und auch Enkelkinder sind die eigentlichen Zentren lebenslangen Lernens. Das können wir durch keine Bildungspolitik erreichen. Kinder und Enkelkinder bringen einem bei, wie das Leben weitergeht und was es alles Neues im Leben gibt.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss die Gesellschaft helfen, Eltern ihren Kinderwunsch zu verwirklichen. Wenn man den Umfragen glaubt, wollen alle 20-Jährigen einmal Kinder haben. Da muss man sich doch fragen: Wo bleibt dieser Wunsch im Laufe des Lebens? Wo ist er denn mit 35, wenn sie dann immer noch keine Kinder haben?

Deshalb müssen wir auch andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen verändern. Das beginnt in der Ausbildung. Es muss für junge Frauen Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeit geben – wenn sie denn Kinder haben wollen. Je jünger sie Kinder bekommen, desto besser ist es letztendlich.

(Beifall bei der FDP)

An den Universitäten muss das Klima der Vereinbarkeit von Familie und Studium verbessert werden. Die Angebote müssen anders aufeinander abgestimmt werden.

Meine Damen und Herren, die Arbeitgeber, die Firmen bewegen sich jetzt. Glauben Sie mir aber eines: Die bewegen sich nicht nur aus Gründen der Familienfreundlichkeit, sondern aus der bloßen Not des drohenden Mangels an Arbeits- und Fachkräften in der Zukunft.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Über eines müssen wir uns auch Gedanken machen: Wenn der Zeitpunkt vorbei ist, zu dem junge Leute einfach Kinder bekommen, wenn die natürlichen Abläufe nicht mehr so einfach funktionieren – wie helfen wir denn

dann den Elternpaaren mit Angeboten zur künstlichen Befruchtung? Da bezahlt die Krankenkasse, also die Versicherungsgemeinschaft, nur die Hälfte. Wer aber bezahlt die Abtreibungen? Die bezahlen wir aus Steuergeldern, die bezahlen alle. Da müssten wir uns wirklich einmal überlegen, ob wir das nicht eventuell umschichten,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

damit für die Geburtsmedizin nicht nur die Krankenversicherung zuständig ist, sondern eben die gesamte Gesellschaft.

Das oberste Gebot für eine Familie muss aber die Freiheit der Entscheidung sein – und zwar, ohne dass hinterher eine Wertung stattfindet. Die Mutter, die gerne zu Hause bleibt und ihre Kinder zu Hause erzieht, ist genauso wertvoll wie die Mutter, die Beruf mit Kindererziehung vereinbart.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Beide Wege bedürfen der Anerkennung. Bei einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Jahr habe ich da aber große Bedenken. Aus Rechtsansprüchen entstehen Ansprüche – und dann auch Ansprüche an die Mütter.

(Petra Fuhrmann (SPD): Natürlich, das ist der Sinn der Sache!)

Daraus entstehen auch Ansprüche an die Mutter, indem gesagt wird: Hör mal, du hast einen Rechtsanspruch auf einen Platz, dann gibt dein Kind doch einmal dorthin und geh wieder arbeiten.

(Beifall bei der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Ach du jemine!)

Jawohl, dieser psychologische Druck auf die Mütter entsteht, und das halte ich für falsch.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das FDP-Modell, das wir Ihnen in unserem Antrag vorstellen, vereinbart drei Bereiche. Es vereinbart die Forderung nach frühkindlicher Bildung mit unserer Kinderschule – die SPD nennt es verpflichtendes Kindergartenjahr. Daraus entsteht eine Gebührenfreiheit für die Vierjährigen, denn das BAMBINI-Programm, das jetzt im Grunde auf die Fünfjährigen zugreift, kann dann für die Vierjährigen gelten. Auch etwas Drittes entsteht, nämlich freie Plätze. Wenn die Fünfjährigen bereits in die Kinderschule gehen, dann ist in den Kindertagesstätten Platz für die Zweijährigen. Das heißt, wir öffnen dieses Angebot auch für Kinder unter drei Jahren, und dadurch werden Plätze frei.

Lassen Sie mich zu unserem Antrag drei wichtige Punkte sagen.

Das Erste ist: Alle Kinderbetreuungseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen. Auch die Forderung der Europäischen Union – jetzt überall in der Presse zu lesen; Kinder müssen früher gebildet und an Bildung herangeführt werden – muss in den Kindertagesstätten oberster Leitgedanke werden. Das heißt, wir brauchen in diesem Land Bildung aus einer Hand. Die Kindertagesstätten müssen in den Bereich des Kultusministeriums überführt werden, denn das Kultusministerium ist für Bildung zuständig, nicht nur für schulische, sondern auch für vorschulische Bildung.

Dem Einschulungszeitpunkt und der Einschulung muss größere Bedeutung beigemessen werden. Wir sagen, es hat wenig Sinn, wenn ganz unterschiedlich vorgebildete Kinder in die erste Volksschulklasse kommen. Es gibt Kinder, die schon Geschwister zu Hause haben und lesen und schreiben können, und es gibt Kinder, die können sich weder die Schnürsenkel binden, noch haben sie jemals eine Schere in der Hand gehabt. Dieses Problem ist für die Grundschullehrerinnen in der 1. Klasse bei 27 Kindern und einer solchen Spreizung schwierig zu meistern.

Deshalb sagen wir: alle fünfjährigen Kinder in die Kinderschule. Die beginnt als Erstes mit einer grundlegenden Diagnostik der Kinder: Wo stehen sie? Was können sie? Wo haben sie körperliche, wo sprachliche Defizite, wo solche im Sozialverhalten oder im kognitiven Bereich? Für jedes Kind muss für dieses eine Jahr ein individuelles Förderprogramm erarbeitet und zusammengestellt werden. Das Ziel ist: Nach diesem Jahr sollen alle Kinder fit für den Schuleingang sein, damit sie in der Schule aktiv mitlernen können und am Start bessere Chancen haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben dieses Modell bereits im Jahr 2002 vorgestellt und eingebracht. Leider war damals die Reaktion der CDU-Abgeordneten sehr wenig erfreulich. Frau Wolff sah keinen Bedarf für eine verpflichtende Kinderschule. Herr Irmer hat die Schulpflicht für Fünfjährige abgelehnt. Herr Reißer hat gesagt, bei dem letzten Kindergartenjahr bestehe derzeit überhaupt kein Handlungsbedarf. Das hat er damals gesagt, jetzt wurde aber doch gehandelt. – Wir müssen den Schwerpunkt vielmehr auf die Betreuung der unter Dreijährigen legen. Das geht, indem man die Fünfjährigen in die Kinderschule nimmt und dann im Kindergarten für die unter Dreijährigen Platz hat.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in diesem Bereich bleibt sehr viel zu tun. Der Vorschlag der FDP vereint alle Forderungen, die man an die Vorschule haben kann, in einem Konzept. Wir wollen die vorschulische Bildung deutlich stärken. Wir wollen mehr Betreuungsplätze anbieten, und wir wollen dies zur reinen Ländersache machen, ohne Mischfinanzierung mit dem Bund. Es kann auch nicht sein, dass der Bund wieder hineinregiert und den Kommunen vorschreibt, wo sie zu investieren und Geld auszugeben haben. Wir haben schon erlebt, wie schwierig es bei den IZBB-Mitteln in Verbindung mit den Ganztagschulen gewesen ist. Das sollte bei den Kindertagesstätten nicht weitergehen und noch schlimmer werden.

(Beifall bei der FDP)

Es reicht nicht, dass der Herr Ministerpräsident als stellvertretender CDU-Vorsitzender in Berlin die Vorschläge von Familienministerin von der Leyen begrüßt, davon in Hessen aber nichts umgesetzt. Wir haben ihm vorgetragen, wie es gehen kann, und wir bitten hierfür um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Henzler. – Herr Reißer, Sie haben für die CDU-Fraktion als Nächster das Wort.

**Rafael Reißer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den letzten Wochen ist in Deutschland die Familienpolitik wieder verstärkt zu einem öffentlichen Thema geworden. Das finden wir auch gut so, denn es ist zweifellos eines der zentralen gesellschaftlichen Themen der Bundesrepublik. Wir, die CDU, wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern, denn die Eltern sollten die Möglichkeit haben, die für sie beste Betreuungsform zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Auf diesem Wege hat die Hessische Landesregierung, Ministerin Silke Lautenschläger, mit Unterstützung der CDU-Fraktion in den letzten Jahren sehr viel erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden diesen Weg zum Wohle der Familien in Hessen weiterhin konsequent fortsetzen. Allerdings ist die Art und Weise, wie dieses Thema von Teilen der Opposition angegangen wird, höchst fragwürdig. Frau Ypsilanti, ich meine da in erster Linie Sie und Ihre SPD. Wenn ich mir Ihre Aussagen anhöre, dann frage ich mich, ob es einfach nur Unwissenheit ist oder ob es etwa ein Stück Verzweiflung darüber zum Ausdruck bringt, dass die CDU und die Hessische Landesregierung auf diesem Politikfeld, von dem Sie glauben, einen Alleinanspruch zu haben, durchaus hervorragende Ergebnisse vorzutragen haben. Das ärgert Sie.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Überhaupt nicht!)

Wenn man sich die letzten Umfragen von Dimap ansieht, dann mag das auch ein Grund dafür sein, dass Sie sich ärgern. Denn Dimap hat in den letzten Untersuchungen ganz klar festgestellt, 33 % der Bevölkerung glaubten, dass die CDU eine bessere Familienpolitik mache, und nur noch 26 % der Bevölkerung seien von dem überzeugt, was Sie da vortragen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das Bild, das die SPD von der Familienpolitik in Hessen beschreibt, hat mit der Realität nichts zu tun. Insbesondere bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren stehen Ihre Forderungen in einem krassen Gegensatz zu dem, was Sie während Ihrer rot-grünen Regierungszeit getan haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Stellen Sie doch die Studie einmal vor!)

– Dann lassen Sie sich einmal die Zahlen vortragen. – Schauen Sie sich einmal an, was das Statistische Bundesamt hierzu gesagt hat: 1994 lag die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Hessen bei 2,1 %. 1998 waren das gerade einmal 2,6 %. Eine Betreuungspolitik hat zu Ihrer Regierungszeit überhaupt nicht stattgefunden.

(Beifall bei der CDU)

Heute – also nicht einmal zehn Jahre später – liegt die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren in Hessen bei 11,5 %.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kindergartenplätze für unter Dreijährige haben Sie damals verteuft!)

Frau Kollegin, das sind die Fakten. Sie sind das Ergebnis christdemokratischer Familienpolitik. Ich finde es daher

einigmaßen unverschämt, wenn ausgerechnet die SPD in ihrem Antrag schreibt: „Eine Politik der kleinen Schritte ist zu wenig.“ Sie müssen sich an den Fakten Ihrer Regierungszeit messen lassen, und da können wir je dem Vergleich standhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir in Ihrem Tempo weitergemacht hätten und wenn man das als Prognose sieht, dann hätten wir heute einen Betreuungsschlüssel von rund 4 %. Das ist erheblich zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Auch in den übrigen Punkten ist Ihr Antrag nicht seriös und vertrauenerweckend, um das an dieser Stelle einmal zu sagen. Ihre Behauptung, das Land habe sich weitgehend aus der finanziellen Förderung der Kinderbetreuung zurückgezogen, glauben Sie doch wohl selbst nicht.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist eine Tatsache, Herr Kollege!)

Wir haben die finanzielle Förderung im Vergleich zum Jahre 1998 mehr als verdoppelt. Es fließen über 200 Millionen € in diesen Bereich. Um noch eine Randbemerkung zu machen: Hessen leitet 23 % der Steuereinnahmen als Zuweisungen an die Kommunen weiter.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist doch selbstverständlich!)

Herr Kollege, im Vergleich zu Rheinland-Pfalz – lassen Sie sich das auch einmal sagen – liegt Hessen an erster Stelle aller westdeutschen Bundesländer, denn in Rheinland-Pfalz sind das nur 21 %. Hessen unterstützt die kommunalen Gegebenheiten am stärksten von allen Ländern. Das muss hier einmal ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Allein aus diesem Grunde ist die Behauptung, wir würden uns aus der Finanzierung völlig zurückziehen, abenteuerlich. Hessen ist das kommunalfreundlichste Land aller westdeutschen Bundesländer.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Nur noch eines zum BAMBINI-Programm. Hätten wir dieses nicht aufgelegt, gäbe es bei den Kommunen heute keine einheitliche Regelung. Ich wage zu behaupten, wenn wir das nicht geregelt hätten, hätte keine Kommune diese Sache so schnell und flächendeckend in Angriff genommen. Damit haben wir einen hervorragenden Beitrag zur Familienpolitik und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet.

(Beifall bei der CDU)

Um es für Sie noch einmal ganz klar zu sagen: Hessen leitet den größten Steueranteil an die Kommunen weiter. Hessen ist mit Abstand der größte Zahler in den Länderfinanzausgleich. Hessen hat trotzdem die Neuverschuldung reduziert, und Hessen hat trotzdem sein Betreuungsangebot am stärksten ausgebaut.

(Reinhard Kahl (SPD): Was noch?)

Frau Ypsilanti, das sind die Fakten, und deswegen lassen wir uns von Ihnen unsere Familienpolitik in keiner Weise schlechttreden.

(Beifall bei der CDU)



Sie fordern weiterhin die Einführung eines verpflichtenden und kostenfreien letzten Kindergartenjahres. Hierzu gibt es zweierlei anzumerken:

Erstens. Die Betreuung und Erziehung von Kindern im Vorschulalter sowie Bildungsaspekte müssen eine größere Rolle spielen. Das steht außer Frage, und genau aus diesem Grunde haben wir den Bildungs- und Erziehungsplan aufgelegt.

Zweitens. Ich bezweifle allerdings, dass es hierzu eines verpflichtenden letzten Kindergartenjahres bedarf, denn heute gehen schon 96 % aller Kinder vor der Einschulung in den Kindergarten. Ich bin davon überzeugt, dass es deshalb und aufgrund von zusätzlichen Bildungsaspekten gelingen wird, die restlichen 4 % auch zum Besuch des letzten Kindergartenjahres zu bewegen.

(Norbert Schmitt (SPD): Einheitsschule, Einheitskrippe!)

Durch das BAMBINI-Programm ist das vor dem Jahr der Einschulung kostenlos. Für ein verpflichtendes Vorschuljahr besteht für die CDU-Fraktion daher keine Notwendigkeit. Entsprechend kritisch sehe ich hier nicht nur die Anträge der SPD, sondern auch die der GRÜNEN und der FDP. Die FDP versucht wieder einmal, die Pflichtkinderschule zu propagieren. Aus den genannten Gründen halten wir diese nicht für notwendig.

Nun zurück zum SPD-Antrag. Wenn Sie Dinge fordern wie etwa den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz zu Beginn des zweiten Lebensjahres, dann wäre es gut, wenn Sie in diesem Zusammenhang auch etwas zur Finanzierung sagen würden.

(Michael Boddenberg (CDU): Steuererhöhungen, da haben wir es doch!)

– Da kommt außer der Finanzierung über Steuererhöhungen gar nichts, und das ist ein bisschen wenig.

(Beifall bei der CDU)

Der Verweis darauf, dass die Kinderbetreuung eine gesamtstaatliche Aufgabe sei und dass alle staatlichen Leistungen in diesem Bereich überprüft und ausgeweitet werden müssten, ist wenig hilfreich und zu wenig.

Meine Damen und Herren, Sie sind wieder einmal darin gefangen, in diesem Lande alles Mögliche zu fordern, aber nicht zu sagen, wie dies finanziert werden soll.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie sagen doch nichts!)

Wie wohltuend sich unsere Familienpolitik von Ihrer unterscheidet, erkennen Sie daran, dass wir einerseits Betreuungsangebote kontinuierlich qualitativ und quantitativ ausgebaut haben und dass es uns andererseits auch noch gelungen ist, die Neuverschuldung zu reduzieren. Das haben überhaupt nur zwei Bundesländer geschafft. Das will ich an dieser Stelle auch einmal erwähnen. Das ist nachhaltige Politik, und es ist auch Politik für Familien und für die Zukunft.

Der SPD-Antrag zeigt einmal mehr, dass Sie nicht in der Lage sind, einen ernsthaften Beitrag zur familienpolitischen Debatte zu leisten. Das wird auch in der Art und Weise erkennbar, wie Ihre Partei in der letzten Zeit diese Debatte geführt hat. Ich denke da beispielsweise auch an die Entgleisung von Kurt Beck in Richtung Bischof Mixa. Das ist unangemessen, niveaulos und unverschämt. Sie können sich inhaltlich mit einer Äußerung auseinandersetzen, aber versuchen Sie bitte, in dieser Frage sachlich zu bleiben. Die Art und Weise, wie diese Debatte geführt

worden ist, treibt lediglich einen Keil in die Gesellschaft, und es ist wenig hilfreich, solche Maßnahmen auf diese Art und Weise zu kommentieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einen anderen Aspekt anführen. Wir haben in unserer Gesellschaft noch vor wenigen Jahrzehnten ein vollkommen anderes Familienbild gehabt. Damals, vor 30 oder 40 Jahren, war es der Vater, der als Ernährer der Familie definiert wurde. Man heiratete, wenn der Mann, also der künftige Vater, in der Lage war, eine Familie zu ernähren. Es war im Prinzip klar, dass dann die Mutter für die Erziehung und die Betreuung der Kinder zuständig war. Dies hatte auch berufliche Konsequenzen.

Ich darf einmal daran erinnern, dass noch 1950 eine Frau, die vor ihrer Heirat im Schuldienst gewesen ist, nach der Heirat ihren Beruf aufgeben musste. Das war schlimm. 1970 gab es noch andere Dinge, denn damals musste der Ehemann zustimmen und sagen, ob die Frau arbeiten durfte oder nicht. Das waren Tatsachen. Das ist die Generation unserer Eltern bzw. Großeltern, und diese Generation hat zugleich aber auch eines fertiggebracht, nämlich ihren Söhnen und Töchtern eine gute Ausbildung zu ermöglichen.

Im Vergleich hierzu hat sich das gesellschaftliche Bild gewandelt und teilweise verändert. Hinzu kommt heute auch, dass oftmals ein verdienender Elternteil nicht mehr ausreicht, um die Familie zu ernähren. Es gibt aber auch Berufe, die sich so schnell in Bezug auf ihre Anforderungen verändern und weiterentwickeln, dass es kaum möglich ist, ein oder zwei Jahre zu pausieren, weil man dann den Anschluss verlöre.

Diese Lebensentwürfe sind unterschiedlich, und es ist nicht hilfreich, sie gegeneinander auszuspielen. Es muss Schluss sein mit den Bezeichnungen „Rabenmutter“ oder „Heimchen am Herd“. Das gehört der Vergangenheit an.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD)

Wir müssen daher ganz genau darauf achten, dass die Familien, die sich dafür entschieden haben, ihre Kinder selbst zu betreuen, am Ende nicht die Leidtragenden der gegenwärtigen Diskussion sind. Das halte ich für absolut wichtig. Durch eine Kürzung oder durch das Einfrieren des Kindergeldes oder gar durch Steuererhöhungen würden die Familien gegeneinander ausgespielt. Das können wir uns gesellschaftlich nicht leisten.

Deshalb kritisiere ich an diesem Punkt den Antrag der GRÜNEN. Sie sprechen jetzt von einem „30-prozentigen Betreuungsbedarf“. Ich frage Sie: Was ist mit den restlichen 70 %? Auch zu denen muss uns etwas einfallen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es darf nicht so sein, dass diese 30 % auf Kosten der 70 % gehen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Schulz-Asche, zu Ihren Bemerkungen zum Thema Ehe: Die Ehe ist das Fundament der Familie. Das steht so auch im Grundgesetz. Das sollte man immer wieder ein Stück weit in Erinnerung rufen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Deswegen ist es aus unserer Sicht wichtig, den Familien – das ist der entscheidende Punkt – in der Kinderbetreuung eine Wahlmöglichkeit zu geben. Das habe ich schon am Anfang meiner Rede gesagt.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden unser Ziel konsequent weiterverfolgen, dass die Familien eine echte Wahlmöglichkeit haben, ihre Angelegenheiten ganz individuell zu regeln.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Zusammenfassend ergibt sich daraus ein Bild. Während die Opposition, vor allem Rot-Grün, alles Mögliche fordert, handeln die CDU-Fraktion und die Landesregierung. Wir tun das zügig, seriös und zuverlässig. Bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren sind wir mit einer Betreuungsplatzquote von 11,5 % unter den westdeutschen Bundesländern auf Platz 1.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Durchschnitt liegt in der Bundesrepublik bei 9,6 %. Wir haben in nur einem Jahr die Zahl der Betreuungsplätze um 5.000 erhöht. Sie liegt jetzt bei 18.700. Mit dem BAMBINI-Programm können wir weitere 6.000 Plätze schaffen. Darüber hinaus gibt dieses Programm die Möglichkeit, dass das letzte Kindergartenjahr für die Eltern beitragsfrei ist. Gerade dies ist eine spürbare Entlastung für die Familien.

Den Kindern wird durch Bildungsangebote im Kindergarten der Übergang in die Schule bestmöglich erleichtert. Hessen ist bundesweit Vorreiter beim Bildungs- und Erziehungsplan. Hessen engagiert sich im Kinderschutz. Vieles von dem, was Sie fordern, haben wir längst auf den Weg gebracht. Andere Ihrer Vorschläge sind maßlos überzogen und nicht realistisch.

Es bleibt dabei: Die hessische CDU ist ein verlässlicher Partner der Familien. Wir machen Familienpolitik aus einem Guss: geradlinig, konsequent und verlässlich.

(Anhaltender Beifall der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Reißer. – Zu einer Kurzintervention hat jetzt Frau Schulz-Asche das Wort.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Reißer, wir haben tatsächlich einen Dissens. Nicht die Ehe ist das Fundament der Familie, sondern Kinder sind das Fundament der Familie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Andrea Ypsilanti (SPD): Der Gesellschaft!)

Das ist heutzutage angesagt. Darauf bestehe ich. Ich bin froh darüber, dass es auf der linken Seite des Hauses hierüber Einigkeit gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben gerade gesagt, wir würden wieder über eine Betreuungsquote von 35 % statt über eine Betreuungsquote von 100 % reden. Meine Damen und Herren, Frau von der Leyen, die eine Quote von 35 % vorschlägt, ist von der CDU-Fraktion in Berlin gerade eben wieder zurückgepfiffen worden. Das ist das konservative Familienbild der

CDU-Fraktion aus den Fünfzigerjahren. Das hat sich überlebt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Deshalb sind Sie heute Morgen auch so aufgeregt.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie lesen die falsche Zeitung!)

– Ich habe heute Morgen das „Höchster Kreisblatt“ gelesen. Das ist Ihnen nicht ganz unwohl gesonnen.

Ich möchte mit einem weiteren, von Herrn Reißer hier wieder vorgetragenen Vorurteil aufräumen. Es ist zutreffend, dass die Kleinkindbetreuung in allen westdeutschen Bundesländern – unglücklicherweise, kann ich nur sagen – viele Jahrzehnte lang vernachlässigt wurde. Aber wer sich hierhin stellt und Rot-Grün in Hessen vorwirft, man habe in diesem Bereich nichts getan, dem sage ich: Das ist eine unseriöse Argumentation. Rot-Grün hat in diesem Land gegen das Geschrei und die Verteufelungsrufe von Ihrer Seite durchgesetzt, dass 60.000 neue Kindergartenplätze geschaffen wurden – mit 650 Millionen €, die in diesen Bereich investiert wurden, gegen Ihren erbitterten Widerstand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Sie müssen zum Schluss kommen.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sie waren zu diesem Zeitpunkt der Meinung, dass Kinder bis zum sechsten Lebensjahr am besten bei Mutti zu Hause aufgehoben sind. Das hatte schreckliche Folgen für unsere Gesellschaft und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Schulz-Asche, bitte.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Deswegen fordere ich Sie auf: Legen Sie hier seriöse Konzepte vor. Legen Sie eine seriöse Finanzierung vor, damit wir zum Wohle der Kinder in Hessen tatsächlich ein paar Schritte weiterkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Reißer, Sie haben Gelegenheit, zu antworten.

**Rafael Reißer (CDU):**

Frau Kollegin, es darf erlaubt sein, in diesem Hause das Grundgesetz zu zitieren, ohne dafür von Ihnen in irgendeiner Weise gemäßigelt zu werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber bitte richtig, Herr Kollege, und nicht so falsch, wie Sie es getan haben!)

Das ist unser Recht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich auf das bezogen, was Sie ausgeführt haben.

(Michael Boddenberg (CDU): Die GRÜNEN wollen die Ehe ganz abschaffen, Herr Kollege!)

Wenn Sie sich hierhin stellen und herumschreien, dann zeigt uns das, dass wir einen empfindlichen Punkt getroffen haben.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden unsere Familienpolitik konsequent weiterführen, ohne Schaum vor dem Mund und ohne die gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Wir werden sehr genau darauf achten, dass wir den Familien neue Möglichkeiten eröffnen und keinen Popanz aufbauen, wie Sie das hier immer gerne tun.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Reißer. – Für die Landesregierung hat nun Frau Staatsministerin Lautenschläger das Wort.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Debatte ist noch einmal sehr deutlich geworden, wo die einzelnen Fraktionen stehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Die CDU sitzt!)

Sehr geehrte Frau Ypsilanti, besonders interessant finde ich, dass mich die Debatte ein bisschen an das Märchen vom Hasen und vom Igel erinnert. Wir haben nämlich längst gehandelt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Ich muss mit einem kleinen Augenzwinkern hinzufügen: Beim Frauentag ist das nicht so, der ist nämlich erst morgen. Da waren Sie früher dran.

(Heiterkeit – Norbert Schmitt (SPD): Wir sind unserer Zeit voraus!)

Es ist durchaus interessant, wenn man sich anhört, was hier vorgetragen wird, wo man versucht, neue ideologische Gräben aufzureißen. Uns geht es darum, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich zu machen, tatsächlich Wahlfreiheit zu schaffen. Wir bauen die Betreuungsplätze aus, damit die Eltern überhaupt erst eine Wahlmöglichkeit haben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen haben wir in den letzten Jahren die Mittel erhöht. Wir alle können die Zahlen im Haushalt lesen. Wir geben auch gerne Nachhilfeunterricht beim Lesen des Haushalts 1999 im Vergleich zum aktuellen Haushalt.

(Hildegard Pfaff (SPD): Was für eine Arroganz!)

Damals waren für diesen Bereich 79 Millionen € vorgesehen. Heute sind es über 200 Millionen €. Ich glaube aber, wir sollten diese Debatte nicht nur dazu nutzen, über Zahlen zu reden. Angesichts des Blutdrucks der Kollegin Schulz-Asche ist noch einmal deutlich geworden: Wir haben die Zahl der Betreuungsplätze erhöht.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir doch auch!)

Wir haben sie stärker gesteigert, als das in den anderen westdeutschen Flächenländern der Fall war, weil wir das Thema erkannt haben. Es ärgert Sie natürlich, dass wir mit dem BAMBINI-Programm ab diesem Jahr das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Auf Kosten der Kommunen!)

Es ärgert Sie natürlich, dass wir ein 45-Millionen-€-Programm aufgelegt haben, um auch in diesem Jahr 6.000 zusätzliche Plätze für unter Dreijährige fördern zu können. Es ärgert Sie natürlich, wenn Sie daran denken, dass wir, wenn wir den Haushalt für 2008 aufstellen, diese Politik fortsetzen werden, dass wir weiter ausbauen werden, um bis zum Jahre 2010 eine Quote von 20 % zu erreichen.

Wir wissen natürlich – das hat die Kollegin von der Leyen schon gesagt –, dass es damit wahrscheinlich noch längst nicht genug ist, dass wir noch mehr Plätze brauchen. Der Bedarf ist in Hessen schon heute unterschiedlich groß. Die Stadt Frankfurt redet nicht über eine 20-%-Quote, weil sie vor Ort einen ganz anderen Bedarf festgestellt hat. Die Stadt baut die Zahl der Plätze weiter aus. Wir sehen, dass in ländlichen Kommunen an der einen Stelle möglicherweise 10 bis 15 % ausreichend sind, während an anderer Stelle, z. B. in städtischen Gebieten, bereits eine Quote von 25 % erreicht ist, man aber weiß, dass diese Quote noch nicht ausreicht. Dann nimmt diese Kommune wieder an unseren Programmen teil und baut die Zahl der Betreuungsplätze weiter aus. Es ärgert Sie, meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, dass die Landesregierung auf all diesen Feldern längst tätig geworden ist und das auch in Zukunft weiterhin tun wird.

(Beifall bei der CDU – Hildegard Pfaff (SPD): Es ärgert uns, dass Sie große Sprüche machen und nichts aus originären Landesmitteln finanzieren!)

Ich sage es sehr deutlich: Mit einer Quote von 11,5 % stehen wir inzwischen zwar an der Spitze der Flächenländer, aber das reicht uns eben noch längst nicht. Deshalb werden wir diese Quote in den nächsten Jahren weiter steigern.

Wenn man sieht, dass innerhalb von drei Monaten immerhin 365 der 426 hessischen Gemeinden einen Antrag auf U-3-Förderung nach dem BAMBINI-Programm gestellt haben, dann wird deutlich, dass die Kommunen dieses Programm annehmen. Sie wissen, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen und sehr schnell umsetzen werden. Im Jahre 2004 waren es 187 Städte, die ein U-3-Angebot vorgehalten haben. Wenn wir über Zahlen reden, liebe Frau Kollegin Schulz-Asche, dann rede ich natürlich über die Zahlen des Statistischen Landesamts vom 31. Dezember 2006, weil die inzwischen vorliegen. Wenn wir genau hinschauen, dann sehen wir, dass wir seit dem 1. Januar 2007 über 110 Betriebserlaubnisänderungen ausgesprochen haben. Diese Betriebserlaubnisänderungen gehen zu einem ganz großen Teil, gerade in den letzten drei Monaten, in den weiteren Ausbau der U-3-Plätze, weil die Kommunen logischerweise vor Ort planen, weil sie das bedarfsgerecht gemeinsam mit uns umsetzen.

Sie haben es selbst angesprochen. Deswegen wundert mich das Lamentieren über die Frage der Finanzierung. Sie waren damals in Berlin als Rot-Grün noch in der Verantwortung, als das Tagesbetreuungsausbaugesetz auf den Weg gebracht wurde. 1 Milliarde € gingen an die Kommunen, um den Ausbau zu forcieren. Wir als Landesregierung haben gesagt: Auch wir werden dort weiter unterstützen und ausbauen, damit es vorangeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Ypsilanti, zu dem, was Sie aufbauen: Zu der Frage, ob das Kindergeld gekürzt werden soll oder nicht mehr erhöht werden soll, haben Sie eine klare Absage von sogar drei Fraktionen dieses Hauses bekommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Glatt die Unwahrheit! – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Vielleicht sollte man sich das dann doch noch einmal genauer anschauen. Aber anscheinend haben Sie mit Ihren Kollegen, auch mit Ihrem Ministerpräsidenten im Nachbarland, der Ihr Bundesvorsitzender ist, nicht wirklich darüber gesprochen, was Sie dort eigentlich wollen.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt kommt Ihr Vorschlag! Was ist Ihr Vorschlag? Jetzt machen Sie endlich einen Vorschlag!)

Wollen Sie nun das Kindergeld nicht mehr erhöhen oder die Unternehmenssteuerreform verhindern? Frau Ypsilanti, das ist eine unglaublich spannende Alternative, die Sie hier vorstellen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Das ist mit niemandem in Ihrer Partei abgesprochen. Es gibt keine Mehrheiten weit und breit. Das sind alles Luftschlösser. Wir handeln, wir bauen aus. Wir unterstützen die Kommunen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie müssen von Luftschlössern reden! Ausgerechnet!)

Sie müssen sich heute aufregen, weil Sie für all Ihre Vorschläge nicht einmal in Ihrer eigenen Partei Zustimmung finden. Das ist das eigentlich Spannende.

(Beifall bei der CDU)

Wir reden hier ganz klar darüber, dass wir Eltern Angebote machen müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie reden eben nicht klar, wie Ihre Finanzierungsvorschläge sind!)

Dazu will ich sehr deutlich sagen: Ich bin nicht bereit, über Statistiken zu reden, in denen nur die Krippenplätze abgebildet sind. Zu den Betreuungsplätzen für unter Dreijährige gehören in Hessen völlig gleichwertig die Krippen, die altersübergreifenden Gruppen und die Tagesmütter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen rechnen wir auch alle diese Plätze, die wir in den Bereichen ausgebaut haben, mit.

(Petra Fuhrmann (SPD): Genau! Sie rechnen sich schön!)

– Nein, wir rechnen uns nicht schön. Wir machen Wahlangebote für Eltern. Eine echte Wahl werden sie haben,

(Norbert Schmitt (SPD): Am 27. Januar haben wir eine echte Wahl!)

wenn tatsächlich alles so ausgebaut ist, dass jeder einen Platz findet, wenn er einen Platz haben will. Das treiben wir weiter voran.

(Michael Boddenberg (CDU), an die SPD gewandt: Was haben Sie gegen Tagesmütter? Das ist doch völlig in Ordnung! – Gegenrufe der Abg. Hildegard Pfaff und Petra Fuhrmann (SPD))

– Soweit ich weiß, haben Sie doch selbst auch einmal eine Tagesmutter gehabt. – Frau Fuhrmann schreit bei diesem Thema doch schon wieder dazwischen. Wir wollen das miteinander ausbauen und die Qualifizierung vorantreiben, aber vor allem die Gleichwertigkeit erreichen, damit Eltern Wahlangebote haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Gleiche gilt übrigens für die Schulen. Auch dort werden wir die Betreuung und die Ganztagschulen weiter ausbauen, aber selbstverständlich freiwillig für die Eltern, sodass Eltern ihre eigene Entscheidung treffen können.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass die Debatte ein bisschen kurz gesprungen ist. Wir wollen Betreuungsplätze ausbauen. Aber – Frau Kollegin Henzler und Herr Kollege Reißer haben es angesprochen – in der gesamten Debatte geht es auch um die Frage, wie wir in Deutschland zu dem Leben mit Kindern stehen. Es geht auch darum, wie wir in der Diskussion mit Kindern umgehen. Vielleicht könnten wir uns darauf verständigen, dass wir nicht immer über die Probleme sprechen, sondern vielleicht auch darüber, dass Kinder ein Leben lang eine der schönsten Herausforderungen bedeuten. Das sollte der Gesellschaft wieder bewusst werden.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Dazu gehört eben auch das, was Sie in den Debatten immer abqualifizieren und als unwichtig ansehen. Wir sehen das Thema Betreuung als wichtig an. Wir haben das Thema Elterngeld als ein wichtiges Thema gesehen. Aber dazu gehört eben auch, das richtige Klima zu schaffen. Sie tun die Familientage und das Thema „Familienfreundliche Kommunen“ ab.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das tut kein Mensch! – Petra Fuhrmann (SPD): Was heißt hier „auch“?)

Zum Glück hatte auch Ihre damalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt erkannt, dass wir Bündnisse für Familien brauchen, dass wir in diesem Land neu darüber reden müssen, wie Kinder in einer Gesellschaft akzeptiert sind. Denn das ist die Frage.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir wollen, dass jeder Tag Familientag ist! – Zurufe der Abg. Heike Habermann und Brigitte Hofmeyer (SPD))

– Herr Schmitt, Sie setzen es aber nicht um. – Die Frage ist, wie Sie auf Themen aufmerksam machen. Sie machen sich darüber lustig, wenn wir über das Thema Kinderlärm reden und darüber, wo ein Kindergarten hinkommt. Aber sprechen Sie einmal mit Kommunalpolitikern vor Ort, welche Probleme es gibt, wenn es darum geht, wo sich Kinder aufhalten können, wer als Erstes dagegen klagt, wie familienfreundlich diese Gesellschaft ist und welches Bild wir davon haben, mit Kindern zu leben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))



Ich rate dringend, noch einmal in die Shell-Jugendstudie hineinzuschauen. Die Shell-Jugendstudie zeigt, und zwar sehr deutlich, dass sich junge Menschen einerseits wünschen, eine Familie zu haben, dass sie sagen, dass eine starke Familienorientierung das ist, was man für die Zukunft braucht, um glücklich leben zu können. Das gilt für immerhin 72 %, eine Steigerung um 2 Prozentpunkte gegenüber der letzten Studie. Gleichzeitig wünschen sich aber weniger junge Menschen selbst Kinder, obwohl sie eigentlich das Familienbild favorisieren. Gerade bei jungen Menschen hat der Wunsch nach eigenen Kindern abgenommen, bei jungen Männern im Übrigen noch mehr als bei jungen Frauen. 56 % der jungen Männer und, wenn ich es richtig im Kopf habe, ungefähr 69 % der jungen Frauen wünschen sich Kinder.

Dazu gehört, wie wir ein Leben mit Kindern wieder als attraktives Lebensmodell deutlich nach vorne stellen können. Dazu gehört, wie man das umsetzt und wie wir das an aktuellen Stellen sichtbar machen können, was Kinder für eine Gesellschaft bedeuten. Ich glaube, darauf sollten wir noch wesentlich mehr Gedanken verwenden, damit junge Menschen nicht nur sagen, dass sie in der Familie am glücklichsten leben können, sondern dass sie sich stärker das Modell „Leben mit Kindern“ wünschen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche mir sehr, dass wir auch in diese Debatte einsteigen, dass wir vor Ort schauen, was es bedeutet.

Es hat mich beängstigt, als mich eine Tagesmutter angeschrieben hat, die in einem Haus als Tagesmutter tätig ist, deren Nachbar geklagt hat und eine Mietminderung geltend gemacht hat, weil die Mutter Tagesmutter ist. Noch schlimmer wird es, wenn eine Mietminderung als berechtigt angesehen wird, weil jemand als Tagesmutter arbeitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, es gehört mit dazu, an genau diesen gesellschaftlichen Veränderungen anzusetzen, wenn wir über die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und von einem Leben mit Kindern sprechen. Wir müssen genau das wieder an allen Stellen verankern, damit es eine Vorfahrt für Kinder gibt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Frau Kollegin Schulz-Asche, ich würde mir wünschen, Sie hätten es nicht so gemeint, wie Sie es vorhin gesagt haben. Sie haben gesagt: Wenn Frauen aus dem Beruf aussteigen, sei das eine Dequalifizierung von Frauen. – Ich hoffe, Sie haben sich nur unglücklich ausgedrückt.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will auch sehr deutlich machen: Wir wollen niemandem ein Modell vorschreiben. Wir wissen auch, dass junge Frauen, die z. B. als Ärztinnen tätig sind, schnell wieder in den Beruf zurückwollen, weil sie sonst häufig den Anschluss verpassen.

Natürlich müssen wir uns ehrlicherweise fragen, ob wir die von den jungen Leuten gewünschten Modelle alle möglich machen können. Die einen wollen nur für kurze Zeit aus dem Beruf aussteigen, andere länger, wieder andere wollen bereits nach kurzer Zeit zurück in den Beruf und die Nächsten erst später, dann aber nur in Teilzeit arbeiten. Das bleibt eine Herausforderung der Arbeitszeitgestaltung; das ist keine Frage. Aber, Frau Schulze-Asche,

ich verahre mich vehement gegen Ihre Behauptung, dass Frauen, die bei den Kindern bleiben, sich dequalifizieren. Das Gegenteil ist der Fall: Wer Kinder erzieht und eine Familie managt, hat sich Zusatzqualifikationen erworben. So sehen wir das. So haben wir es in der hessischen Verwaltung umgesetzt, wenn es um Beförderungen geht – und es stünde Ihnen gut zu Gesicht, wenn Sie sich mit uns dafür einsetzen, dass dieses Denken auch in den Unternehmen Einzug halten würde.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Um vorzubeugen, falls Sie mich jetzt falsch verstehen wollen: Auch dort geht es uns nicht darum, wie lange jemand aussetzt. Das entscheidet er selbst. Aber wir sagen: Er hat dadurch eine zusätzliche Qualifikation. Ob das ein Mann oder eine Frau ist, das zählt als eigene Station und wird berücksichtigt. Das ist etwas, was wir in den Unternehmen noch viel, viel stärker verankern müssen,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

dass es genauso wichtig ist, dass Frauen unterstützt werden, die wieder zurückkommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das sagen ausgerechnet Sie, die Mittel in der „Operation düstere Zukunft“ gekürzt haben! Das ist wirklich unglaublich!)

Sie wissen alle, dass wir bei dem Thema Berufsrückkehrerinnen schauen müssen, dass es diese klaren Brüche dort nicht mehr gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Lautenschläger, ein Hinweis: Die Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Ich komme zum Ende. – Ich kann Ihnen anbieten: Arbeiten Sie mit uns in diesen Bereichen zusammen. Wir bauen aus. Wir handeln.

(Norbert Schmitt (SPD): Diese Sprüche!)

Wer zu spät kommt, der muss schauen, ob er überhaupt noch Konzepte zu bieten hat. Sehr geehrte Frau Ypsilanti, ich habe hier von Ihnen noch kein schlüssiges Konzept gehört.

(Hildegard Pfaff (SPD): Was ist Ihr Finanzierungskonzept? Dazu haben Sie nichts gesagt!)

Ich bin gespannt, wie Sie mit Herrn Steinbrück die Unternehmenssteuerreform neu verhandeln. Ich bin gespannt, wie Sie mit Herrn Beck neu darüber verhandeln, dass es in Zukunft doch wieder eine Kindergelderhöhung auch mit einer SPD geben soll.

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Michael Boddenberg (CDU))

Wir spielen Familien nicht gegeneinander aus, weder die mit schulpflichtigen Kindern noch die mit unter dreijährigen Kindern. Wir wollen, dass junge Menschen wieder Sicherheit empfinden, auch wirtschaftliche Sicherheit.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Deswegen werden wir alles dafür tun, dass sich die Rahmenbedingungen in Deutschland verbessern, dass die Arbeitsplätze sicherer werden, dass wieder mehr Menschen in Arbeit kommen und dass auch das mit dazu beiträgt,



dass mehr Familien gegründet werden. Gleichzeitig werden wir in Hessen unsere Hausaufgaben machen und weiter auch Betreuungsplätze ausbauen, damit für Familien tatsächlich eine Wahlfreiheit besteht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Ministerin, vielen Dank. – Als Nächste hat Frau Fuhrmann das Wort. Frau Fuhrmann, die Redezeit beträgt fünf Minuten.

### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Debatte ist wirklich relativ unterirdisch. Zu dem, was Herr Reißer und Frau Lautenschläger ausgeführt haben, kann man an manchen Stellen sagen: willkommen in der Lebenswirklichkeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Nicola Beer (FDP))

Jetzt sind Sie endlich auch als Hessen-CDU auf dem Stand von Heiner Geißler im Jahr 1982 angekommen. Das ist ganz prima. Aber Sie ziehen keine Konsequenzen daraus. Da philosophiert die Frau Ministerin erneut über die Wahlfreiheit der Frauen und der Männer heutzutage. Gleichzeitig hat sie einen Bildungs- und Erziehungsplan eingeführt, der gut ist, für den aber keine Ressourcen vorhanden sind. Das BAMBINI-Programm finanziert sie auf Kosten der Kommunen. Gerade die Wiedereinstiegsurse hat sie – das muss ich Ihnen zum Thema Wahlfreiheit sagen – in der „Operation düstere Zukunft“ plattgemacht.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Das stimmt doch gar nicht! – Michael Boddenberg (CDU): Sie wissen es doch besser!)

Gerade Sie müssen über Wahlfreiheit philosophieren. Sie wissen genauso gut wie wir, dass qualifizierte Frauen jedes Jahr, das sie aussteigen, auf den absteigenden Ast bringt. Das wissen auch die Arbeitgeber und die Familien. Sie wissen ganz genau, dass diese Wahlfreiheit in Wirklichkeit nicht besteht. Für die, die einen nicht ganz so qualifizierten Beruf ausgeübt haben, sind die Wiedereinstiegsurse von Ihnen gestrichen worden.

(Norbert Schmitt (SPD): Skandalös!)

Insofern ist es total verlogen, was Sie heute hier abgezogen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt: Chaos, Sprechblasen und Nebel. Frau Lautenschläger, wo ist denn Ihr Finanzierungskonzept? Sie kritisieren unseres. Das kann man tun. Konzepte sind dazu da, dass man sie auf den Tisch legt und diskutiert und dann jemand anderes ein besseres vorlegt.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Wir setzen es schon längst um, Frau Fuhrmann!)

Frau Lautenschläger, wir warten darauf.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Wie immer – auch da Fehlanzeige!)

– Wie immer – auch da Fehlanzeige, nicht nur keine Regierungserklärung in all den Jahren.

Meine Damen und Herren, noch einmal zum Thema Wahlfreiheit. Wer hat denn die Wahlfreiheit, eine Tagesmutter zu beschäftigen? Das sind die Gutverdienenden. Das sind die Mütter, die es anders überhaupt nicht hinbekommen, weil die Kindertagesstätten heutzutage mit ihren Öffnungszeiten noch immer nicht auf dem europäischen Standard angekommen sind. Für die Randzeiten sind daher Tagesmütter notwendig. In Frankreich ist das über die Mittagszeit üblich, weil es in der Ecole maternelle keine Mittagsbetreuung gibt. Die Kinder sind zwei Stunden bei einer Tagesmutter und anschließend wieder in der Einrichtung.

Sie reden von Wahlfreiheit. Wer kann sich denn 5 bis 6 pro Stunde als Regelsatz für die Kinderbetreuung leisten? Natürlich: Ihre Klientel.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie treten doch für Mindestlohn ein!)

– Lieber Herr Kollege, es sind doch mehrere Kinder. Was die Lebenswirklichkeit betrifft, haben Sie keine Ahnung.

(Beifall bei der SPD)

Um Sie aufzuklären: Das ist nicht der Stundenlohn einer Tagesmutter, sondern das, was die Eltern für ein Kind bei der Tagesmutter pro Stunde zahlen. In der Regel betreuen Tagesmütter durchaus mehr als ein Kind. Die Lebenswirklichkeit ist bei der CDU noch nicht ganz angekommen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist das ein Thema für Besserverdienende oder für Randzeiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber noch ein paar andere Dinge richtigstellen. Sie müssen sich einmal entscheiden, mit welchen Zahlen Sie operieren. Frau Müller-Klepper hat behauptet, Rot-Grün habe 1998 nicht 66, sondern 79 Millionen ausgegeben. Diesen Fehler akzeptieren wir. Sie haben offensichtlich noch ein bisschen mehr in den Topf hineingerechnet als wir.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das sind die Haushaltszahlen gewesen!)

Dann haben Frau Müller-Klepper und die Pressestelle des Hessischen Sozialministeriums behauptet, die CDU bringe im Rahmen des sogenannten BAMBINI-Programms 45 Millionen für die Förderung von Tagespflege-, Krippenplätzen und Plätzen in gemischten Gruppen auf. Meine Damen und Herren, Fakt ist: Von den 45 Millionen stammen 35 Millionen aus dem KFA und nur 10 Millionen aus der Offensive für Kinderbetreuung.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Dritter Punkt. Frau Müller-Klepper und die Pressestelle des Hessischen Sozialministeriums behaupten, dass Hessen eine Betreuungsquote von 11,54 % für Kinder unter drei Jahren habe und damit an der Spitze der westdeutschen Flächenländer liege.

(Norbert Schmitt (SPD): Da lachen ja die Hühner!)

Fakt ist jedoch: Die öffentlichen Statistiken weisen für 2005 und 2006 für Hessen einen Versorgungsgrad von 3 bis 6 % aus. Das ist eine Studie des DIW.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Die von der CDU genannte Betreuungsquote von 11,5 % – Frau Ministerin, das haben Sie gerade erhärtet – rechnet jeden Tagesbetreuungsplatz in Hessen mit ein, unabhängig davon, wie viele Stunden dort abgedeckt werden können. Rheinland-Pfalz hingegen hat echte Krippenplätze für 10 % aller Kinder unter drei Jahren.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Fuhrmann, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, ich eile.

(Zurufe der Abg. Axel Wintermeyer und Frank Lortz (CDU))

Frau Müller-Klepper behauptet, dass das verpflichtende letzte Kindergartenjahr nicht notwendig sei, da bereits 96 % aller Kinder in die Kita gingen. Fakt ist: Damit steht sie im Gegensatz zur CDU-Bundesfamilienministerin, die zu Recht festgestellt hat, dass genau diese Kinder in der Schule Probleme bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Satz: Frau Ravensburg behauptet, die rot-grüne Landesregierung habe für die Offensive für Kinderbetreuung 1,5 Millionen € ausgegeben. Damit widerspricht sie wiederum Frau Müller-Klepper. So viel zu diesem Thema. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Fuhrmann. Ich habe noch zwei Wortmeldungen vorliegen. Herr Rentsch als Nächster, bitte.

(Michael Boddenberg (CDU): Hat er nicht heute Geburtstag? – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann singt doch einmal!)

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! – Vielen Dank. Ich freue mich, dass es Ihnen aufgefallen ist.

Meine Damen und Herren, wir haben heute eine sehr lebhafteste Debatte zum Thema Familienpolitik. Alle Kolleginnen und Kollegen versuchen – sofern sie es nicht schon getan haben –, sich in diesem Bereich zu profilieren. Frau Ypsilanti ist ganz wild auf das Thema Familienpolitik, das neue Zukunftsthema der hessischen SPD.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Im Gegensatz zu Ihnen verstehe ich etwas von dem Thema!)

Meine Damen und Herren, ich will im Vorfeld eine Anmerkung machen. Ich finde es interessant und lustig. CDU und SPD sind zwei Parteien, die auf Bundesebene zusammen regieren und die die Menschen in Deutschland mit Rekordsteuern belasten. Das belastet auch Familien in Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Sie erzählen heute hier, Sie seien beide die größten Familienparteien, die es auf der Welt jemals gegeben habe. Diese Debatte ist abstrus.

(Zurufe der Abg. Nicola Beer (FDP) und Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Kollege Schmitt, das, was Rot-Grün in Berlin mit Rekordsteuererhöhungen begonnen hat, hat sich Schwarz-Rot dann auf die Fahnen geschrieben.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Die SPD ist mit dem Versprechen in die Wahl gegangen, mit ihr werde es keine Mehrwertsteuererhöhung geben. Und was hat es gegeben? Eine Mehrwertsteuererhöhung.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ypsilanti, deshalb müssen die Bürger in Hessen sehr genau aufpassen, was Sie versprechen. Denn sie können nicht damit rechnen, dass Sie das auch umsetzen, wenn Sie regieren. Wenn Sie es genauso machen wie auf Bundesebene, werden Sie den Leuten in Hessen viel versprechen, und es wird wenig dabei herauskommen.

(Beifall bei der FDP)

Das unterscheidet Sie im Übrigen genauso wenig von der CDU wie andere Parteien hier im Haus, wie die GRÜNEN. Meine Damen und Herren, deshalb finde ich es erstaunlich, dass Sie sich heute hier in ein Wettrennen begeben haben, und zwar nach dem Motto: Wer ist die bessere Familienpartei? Fragen Sie doch einmal, was Familien heute belastet. Natürlich ist die Frage der Kinderbetreuungsplätze ein Problem. Für Menschen, die berufstätig sind, für junge und ältere Paare, ist es eine Frage, ob sie ihre Kinder gut untergebracht wissen.

Aber natürlich sind die Steuerbelastung und die Belastung durch Gebühren auf kommunaler Ebene auch ein Problem. Wenn Menschen von ihrem Lohn einen großen Betrag abgeben müssen, wenn dann noch Müllgebühren und hohe Mieten auf sie zukommen, haben sie weniger in der Tasche und haben auch als Familie ein Problem. Bei Familienpolitik geht es nicht nur isoliert um Betreuungsplätze. Es sind ganz viele Faktoren, über die wir reden müssen. Deshalb sollten wir nicht eine so isolierte Debatte führen.

(Beifall bei der FDP)

Zweite Anmerkung. Herr Kollege Reißer, dass Sie heute Herrn Mixa verteidigen, finde ich löblich. Das machen sonst nicht viele in diesem Land. Deshalb ist es gut, dass Sie es unternehmen. Ich glaube allerdings, Herr Mixa braucht gar keine Verteidigung, denn das, was er gesagt hat, hat er sehr bewusst gesagt. Es war eine gezielte Provokation. Letztendlich hat er an einem Punkt eine Debatte angestoßen, über die wir auf jeden Fall nachdenken müssen. Ich glaube, es ist hier nicht sinnvoll, immer eine typisch deutsche Debatte zu führen nach dem Motto: Es ist entweder alles schwarz, oder es ist weiß. – Wenn sich Familien heute dafür entscheiden, dass sie ihre Kinder zu Hause großziehen wollen – das haben vielleicht viele von Ihnen selbst erlebt oder machen es heute noch –,

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

dann müssen diese Familien auch gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Wenn Frauen oder Männer sagen: „Ich möchte mein Kind zu Hause großziehen“, dürfen sie nicht schlechter gestellt sein als Familien, die arbeiten.

(Beifall bei der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Das haben wir alles seit 1949!)

Das gehört genauso zu der Debatte. Inhaltlich bin ich deshalb beim Kollegen Reißer.

Dritte Anmerkung. Herr Kollege Reißer, Sie haben gesagt, das Konzept der „Kinderschule“, wie es die FDP bezeichnet, sei kein tragfähiges Konzept, weil es eine Pflicht kodifiziere. Zunächst einmal haben Sie recht: Schule ist Pflicht. Wenn man sie nicht zur Pflicht machte, würden nur wenige hingehen.

(Beifall bei der FDP)

Karl Valentin hat einmal eine Theaterpflicht gefordert, weil sonst keiner ins Theater ginge. Aber in diesem Bereich ist es wirklich so: Wenn es keine Schulpflicht gäbe – da können Sie sicher sein –, würden wenige Kinder hingehen. Ich weiß nicht, ob Sie es sich selbst überlegt hätten. Ich hätte, glaube ich, darüber nachgedacht, ob ich jeden Tag zur Schule gehe.

(Norbert Schmitt (SPD): Das macht dich sympathisch!)

Ich denke auch, wenn es keine Schulleiterkonferenzpflicht gegeben hätte, wären viele Schulleiter am Wochenende nicht gekommen. Aber das ist ein anderes Thema. Das wollen wir hier gar nicht debattieren.

(Beifall bei der FDP)

Da sind wir uns einig. Aber, Herr Kollege Reißer, warum schlagen denn die FDP und die Kollegin Henzler dieses Konzept vor? Es ist doch ein Problem, dass viele Kinder im Übergang vom Kindergarten zur Schule erhebliche Defizite aufweisen. Es darf nicht erst in der Grundschule damit begonnen werden, diese Defizite zu beheben. Sie müssen früher behoben werden, damit in der Schule die Arbeit mit Bildungsinhalten begonnen werden kann.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Deshalb ist der Vorschlag von Frau von der Leyen nicht schlecht. Denken Sie einmal darüber nach. Wir werden es auf jeden Fall in den Rahmen unserer Koalitionsverhandlungen auf Landesebene mit einbringen, falls die Wähler das so wollen.

(Beifall bei der FDP)

Letzter Punkt. Frau Ministerin, ich finde es erstaunlich, dass Herr Stoiber in diesem Land eine neue Debatte darüber angefangen hat, ob wir eine weitere Steuererhöhung brauchen, ob wir das Geld, nachdem wir es den Familien erst genommen haben, über einen Familienlastenausgleich wieder an sie zurückzuführen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Rentsch, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Ich würde mir von Ihnen ein klares Signal wünschen. Ich würde mir von Ihnen wünschen, dass die erhöhten Steuereinnahmen, die das Land jetzt hat, dazu verwendet werden, den Haushalt zu konsolidieren. Denn das ist für Zukunftsaufgaben wichtig und betrifft auch Familien. Nehmen Sie das Geld und bilden Sie Schwerpunkte für Familienpolitik in Ihrem Haushalt. Dann haben Sie etwas Richtiges getan. Das tun Sie nicht, indem Sie die Menschen mit immer mehr Steuererhöhungen belasten und ihnen danach das Geld über einen Finanzausgleich sozusagen zurückgeben. Das ist der falsche Weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Rentsch. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Schulz-Asche das Wort. Fünf Minuten Redezeit.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, für eine Partei, die die Verschulung des Kindergartens und dessen Verpflichtung fordert, sollten Sie ernsthaft vorschlagen, wo das Geld dafür herkommt, statt die anderen dafür zu beschimpfen, dass sie Steuern erhöhen.

Ich hatte mich aber aus einem anderen Grund gemeldet. In meiner ersten Rede hatte ich darauf hingewiesen, dass gestern Frau von der Leyen von der Bundestagsfraktion der CDU zurückgepfiffen wurde.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Es ist deutlich geworden, dass Frau Lautenschläger sich heute jeder Kommentierung des Themas entzogen und enthalten hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich fordere hiermit Frau Lautenschläger und Ministerpräsident Koch auf, uns mitzuteilen, was die Position der Hessischen Landesregierung in dieser für Hessen wichtigen Frage ist. Wir wissen, dass der Ministerpräsident, als es um das Tagesbetreuungsausbaugesetz ging, einer der Vorreiter der Blockierer, Sabotierer und Verzögerer war. Deswegen hat das Haus und haben die Bürgerinnen und Bürger in Hessen das Recht, zu erfahren, ob Sie hinter Frau von der Leyen und dem Ausbau der Kleinkindbetreuung bis auf mindestens 35 % bis zum Jahre 2013 sind oder ob Sie sich dem Kauderwelsch und den Fünfzigerjahrekonzepten der CDU-Bundestagsfraktion anschließen. Ich möchte hier und heute eine klare Aussage von Frau Lautenschläger bzw. dem Ministerpräsidenten, ob sie Frau von der Leyen unterstützen werden oder nicht. Diese Frage muss heute noch beantwortet werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Frau Schulz-Asche. – Als nächster Rednerin erteile ich Frau Ravensburg das Wort.

#### **Claudia Ravensburg (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe heute sehr aufmerksam die familienpolitische Debatte verfolgt. Ich melde mich deshalb noch einmal zu Wort, weil ich einige Äußerungen, die heute hier gefallen sind, so nicht stehen lassen will.

Frau Schulz-Asche, Sie sprechen von Dequalifizierung der Frauen durch Hausfrauentätigkeit. Das weise ich ganz entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hausfrauen, Frauen, die sich für die Familie entscheiden, leisten eine ganz wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft



bei der Betreuung von Kindern. Ich möchte ausdrücklich noch sagen, dass viele Frauen zu Hause auch ältere Menschen betreuen. Darauf können wir als Gesellschaft überhaupt nicht verzichten. Wir wollen die Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wollen die Wahlfreiheit der Frauen, sich für die Betreuung ihrer Kinder oder für Betreuungsleistungen von anderer Seite zu entscheiden.

(Heike Habermann (SPD): Solange es keinen Ausbau der Plätze gibt, haben sie keine Wahlfreiheit!)

Mit 11,4 % an Betreuungsplätzen – es sind natürlich die Tagesmütter und -väter eingerechnet –

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

ist das ein hervorragendes, sehr flexibles Modell, das auch den Frauen in der Berufstätigkeit, wenn sie z. B. Schichtarbeit leisten, sehr nahe kommt. Wir brauchen diese Tagesmütter und sind sehr stolz darauf, dass wir in Hessen so viele haben.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir brauchen uns auch keineswegs vor anderen Bundesländern zu verstecken. Meine Damen und Herren, natürlich begrüßen wir die Debatte, die unsere Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen angestoßen hat. Natürlich unterstützen wir auch sie. Aber wir handeln bereits, Frau Ypsilanti, auch wenn Ihnen das nicht gefällt.

Wie scheinheilig Ihre frauenpolitische Argumentation ist, sieht man schon daran, dass Sie bei der letzten Debatte um das HGIG, um die Frauenpolitik, mit Abwesenheit gegläntzt haben und heute nicht wissen, wann der Frauentag ist. Dann reden Sie heute nicht von Hessen, sondern nur von der Bundesebene.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie versuchen, einen Keil zwischen unsere Ministerin Frau Lautenschläger und Ministerin von der Leyen zu treiben. Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben bereits das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt; denn uns geht es darum, dass kein Kind aus finanziellen Gründen aus dem Kindergarten ausgeschlossen wird, gerade in diesem letzten Jahr vor der Schule. Wir sind für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans, der – lieber Florian Rentsch – bei uns aber mit der Geburt beginnt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Es sind aber keine Ressourcen dafür da!)

Natürlich legen wir ein besonderes Augenmerk auf den Übergang vom Kindergarten in die Schule. Wir widersprechen dem Antrag der FDP, in dem Sie sich zum wiederholten Male auf die Kinderschule der Fünffjährigen fokussieren. Das ist uns deutlich zu wenig. Der Bildungs- und Erziehungsplan von Hessen und Bayern wird eine Vorbildfunktion für ganz Deutschland haben. Hessen verliert nicht den Anschluss an die Bundesländer, sondern eilt ihnen voraus. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Frau Ravensburg. – Als nächste Rednerin hat Frau Staatsministerin Lautenschläger nochmals das Wort.

## Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Abg. Schulz-Asche, ich sage auch gerne noch einmal etwas zu Ihnen. Ich bin aber froh, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hessen wissen, dass die Hessische Landesregierung das, was sie vorschlägt und sagt, auch umsetzt. Deswegen gilt beim Thema Kinderbetreuung noch das Gleiche, was wir letzte Woche gesagt haben, der Ministerpräsident in vielen Interviews und ich an vielen Stellen. Ich meine aber auch, vorhin in der Debatte das Gleiche gesagt zu haben. Wir haben längst unser Wahlprogramm auf die Wahlfreiheit aufgebaut, wir bauen die Krippen- und Tagesmütterplätze für unter Dreijährige in altersübergreifenden Gruppen aus.

Wir wissen, dass 2010 die Zielmarke bei mindestens 20 % liegt. Wir wissen längst, dass es dort keinen Schlusstrich geben wird und das Angebot je nach Bedarf weiter ausgebaut werden wird. Sie können die Lücke gerne suchen; ich glaube, Sie werden sie nicht finden. Die Bundesfamilienministerin ist auf dem richtigen Weg. Das ärgert auch die Opposition an dieser Stelle, weil sie dabei Kompetenzwerte verliert. Das tut weh. Trotzdem werden wir diesen Weg mit ihr gemeinsam gehen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Dann können Sie unseren Vorschlägen zustimmen!)

Noch ein letzter Punkt. Sehr geehrte Frau Fuhrmann, Sie haben immer noch nicht begriffen, dass wir gleichwertig auf unterschiedliche Angebote bei den unter Dreijährigen setzen. Sie haben auch noch nicht gemerkt, dass Hessen nicht nur das umsetzt, was im Bundesgesetz steht, nämlich dass Tagesbetreuung bei der Tagesmutter oder in der Krippe gleichwertig ist, sondern es auch mit der Landesförderung begleitet. Das können Sie beispielhaft verwenden, denn das finden Sie bisher nirgendwo anders. Natürlich ist es unser Ziel, wenn es um gleichwertige Angebote geht, dass es sich auch alle Eltern leisten können. Wir wissen, dass es heute noch nicht jeder kann. Wir entwickeln aber mit den Kommunen die Modelle, dass die Tagesmutter auf Dauer nicht teurer ist, sondern der Zuschuss dafür eingesetzt wird, wo er heute an anderer Stelle eingesetzt wird.

Wir haben inzwischen Kommunen, die mit uns diesen Weg gehen, und wir werden dort weitere Modelle vorstellen, dass nicht nur die besser betuchten Eltern Wahlfreiheit haben, sondern dass alle Eltern Wahlfreiheit haben und die Plätze tatsächlich gleichwertig sind.

Betrachten Sie Frankreich doch nicht nur durch eine gefärbte Brille, sondern in der Wirklichkeit. Dann wissen Sie, dass man in Frankreich all diese Möglichkeiten hat. Es gibt dort nicht nur die Crèche, sondern genauso die Tagesmutter. Es handelt sich um ein Nebeneinander vieler unterschiedlicher Modelle. Dort herrscht schon eine wesentlich höhere Wahlfreiheit. Wir werden diesen hessischen Weg weitergehen, alles gleichwertig zu fördern und den Eltern Angebote zu machen.

(Beifall bei der CDU)



**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Frau Fuhrmann, Sie haben erneut das Wort. Fünf Minuten Redezeit.

(Unruhe bei der CDU)

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Meine Damen und Herren! Das kommt davon, wenn sich die Regierung noch einmal zu Wort meldet. Dann darf auch die Opposition noch einmal reden. Das ist so.

(Unruhe bei der CDU)

Frau Ministerin, eines steht fest. Wir finden, Frau von der Leyen ist eine würdige Nachfolgerin von Renate Schmidt und Christine Bergmann. In der Tat, das ist so. Darauf können wir uns einigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie hat das Rad nicht neu erfunden, aber sie sagt das, was die SPD seit 20 Jahren sagt, fordert und einführt.

(Zuruf der Ministerin Silke Lautenschläger)

– Liebe Frau Lautenschläger, Frau Schmidt wollte auch am Ehegattensplitting drehen. Ich will aber jetzt nicht in die Details gehen. – Ich sage nur, schauen Sie sich unseren Antrag an, wenn Sie ihn noch nicht gelesen haben. Diesen neun Punkten muss die CDU jetzt zustimmen, denn es handelt sich original um das, was Frau von der Leyen sagt. Von der SPD wurde nichts weiter hinzugefügt. Das ist eindeutig klar.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um die Schaffung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die es erleichtern, vorhandene Kinderwünsche zu realisieren. Das ist eine zentrale landespolitische Aussage. Der müssten Sie zustimmen.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das machen wir!)

Es geht darum, die Wahlfreiheit von Eltern sicherzustellen. Die weiteren Punkte sind alles Punkte, Frau Ministerin, denen die CDU zustimmen muss; ansonsten stellen Sie sich gegen Ihre eigene Bundesfamilienministerin, und das fänden wir doch sehr befremdlich.

Meine Damen und Herren, ich will aber noch einen anderen Punkt anführen. Frau Ministerin, wenn Sie immer von der Wahlfreiheit reden, dann müssen Sie auch sagen, wo die Vielfalt für die Geringverdiener ist, die sich die Tagesmutter nicht leisten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen uns sagen, wo die Vielfalt für die Frauen ist, die Ganztagsbetreuung brauchen, aber nur Halbtagsplätze vorfinden. Das haben wir in Hessen nicht.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das ist eine völlig halbherzige Politik, die hier betrieben wird.

(Zuruf von der CDU: Sie haben ja zwei Brillen auf!)

Also wirklich, bei diesem Thema sollten Sie besser schweigen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Koch hat ein Interview in der „Welt“ gegeben, und dort – so sage ich es einmal – scheint dann doch die Wahrheit durch.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Er hat nämlich auf die Feststellung des Journalisten, viele ältere Unionspolitiker hätten familienpolitisch umgedacht, als sie selbst erwachsene Töchter hatten, mit voller Überzeugung geantwortet: Ja, sie stellen plötzlich fest, dass sie stolz darauf sind, wenn die Tochter ein ebenso gutes Abitur macht wie der Sohn. – Das war die Antwort von Herrn Koch. Ich kann nur sagen, da ist mir dann doch ein bisschen die Spucke weggeblieben.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Warum das denn?)

Da scheint genau das durch, was ich meine: Aha, die Tochter ist in der Schule genauso gut wie der Sohn. Sie ist nicht nur zu Hause am Herd gut, wohin sie eigentlich gehört. – Das ist noch immer Ihr verstaubtes Familienbild, das Sie nur mühsam verdecken können.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Fuhrmann. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir müssen über das Schicksal der Anträge befinden. Tagesordnungspunkt 48: Der Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend Hessen braucht eine familienpolitische Offensive soll an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. – Das ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 39: Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend echte Wahlfreiheit für Familien herstellen – Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder endlich einführen – soll an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. – Das ist so entschieden.

Tagesordnungspunkt 45: Der Antrag der Fraktion der FDP betreffend Forderung der Bundesfamilienministerin unterstützen – vorschulische Bildung in Hessen verstärken – soll an den Kulturpolitischen Ausschuss, federführend, und an den Sozialpolitischen Ausschuss, mitberatend, überwiesen werden. – Das ist so beschlossen.

Nunmehr darf ich dem Kollegen Rentsch den Glückwunsch des Hauses offiziell aussprechen. Herzlichen Glückwunsch und ein gutes Jahr.

(Allgemeiner Beifall)

Wir reden jetzt nicht über das zarte Alter. Aber ich stelle fest, im antiken Rom hätten Sie wahrscheinlich noch nicht im Senat mitarbeiten dürfen.

(Heiterkeit)

Frau Tesch bestand darauf, ihm zu gratulieren.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Schriftführerin Abg. Silke Tesch überreicht ein Präsent.)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 49** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Klimaschutz ohne Kompromisse verantwortungsbewusst gestalten – Drucks. 16/6957 –**

dazu **Tagesordnungspunkt 63:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Klimaschutz in Hessen endlich wirksam voranbringen – Drucks. 16/6996 –**

Ich darf Frau Kollegin Apel für die CDU-Fraktion das Wort erteilen. Die Redezeit beträgt 15 Minuten.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Morgen treten die EU-Regierungschefs unter der deutschen Ratspräsidentschaft zusammen, um über das Thema Klimaschutz zu sprechen. Angela Merkel hat den Klimaschutz als eines der zentralen Themen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf die Tagesordnung gesetzt. Wir denken, dass sie hier genau die richtige Entscheidung getroffen hat. Wir wollen heute unsere Position in Bezug auf den Klimaschutz deutlich machen.

Wir wollen durch einen erheblich verminderten CO<sub>2</sub>-Ausstoß das Klima stabilisieren helfen, durch eine sichere und ausreichende Energieversorgung unseren Wohlstand gewährleisten sowie durch nachwachsende Rohstoffe und andere regenerative Energiequellen die Abhängigkeit von Erdgas- und Erdölimporten beseitigen.

Das von Rot-Grün propagierte Ziel eines Ausstiegs aus der Kernenergie, in dessen Konsequenz die wegfallenden Strommengen allein durch Strom ersetzt werden sollen, der auf der Grundlage der Energiequellen Wind, Sonne, Wasser und Biomasse erzeugt wird, ist nicht zu erreichen. Es ist realitätsfern und gefährdet unsere Volkswirtschaft massiv.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau aus diesen Gründen wird es von allen Industrienationen dieser Welt abgelehnt, auch von denjenigen, die beim Klimaschutz sehr wohl beachtliche Fortschritte aufweisen.

(Norbert Schmitt (SPD): Immer weiter so!)

Viele Länder haben bereits erkannt, dass halbherzige Maßnahmen den Klimawandel nicht werden verhindern können und dass ohne Zeitverzug gehandelt werden muss.

(Norbert Schmitt (SPD): Das fällt Ihnen früh ein!)

Umso bedauerlicher ist es, dass in Russland und in den früheren GUS-Staaten, insbesondere aber auch in Schwellenländern wie China und Indien nach wie vor dramatische Klima- und Umweltschäden verursacht werden. Würde weltweit so viel Energie verbraucht wie in den USA, gäbe es innerhalb weniger Jahre keine Erdölvorräte mehr. Würde, wie in China, weltweit jeglicher Zuwachs an Bruttosozialprodukt durch die Kosten für teilweise irreparable Umweltschäden aufgeessen, dann würde sich die Weltwirtschaft selbst lähmen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen wird vor allem in China der jährliche Zuwachs an Bruttosozialprodukt von den unvorstellbaren Reparaturkosten für die Umweltschäden nahezu vollständig aufgeessen.

Die weltweit sehr unterschiedliche Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums zeigt aber auch deutlich auf, dass Wohlstandsentwicklung und Wohlstandssicherung nur durch eine ausreichende und sichere Bereitstellung der benötigten Energieressourcen erreicht werden können. Dabei ist es selbstverständlich, dass die benötigte Energie zu jeder Zeit und an jedem Ort bereitsteht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig! Das ist wichtig!)

Angesichts dieser Selbstverständlichkeit muten die energiepolitischen Träumereien von SPD und GRÜNEN, was die Abschaltung der sichersten Kernkraftwerke der Welt betrifft, mehr als abenteuerlich an.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen Biblis A und Biblis B abschalten lassen und damit auf ein CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial von 8 Millionen t bis zum Jahr 2012 verzichten. Sie wissen ganz genau, dass der dann wegfallende Strom zwangsläufig teilweise durch Kohle- und Gaskraftwerke geliefert werden muss.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Unverantwortlich ist das!)

Sie wissen auch ganz genau, dass Ihre Substitutionsberechnungen für die Energiequellen Wind, Sonne, Biomasse und Wasser völlig unrealistisch und praxisfern sind.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau so ist das!)

Sehen wir uns einmal an, was das für Hessen konkret bedeuten würde. Die von der neuen Hoffnungsträgerin der hessischen SPD genannten 1.700 Anlagenmodule für erneuerbare Energien würden sich aus 700 Fotovoltaikanlagen mit einer Anlagengröße von jeweils 12 MW installierter Leistung zusammensetzen. Das ist so, als ob man 14 Fußballfelder auf einmal anlegen wollte. In jedem Landkreis sollen 30 Anlagen dieser Größenordnung aufgebaut werden. Die Investitionskosten allein für diese Fotovoltaikanlagen belaufen sich auf 40 Milliarden €.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist geradezu absurd!)

Dazu kommen 600 Windräder mit einer installierten Einzelleistung von 4,5 MW. Diese gibt es bisher nur in der Form von Offshoreanlagen im Meer. Jede einzelne dieser Anlagen hätte eine Höhe von 180 m und einen Rotordurchmesser von 120 m. Die gesamte Investitionssumme liegt bei 2,7 Milliarden €. Diese Anlagen sollen nach Aussage von Frau Ypsilanti vornehmlich in weniger dicht besiedelten Regionen entlang von Autobahnen und ICE-Trassen aufgestellt werden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Der Wind muss wehen!)

Das heißt, die Anlagen werden vornehmlich nach Nord-, Ost- und Mittelhessen – ein Teil auch in den Odenwald – kommen. Das sind alles Regionen, in denen auch die für die Kommunen Verantwortlichen, die den Sozialdemokraten angehören, über die regionalen Planungsversammlungen die Ausweisung neuer Standorte für Windkraftanlagen verhindern.

(Zurufe von der SPD)

Hinzu kommen 530 Biogasanlagen mit einer Einzelanlageneleistung von 1,5 MW. In Deutschland gibt es das bisher noch nicht. Das bedeutet 25 Anlagen je Landkreis. Dazu werden je Landkreis 20.000 ha reine Maisanbaufläche benötigt. Das heißt, dass in den meisten Landkreisen keine Futtermittelerzeugung und keine Lebensmittelerzeugung mehr möglich sein werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Was für ein Stuss!)

Den Naturschutz können wir ebenso vergessen wie eine natürliche Fruchtfolge. 85 % der gesamten landwirt-

schaftlich genutzten Fläche Hessens würden nur für den Maisanbau zur Beschickung der Biogasanlagen benötigt werden.

Dazu kommen 100 weitere Wasserkraftwerke, obwohl die Europäische Wasserrahmenrichtlinie das völlig ausschließt. Wenn Sie die Zahl der notwendigen Anlagen addieren, werden Sie sehr schnell erkennen, dass es sich nicht nur, wie von der SPD-Spitzenkandidatin behauptet, um 1.700, sondern sogar um 1.900 Großanlagen handelt. Man hat auch hier offensichtlich vergessen, mittels einer schlichten Additionsrechnung zu überprüfen, ob all das, was man vollmundig verkündet, überhaupt stimmt.

Mindestens 45 Milliarden € müssen aufgebracht werden, um diese Investitionen zu bezahlen. 45 Milliarden € reine Investitionskosten sind zur Ausschöpfung regenerativer Energiequellen erforderlich, um die von Biblis jährlich produzierte Strommenge von 17 Milliarden kWh zu ersetzen, die durch das Abschalten des Kernkraftwerks verloren geht.

(Norbert Schmitt (SPD): Was für ein Quatsch! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie wollen Sie denn die 35 % aus Ihrem Grundsatzprogramm erreichen?)

Da das SPD-Konzept vorsieht, dass die notwendigen Investitionen in erster Linie von Privatleuten, Landwirten und Beteiligungsgesellschaften erbracht werden, ergeben sich für jeden Einwohner Hessens – vom Säugling bis zum Greis – Investitionskosten in Höhe von 7.500 €. Bei einem Vierpersonenhaushalt kommen hierbei fast 30.000 € zusammen.

Warum verschweigt man diese Konsequenzen in der Öffentlichkeit? Unter Zugrundelegung der EEG-Vergütungssätze und einer Mischkalkulation, die dem jeweiligen Anteil am Gesamtkonzept entspricht, kostet nach den Vorstellungen von Rot-Grün jede Kilowattstunde Strom, gewonnen durch Windkraft, Sonnenenergie und Biomasse, 24 Cent. Dagegen kostet der Strom aus Kernkraftwerken gerade einmal 3 Cent pro Kilowattstunde.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! Wer hat denn die Atomkraftwerke finanziert? Wer überwacht den Müll in den nächsten 1.000 Jahren? Haben Sie das einmal nachgerechnet? – Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Das rot-grüne Energiekonzept schlägt also mit dem achtfachen Stromerzeugungspreis für jeden Verbraucher zu Buche. Die jährlichen Kosten rot-grüner Energieerzeugung würden demnach von derzeit 500 Millionen € auf fast 4,1 Milliarden € steigen. Für die Stromerzeugung nach rot-grünem Modell müssten die Verbraucher jedes Jahr 3,6 Milliarden € mehr aufwenden. Diese Kosten würden jeden einzelnen Bürger und jeden einzelnen Betrieb treffen.

Die Stromrechnung würde sich hierdurch mehr als verdoppeln. Warum behaupten dann rot-grüne Atomenergieaussteiger angesichts dieser einfachen Rechnung immer wieder, Strom aus alternativen Energiequellen sei nicht teurer?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Apel, Sie haben die neue Linie noch nicht mitbekommen! Sie sind jetzt Klimaschützer! Ihre Rede ist von vor einem Monat!)

Glauben Sie wirklich, dass der Rest der Welt keine Ahnung habe, wie man des Energie- und Klimaproblems

Herr werden könnte, weil weltweit der Bau von 400 neuen Kernkraftwerken geplant wird?

(Zuruf der Abg. Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Welchen Ertrag für die Sicherheit von Kernkraftwerken erwarten Sie, wenn die einzigen Kernkraftwerke, auf deren Sicherheitsausstattung Sie Einfluss nehmen können, gar nicht erst gebaut werden dürfen und Deutschland sich aus einer weiteren Schlüsseltechnologie verabschiedet?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Blinde Ignoranten!)

Glauben Sie wirklich, dass Ihre energiepolitischen Tagträumereien auch nur ansatzweise in China angewendet werden, wenn Sie vorschlagen, man solle doch einen erheblichen Teil des Energiebedarfs durch Biomasseanbau decken?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben das EEG kopiert, das Sie bekämpft haben!)

Dieses Land muss jetzt schon riesige Mengen an Getreide, Reis und Soja importieren, um seine Bevölkerung überhaupt satt zu bekommen.

Sie wissen ganz genau, dass an allen 8.760 Jahresstunden die Energieversorgung gewährleistet sein muss, sollen nicht die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und damit Hunderttausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel stehen. Warum erwähnen Sie in Ihrem Energiekonzept nicht, dass Sonnenenergie nur an durchschnittlich 850 Jahresstunden und Windenergie nur an 1.650 Jahresstunden zur Verfügung stehen und der Strom aus Sonne und Wind weder gesteuert noch gespeichert werden kann?

(Norbert Schmitt (SPD): Er kann nicht gespeichert werden? Das ist ein Stuss!)

Warum erwähnen Sie nicht, dass Ihr Energiekonzept, wenn überhaupt, nur an 10 % aller Jahresstunden funktioniert, weil die Energieversorgung über Sonne und Wind nur an 850 von 8.760 Stunden gewährleistet ist?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Weil es nicht in die Ideologie passt!)

Woher kommt dann in den mehr als 90 % aller Jahresstunden die in Hessen benötigte Energie?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher kommt der Strom jetzt? Biblis steht seit 143 Tagen still!)

Wie erklären SPD und GRÜNE den VW- und Opel-Beschäftigten in Baunatal und Rüsselsheim, dass sie wegen romantischer Fantastereien ideologisch verbrämter Politiker nur an 10 % aller Jahresstunden produzieren können?

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Damit scheiden sie als verlässliche Partner aus dem bis in die kleinsten Verästelungen stundengenau getakteten Produktionsverbund der Automobilhersteller aus. Demzufolge müssten die Standorte aufgegeben werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo kommt das Licht hier her? Wo kommt der Strom für das Mikrofon her, in das Sie sprechen? Biblis steht seit 143 Tagen still!)

Wie erklären SPD und GRÜNE den Beschäftigten im Banken- und Dienstleistungssektor im Rhein-Main-Ge-



biet, dass eine sichere Stromversorgung für ihre PCs nur an 10 % aller Jahresstunden zur Verfügung steht und ihr Arbeitsplatz daher innerhalb kürzester Zeit nach London, Tokio oder New York verlegt werden muss?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher kommt der Strom für das Mikrofon? Nicht aus Biblis!)

Wie erklären SPD und GRÜNE den hessischen Einwohnern, dass leider die von ihnen so hoch geschätzte Kulturlandschaft, die nachhaltige Waldwirtschaft und die regionale Lebensmittelversorgung bei uns nicht mehr gewährleistet werden können, weil jeder Quadratmeter Wald und Ackerboden benötigt wird, um Energie für Biogasanlagen zu produzieren, und das unter kompletter Missachtung aller Naturschutz-, Artenschutz- und Nachhaltigkeitsgrundsätze?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Diese Rede müssen Sie im Dunkeln geschrieben haben!)

Sie wissen auch, dass die Abschaltung der sichersten Kernkraftwerke der Welt auch in Ihren eigenen Reihen höchst umstritten ist. Frau Ypsilanti wird im besten Fall von überzeugten Sozialdemokraten wegen ihres Energiekonzepts belächelt, und Frau Kollegin Hammann räumt freimütig ein, dass Biblis nicht einfach von heute auf morgen ersetzt werden könne und man für eine Übergangszeit auf Stromimporte aus Kern-, Gas- und Kohlekraftwerken außerhalb Hessens angewiesen sei und es dadurch kurzfristig zu einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen komme.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nur kurze Zeit, Frau Apel!)

Ich hatte bisher Ihr Energiekonzept so verstanden, dass der Grund Ihrer Überlegungen die CO<sub>2</sub>-Reduktion sei.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen eine Energiewende! Aber Sie wissen nicht, was das ist!)

Vielleicht beantworten nachher die Redner der SPD und der GRÜNEN die entscheidende Frage, was es dem Klimaschutz bringt, wenn eine CO<sub>2</sub>-arme Form der Stromerzeugung durch eine andere CO<sub>2</sub>-arme Form der Stromerzeugung ersetzt wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie wollen Sie jetzt das Klima schützen?)

Sie erkennen, dass all diese Überlegungen Fantastereien und Tagträumereien von Leuten sind, die während der Zeit ihrer Regierungsverantwortung die Biomassenutzung sträflich vernachlässigt haben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

während beispielsweise in Bayern neue Anlagen wie Pilze aus dem Boden schossen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie kürzen die Mittel und machen solche Sprüche! Das ist unglaublich!)

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, während Sie für Biomassenutzung gerade einmal 320.000 € zur Verfügung stellten, haben wir die Fördermittel zum Umsteuern auf nachwachsende Rohstoffe inzwischen um das 25-Fache aufgestockt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Da kommt kein Zwischenruf von Al-Wazir! – Gegenruf des Abg.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne EEG würde die Förderung ins Leere laufen!)

Während Sie vom Klimawandel redeten und nichts taten, sind allein durch die von der CDU-Landesregierung initiierte Bioregio Holz und die seit 1999 ans Netz gegangenen Biogasanlagen in Hessen über 500.000 CO<sub>2</sub> und 150 Millionen l Heizöl eingespart worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hessen hat als erstes Bundesland überhaupt ein integriertes Klimaschutzprogramm auf den Weg gebracht, das umfangreiche Maßnahmen bei der Kraftwerksentwicklung, der dezentralen Energiebereitstellung, der Gebäudeeffizienz, der Biomassenutzung und dem Emissionshandel vorsieht.

(Norbert Schmitt (SPD): Wenn Sie das glauben, dann haben Sie sich wirklich von der Ernsthaftigkeit verabschiedet!)

Darüber hinaus müssen weitere Lenkungsmechanismen entwickelt werden, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß aller Emittentengruppen wirksam zu reduzieren, und das nicht in Inselösungen, abgekoppelt vom Rest der Welt, sondern mit einem weltweiten Energiemix, der praxisgerecht und innovativ ist und der insbesondere keine Denkverbote enthält.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben überhaupt nichts verstanden!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Dazu gehören auf internationaler Ebene die weltweite Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel, klare und verbindliche Regelungen für die Automobilindustrie zur Entwicklung schadstoffarmer Autos, CO<sub>2</sub>-Vermeidungsstrategien bei allen Kraftwerken und die Entwicklung regionsangepasster Maßnahmen, um den privaten, öffentlichen und gewerblichen Energieverbrauch erheblich zu reduzieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Das Wort hat Frau Abg. Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Rede von Frau Apel schicken wir an alle Umweltverbände! Eine bessere Propaganda für uns kann es nicht geben!)

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat das Thema Klimawandel zu ihrem Setzpunkt gemacht. Wie ernst sie das ganze Thema nimmt, sieht man an der wirklich dünnen Besetzung der Abgeordneten vonseiten der CDU hier im Hessischen Landtag.



(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Liebe Frau Kollegin Apel, ich denke, Sie haben das Thema krachend verfehlt. Was Sie hier abgegeben haben, ist ein reines Glaubensbekenntnis im Hinblick auf die risikoreiche Atomenergie. Was uns vollkommen fehlt, sind Ihre tatsächlichen Forderungen zu den Fragen: Wie kann man dem Klimawandel entgegenreten? Was muss getan werden, damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen radikal zurückgehen? – Nichts, meine Damen und Herren!

(Elisabeth Apel (CDU): Sie müssen zuhören!)

Frau Apel, Sie haben hier einen Offenbarungseid im Klimaschutz abgegeben. Das ist unglaublich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wer auf Atomkraft setzt, der muss auch sagen, wohin die vielen Atomkraftwerke, die Ihrer Meinung nach notwendig wären, gebaut werden sollen – Tausende von Atomkraftwerken weltweit. Eine Rettung kann doch nur in erneuerbaren Energien und in der Energieeffizienz liegen. Das ist der richtige Weg, aber keine risikoreiche Atomkraft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden morgen noch die Debatte darüber haben, aber kurz noch dazu: Gerade wenn Sie Biblis als einen der sichersten Reaktoren nennen, muss ich Ihnen sagen, dass Sie offensichtlich nicht die Störfall- und Pannenstatistik kennen. Dort liegt Biblis weit über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Außerdem liegt Biblis jetzt schon 143 Tage still, aber wir haben immer noch Licht und exportieren immer noch Strom aus Deutschland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elisabeth Apel (CDU): Wo kommt der Strom her? Aus Frankreich von Atomkraftwerken! – Gegenruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir exportieren doch noch!)

– Wir haben einen Export von Strom, und der Anteil der erneuerbaren Energien ist gewachsen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns jetzt zum Thema Klimawandel kommen. Es ist ein ernsthaftes Thema, das es wert ist, im Hessischen Landtag behandelt zu werden. Der UNO-Klimarat hat, wie Sie wissen, einen zweiten Entwurf erstellt, was die Folgen des Klimawandels angeht. Er rechnet dem Bericht zufolge mit Todesfällen und Erkrankungen, die mit dem Klimawandel einhergehen, aufgrund von Hitzewellen, Dürreperioden, massiven Sturmzunahmen und Überschwemmungen.

Hundert von Millionen Menschen in dicht besiedelten, küstennahen Gebieten sind durch den Meeresspiegelanstieg bedroht. Bis zum Jahr 2100 soll die Erderwärmung um 2 bis 4,5 Grad zunehmen. Man rechnet damit, dass 3 Grad am wahrscheinlichsten sind. Was hätte das für Folgen? Das Grönlandeis würde abschmelzen. Der Meeresspiegel würde steigen. Man rechnet mit 43 cm Anstieg. Die Permafrostböden würden möglicherweise zu 90 % oberfläch-

lich antauen, und das würde bedeuten, dass wir eine zusätzliche Methanfreisetzung in diesem Bereich bekommen.

Meine Damen und Herren, alle Menschen sind von diesem Klimawandel betroffen, egal, ob wir in Industrienationen leben, die es mit verursacht haben, oder in Entwicklungsländern. Der Klimawandel wird darauf keine Rücksicht nehmen.

Wir haben doch jetzt schon durch die Hitzeperiode im Jahre 2003 Todesfälle zu beklagen, und das auch in Deutschland. Europaweit rechnet man mit Schäden in Höhe von 17 Milliarden €, die daraus entstanden sind. Die Zunahme der Zahl der schweren Stürme haben wir im Januar sogar in Deutschland erleben müssen. Ich erinnere nur an unseren Neujahrsempfang. Sturm Kyrill hat uns den ganz schön weggeegt.

Meine Damen und Herren, daran erkennt man, wohin die Reise geht. Die ökologischen Schäden sind gewaltig, und das mit den Katastrophen verbundene menschliche Leid ist unfassbar. Verantwortlich sind wir alle.

Die Ursachen und Gefahren des Klimawandels sind inzwischen von einer breiten Schicht der Gesellschaft anerkannt. An dieser Stelle wollte ich es eigentlich begrüßen, dass die CDU einen Antrag dazu gestellt hat. Ich wollte Ihnen sagen: Willkommen in der Wirklichkeit, willkommen, dass Sie wirklich etwas tun. – Aber was muss ich mir heute anhören? Nichts wirklich Weltbewegendes im Hinblick auf den Klimaschutz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Ich dachte, darüber wären wir schon längst hinaus. Ich erinnere nur an die Plenardebatte im Jahr 2001, in der Ihr Kollege Dr. Peter Lennert dazu Stellung genommen hat. Ich will Ihnen mitteilen, was er damals im Hinblick auf den Klimawandel gesagt hat. Herr Präsident, mir Ihrer Erlaubnis möchte ich das zitieren. Herr Dr. Peter Lennert sagte:

... das mit der Klimakatastrophe ist so eine Sache. Noch ist die Katastrophe nicht da.

(Axel Wintermeyer (CDU): Noch!)

...

– Schreien Sie nur. – Noch ist die Katastrophe nicht da, und die Szenarien beruhen rein auf Berechnungen.

...

Wenn man die letzten 20 Jahre verfolgt, dann stellt man fest, dass immer dann die Temperaturen steigen, die vorausgesagt werden, wenn die Förderperioden für diese Gremien anstehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist skandalös!)

...

Deswegen möchte ich sagen, dass auch hier etwas Gelassenheit angebracht ist. Die Bittermiene, die Sie hier aufbringen, und das Rabenschwarzmalen sind nicht angebracht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fünf Jahre

ist das her! – Norbert Schmitt (SPD): Das ist skandalös! So sind sie! Frau Apel setzt das fort!)

Diese Haltung beweist, dass die Landesregierung schon damals nicht verstanden hat – nach Ihren Aussagen hat sie es auch heute noch nicht verstanden –, dass man tatsächlich etwas tun muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Klimaschutzforum ist eine gute Veranstaltung. Auch die Aktivitäten, die die Landesregierung dazu entwickelt hat, kann man begrüßen. Aber dies hat doch nicht zu einer massiven Verringerung des Ausstoßes an Kohlendioxid geführt. Meine Damen und Herren, Sie haben in den letzten Jahren doch immer das, was wir vorgeschlagen haben, abgelehnt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es! – Andrea Ypsilanti (SPD): Ja!)

Unzählige Anträge zum Thema Klimaschutz wurden von uns eingebracht. Die Mitglieder der CDU waren immer wieder dagegen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das waren wir, weil wir Realisten sind!)

Ihre negativen Aktivitäten sind deutlich belegbar: Sie haben die Mittel gekürzt. Sie haben wichtige Klimaschutzprojekte aufgegeben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Welche denn?)

Sie haben den Hessen-Tender II nicht fortgesetzt. Sie setzen auf eine verfehlte Verkehrspolitik. Der Straßenverkehr ist mit 37 % einer der größten Verursacher des Ausstoßes von Kohlendioxid.

Sie haben beim öffentlichen Personennahverkehr, dem ÖPNV, die Mittel gekürzt. Als Ergebnis kam es zu drastischen Erhöhungen der Fahrpreise. Außerdem wurde das Angebot des ÖPNV reduziert.

Meine Damen und Herren, Sie blockieren die Einführung einer klimaorientierten Kraftfahrzeugsteuer. Aktuell ist Folgendes geschehen – das konnten wir alle sehen –: Auf einigen Teilstrecken der Autobahn 66 wurde das Tempolimit aufgehoben. – Dies erfolgte nach dem Motto: Freie Fahrt für den Bleifuß. – Das ist doch keine Vorgehensweise, wenn man Klimaschutz betreiben will.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Sanierung der Gebäude aus energetischer Sicht wurde in Hessen doch massiv behindert. Denn trotz guter Nachfrage wurde das Förderprogramm eingestellt. In Neubauten gibt es immer noch nicht den neuen technischen Standard. Das wäre der Standard des Passivhauses bzw. des Nullenergiehauses. Da gibt es in Hessen Fehlanzeige.

In der Nutzung der Solarenergie und der Biomasse liegt Hessen deutlich hinter den Ländern Bayern und Baden-Württemberg zurück. Meine Damen und Herren, Sie setzen auf eine verfehlte Energiepolitik. Immer wieder versuchen Sie, die Atomkraft hoffähig zu machen. Deswegen liegen wir in Hessen bei den erneuerbaren Energien mit 5 % weit hinter dem Bundesdurchschnitt von 12 % zurück.

Meine Damen und Herren, Sie haben über Jahre hinweg die Ökosteuern massiv bekämpft. Außerdem haben Sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz bekämpft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Andrea Ypsilanti und Norbert Schmitt (SPD))

Allein die erneuerbaren Energien haben dazu beigetragen, dass im letzten Jahr 100 Millionen t klimaschädliches CO<sub>2</sub> eingespart werden konnten.

Kein Ruhmesblatt war auch die Geschichte um den Emissionshandel. Die Große Koalition hat mehr Verschmutzungsrechte beantragt, als an Verschmutzung durch die Industrie in dem vorausgegangenen Jahr tatsächlich gekommen ist. Es ist doch peinlich, dass die EU-Kommission Ihnen sagen musste, dass die Menge an Verschmutzungsrechten zu hoch angesetzt ist und dass mehr für den Klimaschutz getan werden muss.

Meine Damen und Herren, die Kritik hat es deutlich gezeigt: Sie haben beim Klimaschutz auf ganzer Linie versagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind in der Wirklichkeit angekommen. Wir bieten Ihnen an, einen wirklich effektiven Klimaschutz zu betreiben. Wir wollen, dass die nationalen Emissionen an Treibhausgasen wirklich bis zum Jahr 2020 um 40 % und bis zum Jahr 2050 um 80 %, bezogen auf den Stand des Jahres 1990, reduziert werden. Das ist die richtige Vorgehensweise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt aber auch: Man muss handeln. – Wir brauchen eine deutliche Erhöhung bei der effizienten Nutzung der Energien. Wir brauchen einen Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien. Ich sage das ganz deutlich – das ist unser Konzept hinsichtlich der zukünftigen Nutzung der Energien –: Wir wollen, dass spätestens bis zum Jahr 2028 die Energieversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Energien erfolgt.

(Elisabeth Apel (CDU): Wie soll das denn gehen? – Axel Wintermeyer (CDU): Das ist schon wieder unrealistisch!)

– Frau Apel, das geht schon. Sie müssten sich nur einmal ernsthaft damit auseinandersetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch nicht utopisch. Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen hat im Februar dieses Jahres genau dies postuliert. Allerdings müssen dann auch in Hessen die Rahmenbedingungen anders gestaltet werden. Das heißt, das Atomkraftwerk in Biblis muss endgültig stillgelegt werden. Dies bedeutet, es muss aber auch eine kritische Auseinandersetzung mit den jetzt in der Planung befindlichen Kohlekraftwerken erfolgen.

(Elisabeth Apel (CDU): Frau Kollegin, wo soll denn die Biomasse herkommen?)

Frau Kollegin Apel, ich möchte in diesem Zusammenhang explizit das Kraftwerk Staudinger ansprechen. Dort könnte es zu einer zusätzlichen massiven Kohlendioxidbelastung über Jahrzehnte hinweg kommen.

(Elisabeth Apel (CDU): Wo soll die Biomasse herkommen?)

Zu einer vernünftigen Politik gehört auch, dass Sie endlich Ihre Blockade beenden. Sie sollten den Missbrauch der Regionalplanung zur Verhinderung der Errichtung der Windkraftenergieanlagen beenden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

– Regen Sie sich doch nicht auf. Bewahren Sie kühles Blut.

Hinsichtlich der Effizienzsteigerung ist für Neubauten in Hessen mindestens der Standard des Passivhauses und für Altbauten der Drei-Liter-Standard anzustreben.

Wir fordern eine klimagerechte Verkehrspolitik. Es muss kurze Wege für Güter und Personen geben. Außerdem muss es umweltfreundliche Verkehrsträger geben.

Statt des Baus neuer Straßen oder Ihrer Wünsche zum Ausbau des Frankfurter Flughafens oder des Flughafens Kassel-Calden muss doch endlich die Infrastruktur für die Bahn, den öffentlichen Personennahverkehr, für die Nutzung des Fahrrads und für die Fußgänger ausgebaut werden. Da muss es zu einer effektiven Nutzung kommen. Die Umstellung des verbleibenden Auto- und Lkw-Verkehrs auf erneuerbare Energien muss vorangetrieben werden.

Es gibt darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten, wie man den Klimaschutz wirklich betreiben kann, wenn man es denn ernsthaft will. Ein Beispiel will ich nennen.

Ich möchte den Klima-Check ansprechen. Alle Gesetzesvorhaben müssten mit einem Klima-Check behaftet werden.

(Hans-Dieter Schnell (CDU): „Behaftet“! – Axel Wintermeyer (CDU): Das würde zu noch mehr Bürokratie führen!)

Das heißt, man muss bereits im Vorfeld überprüfen, welche Auswirkungen der Gesetzentwurf, wenn er denn Gesetz würde, auf das Klima haben würde. Das wäre eine sinnvolle Möglichkeit, die wir auch in Hessen umsetzen könnten.

Ich nenne einen weiteren Punkt. Das betrifft etwas, was hier in Hessen schon lange schlecht gemacht wird. Das betrifft den Öko-Landbau, dem man die Fördermittel reduziert hat. Wir erwarten, dass der Öko-Landbau wieder massiv unterstützt wird, sodass die Nachfrage der Verbraucher auch aus Hessen befriedigt werden kann. Damit kann natürlich auch dem Klimawandel entgegengetreten werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Denn Sie wissen es doch ganz genau: 10 % der Emission der Treibhausgase stammen aus der Landwirtschaft. Wir wissen auch, dass bei den ökologisch angebauten Flächen der Ausstoß an CO<sub>2</sub> um zwei Drittel niedriger ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Der Klimawandel – –

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

– Frau Apel, rufen Sie nicht dazwischen. Stellen Sie sich an dieses Pult, und sagen Sie einfach, welche Vorstellungen Sie hinsichtlich der Verhinderung des Klimawandels haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Klimawandel stellt eine große Herausforderung dar. Ich sage Ihnen dazu ganz deutlich: Lippenbekenntnisse genügen nicht mehr. Handeln ist angesagt.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU) – Axel Wintermeyer (CDU): Realistisches Handeln ist angesagt!)

Frau Kollegin, es ist höchste Zeit, zu handeln.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich befürchte, dass außer Ihrer markigen Überschrift – –

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind kaum Leute der CDU da!)

– Das ist richtig. Die Reihen der CDU sind bei ihrem Setzpunkt immer noch sehr dünn besetzt. Das ist eine Schande. Das Thema ist sehr wichtig, und dann sind die Abgeordneten der CDU nicht anwesend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Reinhard Kahl und Sabine Waschke (SPD))

Außer Ihrer markigen Überschrift auf Ihrem Antrag mit den Worten – ich sage es auch für die Zuhörer – „Klimaschutz ohne Kompromisse verantwortungsbewusst gestalten“ ist nichts zu erwarten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Widerspruch der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Sie haben in Ihrem Antrag keinerlei konkrete Forderungen, wie wirklich wirksam dem Klimawandel entgegengetreten werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Meine Damen und Herren, wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Unsere Forderungen sind klar. Wir können Sie nur auffordern, sich uns anzuschließen,

(Elisabeth Apel (CDU): Ohne realistische Konzeption!)

damit dem Klimawandel wirklich entgegengetreten werden kann. Die Menschen erwarten Antworten. Ich sage es noch einmal: Allein Lippenbekenntnisse und markige Überschriften bringen überhaupt nichts.

(Elisabeth Apel (CDU): Eben!)

Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch. Handeln Sie danach. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Andrea Ypsilanti und Norbert Schmitt (SPD))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Williges gemeldet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Betreibt der neuerdings auch eine Windkraftanlage?)

#### **Frank Williges (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!



(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aus dem bunten Fächer dessen, was Frau Kollegin Hammann erwartungsgemäß vorgetragen hat,

(Reinhard Kahl (SPD): War gut, die Rede! – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nur eine ganz deutliche Falschaussage herausgreifen. Ich will vorausschicken, Sie sind an der Seite der SPD, wenn es um die Frage geht, zusätzliche Windkraftanlagen in unserem Lande installieren zu wollen. Aber immer dann, wenn es zum Schwur kommt – so ist es auch in der regionalen Planungsversammlung Nordhessen –, sind es Sozialdemokraten und im konkreten Fall, den ich Ihnen gleich schildern werde, auch GRÜNE, die sich an die Spitze der Bewegung der Gegner setzen, um die Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen zu verhindern.

(Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU) – Axel Wintermeyer (CDU): Das ist die Realität!)

In Breuna-Wettesingen im Landkreis Kassel, übrigens in unmittelbarer Nähe des Wohnortes von Dr. Lübcke,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sollten laut Fortschreibung des Regionalplanes zusätzliche Flächen für Windkraftanlagen ausgewiesen werden. Mit den Stimmen Ihrer Kreistagsabgeordneten Gottschalck und Hofmeyer ist das verhindert worden.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Am 26. November saß neben mir eine grüne Kreistagsabgeordnete in Breuna-Wettesingen auf dem Podium, die sich gegen die Ausweisung dieser Fläche ausgesprochen hat.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war das?)

Hier kommen die großen Töne,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren!

**Frank Williges (CDU):**

nicht nur vom Rednerpult aus. Hier kommen Ihre großen Sprüche. Wenn es vor Ort zum Schwur kommt, sind Sie die Ersten, die gegen die Ausweisung von Biokraftanlagen, von Windkraftanlagen sind.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Unglaubwürdigkeit Ihres Konzeptes. Dazu kommt, dass das Ganze nicht realisierbar ist. Das hat Ihnen Frau Apel mit ihrer Rede sehr eindrucksvoll bewiesen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Jetzt geht es im Kreistag weiter, und da gehört es auch hin!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Grumbach das Wort.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, ich finde den Antrag der CDU ziemlich mutig. Da steht: „Maßnahmen ohne Zeitverzug“. Das heißt, es muss schnell etwas passieren. – Das ist so, wie wenn sich die Schnecke zum Pferderennen anmeldet und glaubt, sie könnte es gewinnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anders kann man das nicht bewerten. Man merkt es am ganzen Antrag. Das Schneckentempo ist geblieben. Im Antrag selbst steht schlichter Minimalkonsens. Darin stehen die berühmten 20 % bis 2020. An der Stelle sage ich Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Sie sind nicht mehr auf dem Stand Ihrer eigenen Partei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau so ist es!)

Wenn Sie die Grundsatzdebatte Ihrer eigenen Partei verfolgen würden, würden Sie feststellen, dass die Programmkommissionsarbeitsgruppe zu diesem Bereich – übrigens genau wie der sozialdemokratische Umweltminister in Berlin – gesagt hat: Wir sind in einer Situation, dass diese kleinen Schritte nicht mehr reichen; wir müssen deutlich mehr erreichen. Wir müssen mindestens 35 % bis 2020 erreichen, und bis 2050 erheblich mehr.

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Das ist Ihre Partei. Die hessische CDU ist der rückständige Flügel der CDU.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist leider keine neue Erkenntnis!)

Ich finde es ganz spannend, auf was Sie so alles setzen, ohne jemals zu prüfen, wie es gewirkt hat. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass wir über ökonomische Anreize, auch über den Emissionshandel, versuchen, da einzugreifen. Nur, wenn Sie die reale Wirkung der letzten Jahre betrachten, müssen Sie feststellen, wir haben es mit dem EEG geschafft, in fünf Jahren 25 Millionen t CO<sub>2</sub> einzusparen. Das ist das Vierfache dessen, was wir beim Emissionshandel hätten einsparen müssen.

Das heißt, Sie setzen auf die Instrumente, die sichtbar nicht funktioniert haben. An den Instrumenten, die, ohne dass Sie etwas dafür getan haben, funktioniert haben, haben andere gearbeitet – Sie haben das Gesetz bekämpft –, und die bekämpfen Sie weiterhin. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es auch ganz nett, wie die Glaubensfragen immer weitergereicht werden. Sie müssen sich bei Ihrem Referenten, der die Rede geschrieben hat, einmal beschweren, weil er nicht nachgelesen hat. Derzeit sind weltweit nicht 400, sondern genau 26 Atomkraftwerke angekündigt – angekündigt! In der Planung sind sieben bis neun, je nachdem, wie Sie rechnen; angekündigt sind 26. Das heißt im Kern, dass Sie eine Situation haben, dass sich, selbst wenn die in zehn Jahren in Betrieb gehen, die Zahl der Kernkraftwerke der Welt verringert und nicht vergrößert haben wird, weil die abzuschaltenden jetzt auch in anderen Ländern vom Netz gehen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Apel, an der Stelle wird es ganz spannend. Fortan geht es ins Grundsätzliche. Diese ganzen angekündigten Kernkraftwerke sind alle mit massiven Subventionsforderungen verbunden. Ohne Staatsinterventionismus ist diese Art von Politik nicht zu haben. Sie sagen: Das EEG lastet den armen Gebührenzahlern so viel auf. – Sie wollen es bei Kernenergie über die Steuerzahler machen, als ob das nicht die gleichen Leute belasten würde. Das ist eine völlig heuchlerische Debatte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Dazu gehört die Frage: Wie lange geht es überhaupt? – Wollen wir wirklich Milliarden Euro in eine Technik setzen, von der selbst alle Befürworter sagen, es könne nur eine Übergangsenergie sein?

Es würde nur einen Sinn ergeben, wenn die Zahl der Kraftwerke nicht erhöht wird; denn sobald sie auf die Zahl erhöht werden, wie Sie es geschrieben haben, funktioniert das mit den 30, 40 Jahren Brennstäbe überhaupt nicht mehr. Dann sind wir nämlich bei zehn bis zwölf Jahren. Das heißt, Sie haben nicht einmal für die Laufzeit der dann bestehenden Kraftwerke die Brennstäbe. Ein absolut wirres Konzept – darauf kann man nur kommen, wenn man glaubt, aber nicht, wenn man realistisch kalkuliert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elisabeth Apel (CDU): Sie gehören nicht dazu!)

Spannend ist auch zu sagen: Für welche Region der Welt funktioniert das eigentlich? – Sie haben ein Konzept, das in Regionen mit Wasserarmut überhaupt nicht funktioniert. Das funktioniert noch nicht einmal in Deutschland im Sommer unter harten Bedingungen. Im Jahre 2005 standen in Deutschland faktisch zwei Drittel aller Kernkraftwerke still, weil das Kühlwasser nicht mehr vorhanden war.

Wenn Sie gegen die Klimaveränderung, die wir gerade beschreiben, mit Ihren Kernkraftwerken etwas tun wollen – sozusagen ihre Fortsetzung schreiben –, dann werden wir an andere Grenzen stoßen. Das heißt, Sie bauen für wenige Jahre mit Milliarden Euro auf eine Technik, die unter Umständen, die Sie bekämpfen wollen, gerade nicht mehr richtig funktioniert – ein völlig absurdes Verhalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Was ist mit Wasserkraft im Sommer?)

Der nächste spannende Punkt in Ihrer Debatte. Es funktioniert nicht, was Sie so süß vorschlagen. Ich darf mit Ihnen, wenn Sie Ihr großes Misstrauen in politische und wissenschaftliche Ratgeber kultivieren, einmal auf die Unternehmensseite gehen. Viele haben vor viereinhalb Jahren die Studie bejubelt, die BP und Shell vorgelegt haben. In der steht: Bis zum Jahre 2050 kann die Hälfte des Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien realisiert werden.

Was sozusagen Voraussetzung war, ist ein Konzept ohne Energieeinsparung, sondern geht von einer Verdoppelung des Weltenergieverbrauchs aus. Wenn wir aber an der Stelle schlicht das, was wir heute schon angedacht haben, anfangen mit der energetischen Gebäudesanierung bis zur Reduzierung von Verbrauch und Industrie ernst zu nehmen, dann sind wir in einer Situation, dass der Anteil erneuerbarer Energien bis 2050 die Hälfte weit überschritten hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Sie legen Steine in den Weg, statt es zu befördern. Sie sorgen dafür, dass wir in der Vergangenheit verhaftet bleiben, dass dieses Betondenkmal in Biblis weiterlaufen wird,

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

statt dass wir dafür sorgen, dass die Menschen, die nach uns kommen, eine Chance haben, mit dem zu leben, was sie brauchen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu passt auch – das finden wir in vielen Zeitungsartikeln –, dass Sie im Prinzip all das, was in die richtige Richtung geht, abgeschafft haben und dafür Ihre Pflasterprogramme für kleine und regenerative Energien haben. Ich finde es schon spannend, dass in Hessen der Landwirtschaftsminister – ich nenne Sie für einen kleinen Moment so – mehr als der Wirtschaftsminister für die Energieversorgung getan hat, der in dieser Frage auch einen Großteil zu tun hätte. Das finde ich schon ein ganz spannendes Konzept.

(Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

Der spannende Punkt ist – das habe ich schon einmal hier gesagt –: Witzig finde ich, dass es immer dann passiert, wenn der Bauernverband ein neues Geschäftsfeld entdeckt hat. Da gibt es vielleicht Zusammenhänge, aber das ist ein anderes Kapitel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde gerne noch einmal darüber reden, wie Sie bei der Debatte über Klimaschutz im Prinzip die ganzen schönen Formeln

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom Landwirt zum Ölscheich!)

von Unternehmertum in Deutschland einfach auf den Kopf stellen. Normal heißt das, wenn Sie die großen Konzerne erleben, die über ihre Unternehmen in den Zeitungen reden, dass Sie sagen: Wir müssen technologisch vor den anderen sein; wir brauchen eine Frühmarkteinführung;

(Elisabeth Apel (CDU): Was haben Sie denn in Ihrer Regierungsverantwortung getan?)

wir müssen Marktanteile früher erobern; wir müssen uns ehrgeizige Ziele setzen; wir müssen an der Stelle dafür sorgen, dass wir, die zuerst am Markt sind, auch zusätzliche Gewinne machen.

(Elisabeth Apel (CDU): Eben!)

Was passiert aber beim Klimaschutz? Beim Klimaschutz – Sie haben es heute in den Zeitungen nachlesen können – machen wir nur im Geleitzug mit den anderen Ländern mit. Das heißt, der Langsamste bestimmt die Geschwindigkeit. Das heißt, wir verschenken extra Gewinne und Marktanteile. Wir warnen ausdrücklich davor, uns ehrgeizige Ziele zu setzen.

(Elisabeth Apel (CDU): Wo sind denn Ihre ehrgeizigen Ziele unter Ihrer Regierungsverantwortung?)

– Sie haben doch gerade die ehrgeizigen Ziele bekämpft, die wir setzen. Sie haben doch gerade bekämpft, dass wir uns in Hessen auf den Weg machen, eine vernünftige Energiepolitik zu machen – genau Sie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Ich sage Ihnen einmal, wo das endet. Wir hatten das alles schon einmal.

(Elisabeth Apel (CDU): Wo denn?)

Wir waren in Deutschland in der Situation, dass die deutsche Industrie die Nummer eins bei den ökologisch nachhaltigen Technologien waren. Es war eine CDU-Bundesregierung, die das Schritt für Schritt demontiert und Deutschland wieder in die Situation gebracht hat, dass wir plötzlich hinter anderen Ländern der Welt herhinken.

(Elisabeth Apel (CDU): Was hatten Sie denn unternommen?)

Genau das Gleiche tun Sie heute wieder. Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ihnen schützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Vogelsbergkreis sehen Sie, was wir auf den Weg gebracht haben!)

Ich finde es relativ spannend, dass Sie im Prinzip in einer Welt agieren, in der es irgendwie nur um die großen Kraftwerke geht.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Al-Wazir, hier vorne ist der Redner. – Danke schön.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Das ist schon okay. – Man kann es so oder so diskutieren, wie Sie mit der Frage Verkehr umgehen. Aber dass die hessische CDU den CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf einem Autobahnteilstück in Hessen gerade um 15 bis 20 % erhöht hat, ohne dass darüber eine Debatte stattgefunden hat, finde ich schon ganz spannend. Man kann sagen: Wir wollen das. – Aber Sie können auf keinen Fall so tun, als sei das etwas, was nichts mit CO<sub>2</sub> zu tun habe.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich den Gesamttenor Ihres Beitrages anschauen, dann, so glaube ich, hat das schon etwas mit dem Sendeschwerpunkt des „Hessischen Rundfunks“ zu tun. Der hat nämlich die Fünfzigerjahre in den Mittelpunkt gestellt.

(Heiterkeit des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich gehe weiter in die Achtzigerjahre. Da sind die Gründer wie Bill Gates verspottet worden, weil sie auf kleine intelligente Personalcomputer gesetzt haben. Nein, hieß es, solche Rechenleistung können wir nur mit großen Anlagen leisten. – Sie leisten sich gerade die gleiche Debatte. Ihre Energiepolitik hat mehr mit Breschnews Tonnenideologie zu tun als mit intelligenten Lösungen in der Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Punkt ist exakt das Gleiche:

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Wir sind heute in der Lage, große Einrichtungen durch dezentrale Einrichtungen zu ersetzen, die so gestrickt sind, dass sie gemeinsam so funktionieren wie große Anlagen, die aber die Wertschöpfung in der Region lassen. Was Sie machen, ist, die Menschen in der Region mit der Wertschöpfung alleine zu lassen, weil Sie nicht in der Lage sind, den technologischen Fortschritt in der Steuerung von Anlagen zu begreifen, sondern weil Sie schlicht Großanlagen-Tonnenideologie betreiben. Das ist eine Energiepolitik, die nicht nur von gestern, sondern von vorgestern ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Das merkt man übrigens auch bei der Debatte um Ihre Windrotoren, die Sie gerade angeführt haben. Sie haben nur im Kopf, dass eine Windanlage besser und leistungsfähiger sei, wenn sie größer wird. Was ein Quatsch.

Wir haben in Deutschland Ingenieure, die in der Lage waren, in den letzten Jahren dafür zu sorgen, dass Anlagen bei gleichbleibender Masthöhe das Doppelte oder Dreifache ihrer früheren Leistung erreichen. Sie aber verhindern, dass diese Anlagen aufgestellt werden. Sie verhindern mit Ihrer Regionalpolitik sogar, dass die Anlagen, die es heute gibt, so nachgerüstet werden, damit wir das, was wir brauchen, noch machen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elisabeth Apel (CDU): Was ein Quatsch!)

Meine Damen und Herren von der CDU, an dieser Stelle sage ich Ihnen relativ freundlich: Sie reden immer davon, dass Sie etwas für den ländlichen Raum tun. Sie sind aber die Investitionsverhinderer im ländlichen Raum.

Wir sagen, die Gemeinden sollen selbst entscheiden können, wie sie ihre Energieversorgung sicherstellen und welche Energieproduktion sie auf ihrem Territorium zulassen wollen. Das ist praktizierte Demokratie, praktizierte Regionalpolitik. Mit Verlaub: Das nutzt Arbeitsplätzen, der Wirtschaft und der Umwelt. Das ist eine andere Energiepolitik als Ihre.

Ich gestatte mir noch die Bemerkung: Ich bin bereit, mit Ihnen zu wetten, dass Sie zukünftig in der Energiepolitik diesem Vorschlag hinterherrennen werden, weil es der ist, der sich gesellschaftlich durchsetzen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Heidel für die Fraktion der FDP.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit Interesse habe ich diese Debatte eben ver-



folgt und bin zu dem Schluss gekommen, gegenseitige Vorwürfe bringen uns hier überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich den Antrag der CDU sehe, das, was dort in den einzelnen Punkten aufgeführt worden ist, so zeigt das sicherlich in die richtige Richtung. Nach meiner Auffassung ist es überhaupt kein Problem, diesem Antrag zuzustimmen.

Dann betrachte ich den Antrag der GRÜNEN, der heute nachgeschoben wurde.

(Florian Rentsch (FDP): Da gibt es schon mehr Probleme!)

Dort wurde auf zweieinhalb Seiten das zusammengeschrieben, was man in alten Presseerklärungen, Anträgen und dergleichen im Archiv gefunden hat.

(Zurufe der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD) und Matthias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, ich muss Ihnen sagen, mit diesem Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, habe ich schon ein ganz großes Problem. Ich werde nachher nochmals darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist es richtig und wichtig, dass eine zukunftsgerichtete Energie- und Klimaschutzpolitik die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft fördern und nicht gefährden soll. Ich glaube, bei aller Diskussion dürfen wir diesen Punkt nicht außen vor lassen. Auch Wirtschaftspolitik und Wettbewerbsfähigkeit haben etwas mit Energie- und Klimaschutzpolitik insgesamt zu tun.

Deshalb ist es nach meiner Auffassung auch nicht sinnvoll, Energie- und Klimaschutzpolitik zu trennen. Ich glaube, im Gegenteil gehört dies zusammen, und wir müssen das im Grunde noch enger miteinander verzahnen. In einigen Beiträgen auch des Kollegen Grumbach wurde das schon angesprochen. In der Tat kann man darüber diskutieren, wie es uns gelingen kann, Klimaschutz- und Energiepolitik hier in Übereinstimmung zu bringen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Ergänzung der Kernenergie durch erneuerbare Energien ist für uns unbestritten. Das heute aber schon zu sagen, wenn ich einerseits den CO<sub>2</sub>-Ausstoß mindern und auf der anderen Seite jetzt alle Kernkraftwerke abschalten will, ist fahrlässig und so nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der FDP)

Wir alle wissen – und mittlerweile ist das unbestritten –, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen der Zukunft ist. Sicherlich ist der Klimawandel keine Herausforderung für Hessen, für Deutschland, für Europa, sondern der Klimawandel ist global zu sehen. Wir müssen uns mit ihm global auseinandersetzen. Er ist eine globale Herausforderung, der wir uns stellen müssen und vor der wir natürlich die Augen nicht verschließen dürfen, indem wir nichts tun und abwarten, was passiert.

Dann ist es wie immer in Deutschland: Wenn etwas auf die Tagesordnung kommt, dann überschlägt sich alles. Die Vorschläge, die wir in den letzten Tagen in den Medien hören, lesen und sehen konnten – was alles gemacht werden könnte und sollte, bis hin zu den obskuren Vorschlägen –, haben wir alle wahrgenommen.

Ich glaube aber, wir müssen uns hier von einem verabschieden. Wenn wir sagen, wir beschimpfen gerade einmal alle diejenigen, die Energie verbrauchen, Energie nutzen oder die auf Energie angewiesen sind – also die Konsumenten –, dann sind wir auf dem falschen Weg. Im Gegenteil müssen wir die Konsumenten mitnehmen zu einem sparsameren Energieverbrauch, zu einem verstärkten Klimaschutz. Wir müssen die Konsumenten mitnehmen und ihnen verdeutlichen, dass ökologisches Verhalten hier günstiger ist oder begünstigt werden muss. Nur dann haben wir eine Chance, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Es stellt sich auch die Frage, ob alles, was wir lieb gewonnen und in der Vergangenheit gern genossen haben, auch in Zukunft so bleiben muss und sollte, ob das zu denselben Tarifen bleiben kann. Wir müssen uns die Frage stellen – auch wenn das in diesem Lande unpopulär ist –, wie wir damit umgehen. Ich schlage hier vor: Sylt statt Seychellen, Allgäu statt Algarve und vor allem Edersee statt Ägypten.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der FDP)

Ich denke, es nimmt mir niemand übel, dass ich gerade das Letztere empfohlen habe.

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, unzweifelhaft ist aber doch, dass Deutschland eine große Chance hat, jetzt mit der EU-Ratspräsidentschaft etwas zu bewegen und im Bereich der erneuerbaren Energien ein verbindliches Ziel einzuführen – das sage ich hier ganz deutlich: ein verbindliches Ziel mit der 20-%-Marke. Es reichen keine Absichtserklärungen, sondern am Ende der Woche werden wir die deutsche Ratspräsidentschaft und damit auch die Bundeskanzlerin an ihrer Aussage über die 20-%-Marke messen – ob sie denn in der Lage ist, das europaweit durchzusetzen. Ich hoffe und wünsche es mir im Interesse eines vernünftigen Klimaschutzes für die Zukunft.

Ich glaube, auch Folgendes ist deutlich geworden: Entschlossenes Handeln ist jetzt notwendig. Die Staatengemeinschaft ist hier gefordert – ich habe es deutlich gemacht –, damit Klimaschutz nicht nur auf bestimmte Regionen beschränkt ist, sondern global behandelt wird.

Meine Damen und Herren, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird die Herausforderung der kommenden Jahre sein, vor allen Dingen in den Schwellenländern. Es muss uns gelingen, die Technologien, die wir haben und die sich in der Entwicklung befinden, in die Schwellenländer zu bringen, also nach China, Indien, Südafrika, Brasilien und Mexiko. Diese Technologien müssen dort eingesetzt werden, denn dort wird das größte Wirtschaftswachstum erwartet, und es wird erwartet, dass sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß dort in den kommenden Jahren drastisch, dramatisch erhöhen wird. Es ist an der Zeit, dort umzusteuern. Zumindest sollten wir mit unserer Technologie dazu einen Beitrag leisten.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir nach Hessen blicken, so will ich sagen, in diesem Lande ist schon einiges erreicht worden. Ich glaube, darauf können wir stolz sein. Ich nehme das auch etwas für uns in Anspruch: Wir haben das mit angeschoben und auf den Weg gebracht,

(Elisabeth Apel (CDU): Das stimmt!)

gerade bei den erneuerbaren Energien und der dezentralen Energieversorgung,

(Beifall bei der FDP)

aber auch mit Klimaschutzprojekten – wir reden heute Morgen ja über den Klimaschutz – und auch mit der Auslobung eines hessischen Klimaschutzpreises. Es ist uns jetzt gelungen, den im Haushalt des Ministeriums zu verankern. Ich halte das für einen guten Ansatz, auf dem wir aufbauen können und sollten.

Aber bei alldem hat es natürlich auch gehagelt – gehagelt in das, was wir als kleine Ernte aufgebaut hatten, nämlich in den ganzen Bereich von Biodiesel und Biokraftstoffen. Der Hagel ist gekommen, und dazu habe ich ein Wort des Kollegen Grumbach vermisst

(Gernot Grumbach (SPD): Das stimmt nicht!)

und auch von Frau Apel, und zwar zum Thema Besteuerung der Biokraftstoffe. Sie konnten in den letzten Tagen in der Presse lesen, dass das zu einem rasanten Abbau von Arbeitsplätzen in dieser Branche geführt hat. Die Zahl von 15.000 Arbeitsplätzen wurde genannt, die durch diese Biokraftstoffbesteuerung vernichtet worden sind und vernichtet werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg. Der Hessische Ministerpräsident hat entscheidend an dieser Ausrichtung der Steuer mitgewirkt. Das soll an dieser Stelle deutlich gesagt werden. Hier ist zwingend eine Umkehr in der Steuerpolitik notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn wir über Energieeffizienz reden, ist natürlich die Möglichkeit der Energieeinsparung das, was wir als Erstes angehen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allen Dingen bei den Gebäuden besteht ein großes Potenzial zur Energieverbrauchsverminderung. Die Gebäude müssen saniert und isoliert werden. Wir haben uns in diesem Hause schon mehrfach darüber unterhalten, wie wichtig es ist, zumindest einmal für die landeseigenen Gebäude und Liegenschaften eine systematische Erfassung vorzunehmen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

im Hinblick auf den Energieverbrauch und die Möglichkeiten von Einsparpotenzialen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir könnten und sollten als Land hier vorausgehen und Beispiel sein. Dann müssen wir hier natürlich zumindest auch alle anderen öffentlichen Träger mitnehmen, die Kreise und Kommunen. Bevor wir dahin kommen, zwangsweise einen Energiepass für private Gebäude vorzuschreiben, ist die öffentliche Hand gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen. Herr Minister, das fordern wir als FDP an dieser Stelle ein.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin auch weiterhin dazu bereit, gerade über Gebäudeenergieeinsparung, Wärmedämmung und Kraft-Wärme-Kopplung zu diskutieren; denn das sind die Möglichkeiten, die wir in Zukunft haben und die wir nutzen müssen. Wir müssen sie verstärkt nutzen, und zwar mit all den Möglichkeiten, die sich aus Kleinkraftwerken erge-

ben. Das Problem, das wir derzeit bei den Biogasanlagen haben – Frau Kollegin Apel hat es angesprochen –, ist doch nicht die Gaserzeugung. Das Problem ist doch: Was mache ich mit der Wärme, die beim Verbrauch des Gases entsteht? Wie kann ich diese Wärme effektiv und sinnvoll nutzen?

Frau Kollegin Apel, ich bin ein bisschen verwundert darüber, dass Sie den Mais so in den Mittelpunkt Ihrer Rede gestellt haben. Ich sehe das aus fachlicher Sicht ein bisschen anders. Ich glaube, wir werden eine Vielzahl von Pflanzen haben, die wir in Zukunft in diese Biogasanlagen hineingeben können – von Raps über Getreide bis hin zu Ganzpflanzensilagen, die dort verwertet werden können.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich glaube, wir brauchen in Hessen, wenn noch einige Biogasanlagen mehr entstehen, noch keine Angst vor dem Entstehen von Monokulturen haben.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

Frau Hammann, zu den Biogasanlagen – ich könnte jetzt sagen: „Hammann aus dem Stau“, weil Sie den Verkehr zum Schluss Ihrer Rede so in den Mittelpunkt gestellt haben – will ich Ihnen nur zwei Zahlen sagen. Als ich vor nunmehr fast zwölf Jahren in diesen Landtag eingezogen bin, war es eine meiner ersten Aktionen, nach Bayern zu fahren, um mich dort über Holzhackschnitzelverbrennungs- und Biogasanlagen zu informieren. Das kann ich Ihnen noch herausuchen. Damals gab es in Bayern – ich war bei den zuständigen Institutionen in München – insgesamt 60 Holzhackschnitzelanlagen und 15 Biogasanlagen. In Hessen gab es zu der Zeit – jetzt hören Sie bitte gut zu – eine Holzhackschnitzelanlage. Diese stand am Frankfurter Flughafen, und dort steht sie noch heute. Eine Biogasanlage stand bei uns in Friedrichshausen, wo ein Landwirt, ein Tüftler, ausprobiert hat, wie er das auf den Weg bringen könnte. Das war der Iststand von 1995. Das muss man zur Verdeutlichung einmal festhalten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1996 stand die zweite Anlage auf dem Hof von Herrn Häusling!)

Meine Damen und Herren, wir sagen Ihnen als FDP: Es gibt drei Punkte, über die wir in Zukunft diskutieren müssen, zum einen über die Energieeffizienz und die Nutzung von Einsparmöglichkeiten. Zum Zweiten sind kraftstoffarme Pkw- und Lkw-Flotten gefordert und müssen an der Tagesordnung sein. Daran kann kein Weg vorbeiführen. Zum Dritten gilt es, den Flugverkehr – auch wenn das nicht ganz so populär ist – in den Emissionshandel einzubeziehen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, ich will Ihnen zum Abschluss noch etwas ans Herz legen, damit das nicht untergeht. Es gibt auch Bereiche, die genau das Gegenteil machen, indem sie nämlich zu einer CO<sub>2</sub>-Senkung führen. Diese werden gerade von den Damen und Herren von Rot-Grün manchmal etwas kritisiert. Ich will Ihnen dazu nur sagen, dass gerade die Land- und Forstwirtschaft entscheidend dazu beiträgt, CO<sub>2</sub>-Senkungen herbeizuführen. Deshalb sollten wir diese Bereiche nicht verniedlichen oder vernachlässigen, sondern im Gegenteil froh darüber sein, dass in diesem Lande eine funktionierende Land- und Forstwirtschaft CO<sub>2</sub>-Senkun-

gen herbeiführt, damit Unternehmen, die wirtschaftlich arbeiten, wiederum CO<sub>2</sub> emittieren können.

Meine Damen und Herren, das wird in der Debatte viel zu oft vergessen, und deshalb bitte ich darum, dies auch in die Diskussion einzubeziehen. Das kann ich nur allen anraten, die glauben, hier mit Populismus etwas gewinnen zu können. Wir sollten die Debatte versachlichen, weil sie nach meiner Auffassung zu ernst ist, um im Populismus unterzugehen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns heute über Politik unterhalten – und hierbei insbesondere über Umweltpolitik, nicht nur bei uns in Hessen, sondern deutschland- und europaweit –, dann stellt sich sicherlich die Frage: Wie verhält es sich mit dem Klimawandel? Das ist eine der wichtigen Fragen, die diskutiert werden muss, und zwar nicht nur heute. Wenn man die Diskussion zum Klimawandel verfolgt, dann stellt man fest, dass es vor zehn Jahren noch Zweifel darüber gegeben hat, ob dieser Klimawandel denn überhaupt entstehen könnte, und zwar vor dem Hintergrund, dass viele Menschen sagten: Irgendwann muss unsere Braun- und Steinkohle auf dieser Welt doch auch einmal entstanden sein.

Nur gibt es da einen kleinen Unterschied, denn damals fand der Klimawandel im Zeitraum von 10.000, 20.000 und 50.000 Jahren statt. Wir unterhalten uns heute aber über einen Zeitraum von 50 oder 100 Jahren.

Meine Damen und Herren, es ist daher sicherlich eine ganz andere Situation, die uns auch dazu zwingt, dass wir uns mit diesem Thema intensiv und ernsthaft auseinandersetzen. Diese Diskussion wurde vor allen Dingen durch den beratenden Ausschuss der UN-Klimarahmenkonferenz angestoßen, die die Prognose vorgegeben hat, dass sich das Klima in den nächsten 100 Jahren zwischen 1,1 und 6,4 Grad nach oben entwickeln werde. Das wird sich in erheblichem Maße auswirken, und zwar auf die Landwirtschaft, Landnutzung, Infrastruktur und auf den Gesundheitsschutz.

Meine Damen und Herren, wir brauchen gar nicht so weit zurückzublicken; denn wenn man sich einmal ansieht, was hier im vergangenen Winter bzw. im letzten Jahr festzustellen gewesen ist, dann sieht man, dass wir, seit es in unserem Lande eine Klimaaufzeichnung gibt, den wärmsten Januar bzw. den wärmsten Winter hatten. Ich will das aber auch anhand des vergangenen Sommers verdeutlichen; denn wir hatten den wärmsten Juli, der jemals aufgezeichnet worden ist, und wir hatten den nassesten August aller Zeiten.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht dessen müssen wir uns einerseits mit diesem Thema beschäftigen, weil auch die Fragen, die von dem wissenschaftlichen Beirat gestellt worden sind, zur Diskussion anregen. Andererseits müssen wir uns auch die Frage stellen, wie sich die Meere verändern werden – auch vor dem Hintergrund, dass sich bei einem solchen Anstieg der Temperatur die

Bindewirkung des CO<sub>2</sub> verringert, was in erheblichem Maße Auswirkungen haben wird.

Zum anderen ist sicher auch festzustellen, dass die Polkappen schneller schmelzen als erwartet, sodass der Meeresspiegel ansteigen wird. Über diesen Anstieg wird natürlich in erheblichem Maße diskutiert, und es wird gefragt, ob es denn nur ein halber oder gar mehrere Meter sein werden. Es wird vor allen Dingen auch darüber diskutiert, welche Probleme sich für die entsprechenden Küstenregionen – vor allem die der Entwicklungsländer – ergeben werden. Hierzu ein Satz, den der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Sir Stern, im Oktober vergangenen Jahres an uns gerichtet hat, dass uns nämlich der Klimawandel, wenn wir nicht handeln, etwa 5 bis 20 % des weltweiten Bruttosozialprodukts kosten werde.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut, und da macht Frau Apel so eine billige Rechnung auf!)

Das zeigt, dass wir uns mit dem Klima beschäftigen müssen und auch wollen, und wir tun das heute aufgrund des Antrags der CDU in diesem Landtag.

Meine Damen und Herren, ich stelle daher die Frage, wie sich die Dinge in unserer Region weiterentwickeln werden. Hierzu gibt es seitens der Forschungsanstalt Geisenheim ein Ergebnis. Diese geht davon aus, dass es gerade in den letzten 20 Jahren deutliche Klimaveränderungen gegeben habe. Dies zeige sich z. B. beim Rieslinganbau – Frau Hoffmann ist ja da –, denn möglicherweise verändere sich die Säurestruktur des Rieslings, sodass böse Stimmen sagen, es müsse Merlot statt Riesling angebaut werden. Aber ich merke schon, dagegen wehrt sich der Rheingau erheblich.

Meine Damen und Herren, trotzdem müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert werden, und das ist ein weltweiter Kraftakt. Ich nehme nur einmal ein Land heraus, nämlich China, und ich sage hierzu: Ein Riese ist erwacht.

Wenn wir die Entwicklungen dort betrachten – wie es auch Frau Apel in hervorragender Weise dargestellt hat –, dann stellen wir fest, dass in China rund 50 % des weltweiten Zementverbrauchs stattfinden. Dort gibt es Zuwachsraten von über 10 %, und im Gegensatz zu uns, wo man versucht, die Wirtschaft anzukurbeln, versucht man dort, die Wirtschaft zu bremsen.

(Norbert Schmitt (SPD): Bei der hessischen CDU wird auch viel Beton angerührt!)

Meine Damen und Herren, wenn ich das insgesamt betrachte, dann stelle ich fest, dass wir uns über globale Entwicklungen unterhalten müssen, über europäische, nationale, aber vor allem auch darüber, was wir in Hessen dazu beitragen können, damit die Verantwortung nicht auf andere abgeschoben wird. Wir müssen schauen, was die enormen Anstrengungen und Aktivitäten der Landesregierung bisher gebracht haben, und wir müssen uns fragen, was wir in Zukunft noch tun wollen. Dazu müssen wir vorerst einiges beantworten.

Zum einen müssen wir uns fragen, wie sicher die Auswirkungen des Klimawandels prognostiziert werden können und welche Auswirkungen das z. B. auf Hessen haben könnte. Wir haben uns vom Max-Planck-Institut ein Gutachten erstellen lassen, das eindeutig besagt, dass die durchschnittliche Temperatur in Hessen um 0,9 Grad angestiegen und dass laut Prognose für die nächsten 100 Jahre von einem Anstieg von 1,5 bis 4,5 Grad auszugehen sei.



Meine Damen und Herren, daher müssen wir uns weiterhin fragen, was wir in Hessen zur Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Energie, Gewerbe, Industrie, Gebäude und Verkehr leisten können. Auch wenn wir auf der anderen Seite sehen, dass wir an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen nur zu 0,15 % beteiligt sind, ist es doch unsere Aufgabe, hier als Vorreiter aktiv zu sein, indem wir in unserem Lande eine zukunftsfähige Energie- und Klimaschutzpolitik betreiben, damit auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gefördert wird und damit wir das nicht aus den Augen verlieren. Deswegen wollen wir der Öffentlichkeit in den nächsten Wochen unser Klimaschutzkonzept mit 55 Maßnahmen vorstellen – unseren Aktionsplan, den wir entwickelt haben, um darzustellen, wie diese 55 Maßnahmen im Laufe dieses Jahres umgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, ich nenne hierzu drei Säulen. Erstens. Wir müssen Hessen an diesen regionalen Klimawandel anpassen. Das bedeutet zum einen den Schutz der Bevölkerung vor verstärkten Hochwässern. Ich glaube, dass wir hier in den letzten Jahren viel geleistet haben – vor allem auch vor dem Hintergrund, dass wir pro Jahr über 30 Millionen € in den Hochwasserschutz investieren, und zwar nicht nur an Rhein und Main und an deren Dämmen, sondern auch in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder auch in Frankreich. Wir investieren beispielsweise auch in Rückhaltebecken, in grüne oder trockene, und wir führen Renaturierungen durch, um gerade den Abfluss im oberen Bereich der Bäche zu verlangsamen.

Meine Damen und Herren, ich will hier noch einmal deutlich sagen: Im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“, über die wir hier vehement diskutiert haben, gab es in meinem Haus zwei Bereiche, wo die Mittel nicht gekürzt worden sind: bei der Altlastensanierung und beim Hochwasserschutz. Es kann nicht sein, dass wir nur dann über den Hochwasserschutz reden, wenn es zu einem Hochwasser an der Elbe kommt, sondern wir müssen auch vorbeugend handeln.

(Beifall bei der CDU)

Es stellt sich hier auch die Frage, wie wir bei der Grundwassersicherung in unserem Lande vorankommen können. Ich erinnere an das Jahr 2003, als wir in diesem Land zwar eine Trockenperiode hatten, es aber trotzdem keine Wasserknappheit gab. Daher muss man sagen, in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten sind die richtigen Schritte eingeleitet worden. Ich meine, wir gehen in die richtige Richtung, wenn wir sehen, dass die Wasserverluste im kommunalen Bereich reduziert worden sind, dass im Bereich Biebesheim in erheblichem Maße Rheinwasser infiltriert wird und dass sich Industrien entwickelt haben, die fast ohne Frischwasser auskommen.

Denken Sie auch an die Veränderungen in der Land- und Forstwirtschaft. Der Sturm Kyrill hat es gezeigt: 90 % der umgestürzten Bäume waren Fichten. Ich will jetzt nicht sagen, dass es in Hessen keine Fichten mehr geben sollte; denn Fichten eignen sich sehr gut für Mittelgebirgslagen, wo es ausreichend Niederschlag gibt. Darüber hinausgehend müssen wir uns aber schon Gedanken darüber machen, ob wir über eine Aufforstung in Form von Mischwäldern die hessischen Wälder stabiler gegen solche Stürme machen können.

Die zweite Säule des Konzepts ist die CO<sub>2</sub>-Vermeidung. Heinrich Heide hat es hier schon angesprochen: Erhöhung der Energieeffizienz und Gebäudedämmung, also

Energieeinsparung. Wir werden uns demnächst auch mit dem Wirtschaftsminister über dieses Thema unterhalten.

Ich komme auf den Klimapakt, den wir über die Umweltallianz in Zusammenarbeit mit der Industrie und dem Gewerbe in Gang gebracht haben, und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu sprechen. Wir haben in vielen Diskussionen schon gesagt, dass wir bis zum Jahre 2015 bei uns in Hessen 15 % des Energieverbrauchs über erneuerbare Energien decken wollen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schaffen Sie nie!)

Wenn wir uns über den ländlichen Raum und die Landwirtschaft unterhalten, habe ich kein Problem damit, zu sagen: Landwirte sind als Energiewirte unsere Ansprechpartner, wenn sie Biomasse- und Biogasanlagen betreiben.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann nur ein Teil sein!)

– Wir sind in diesem Bereich auch für andere Technologien offen.

In einem Antrag der GRÜNEN habe ich gelesen, dass Sie auf Bayern und die Zahl der dortigen Biogasanlagen Bezug nehmen. Als wir in Hessen im Jahre 1999 die Regierung übernommen haben, gab es nur neun geförderte Biogasanlagen im ganzen Land. Heute haben wir 55 Anlagen; 15 Anlagen sind im Bau, 25 in Planung.

(Beifall bei der CDU – Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bayern hat über 1.000 Anlagen!)

– Zugegebenermaßen gibt es in Bayern zwischen 700 und 800 Anlagen. Herr Häusling, Sie wissen aber genauso gut wie ich, dass die Anlagen in Bayern in der Regel eine Leistung von 50 kW abgeben, während die in Hessen neu gebauten Anlagen in der Regel 500 kW erzeugen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir starten im Augenblick eine Aufholjagd, um an die Bayern heranzukommen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wem haben Sie das zu verdanken? Der EEG-Novelle von Rot-Grün!)

Ich denke, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung des Emissionshandels als dritte Säule dieses Klimaschutzkonzepts. Ich denke, dass wir die Kyoto-Mechanismen weiterentwickeln und flexibler handhaben und dass wir vor allen Dingen EU-weit in den Emissionshandel einsteigen müssen – auch zum Nutzen Hessens.

Wenn Sie sich einmal die Prognose ansehen: Ohne Vermeidungsmaßnahmen werden im Jahr 2012 in Hessen Emissionen im Umfang von 49 Millionen t CO<sub>2</sub> ausgestoßen. Wenn man sich die Maßnahmen ansieht, die wir durchführen wollen, um diesen Wert um über 20 %, um etwa 8 Millionen t, zu senken, dann muss man eines ganz deutlich sagen: Das kann nur erreicht werden, wenn die Laufzeit des KKW Biblis verlängert wird. Anders wird das nicht möglich sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns über die Laufzeitverlängerung von Biblis unterhalten, reden wir über CO<sub>2</sub>-Reduzierungen im Umfang zwischen 4 und 11 Millionen t, je nachdem, ob wir mit

der Atomenergie die Leistung von Gas- oder von Kohlekraftwerken ersetzen. Wir sind aber sicher, dass eine deutliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ohne eine sichere Nutzung der Kernenergie nicht erfolgen kann.

Die Parteien des linken Flügels in diesem Hause führen eine Diskussion über Windkraftträder. Windkraftträder können die Grundlastkraftwerke nicht ersetzen – zwar möglicherweise in Schleswig-Holstein, aber zumindest nicht im Binnenland, nicht in Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für den Vorschlag, weitere Wasserkraftwerke zu bauen. Ich habe in diesem Landtag schon einige Male gesagt, dass wir mit Blick auf die Europäische Wasserrahmenrichtlinie kaum noch zusätzliche Wasserkraftwerke werden bauen können. Wir haben in dem Zusammenhang z. B. über die Rückkehr von Wanderfischen gesprochen. Alle haben sich gefreut, dass es in der Lahn wieder Lachse gibt. Bei einem Bau zusätzlicher Wasserkraftwerke brauchen wir uns über dieses Thema nicht mehr zu unterhalten. Das muss ich eindeutig so sagen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das werden wir sehen!)

Frau Hammann hat gesagt, das Kernkraftwerk Biblis sei seit 143 Tagen außer Betrieb, und die Lichter seien noch nicht ausgegangen.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu ist zu sagen: Wir haben in unserem Land eine Überproduktion, die wir logischerweise brauchen für den Fall, dass z. B. ein Kernkraftwerk oder ein Kohlekraftwerk ausfällt. Selbst dann, wenn Sie mit Ihrem Konzept irgendwann durchdringen sollten: Irgendwann wird einmal kein Wind wehen, und irgendwann wird auch einmal die Sonne nicht scheinen. Für diesen Fall brauchen Sie Reserven.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Es gibt doch auch noch die Biomasse! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine solche Situation können wir relativ gut ausgleichen, wenn wir weiterhin Kernkraftwerke haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Von Speichermöglichkeiten haben Sie noch nie etwas gehört?)

Das werden wir aus eigener Kraft aber nicht mehr tun können, wenn wir die 17 Kernkraftwerke in Deutschland abschalten. Dann werden wir über den Rhein gehen und fragen müssen, ob uns die Franzosen Strom verkaufen. Dann werden uns die Franzosen aber irgendwann einmal sagen, was der Strom kostet.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Grumbach, Sie haben gesagt, dass die Kernkraftwerke im Sommer auf 0 % Leistung gelaufen seien. Das ist falsch. Die Leistung der Kernkraftwerke musste um 10 % reduziert werden, aber sie liefen auf 90 % Leistung.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur gleichen Zeit herrschte Windstille. Sie hätten diesen Energieanteil mit Ihren Windkraftanlagen also nicht ersetzen können.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wichtig, dass wir auf diesem Gebiet einen gesellschaftlichen Dialog führen, um zu Innovationen und zu einer Weiterentwicklung der Technologien zu kommen. Ich glaube, dass wir hier vor allen Dingen mehr Markt brauchen und dass die Märkte liberalisiert werden müssen. In der Geschichte hat sich immer wieder gezeigt, dass die Liberalisierung der Märkte stets eine Grundlage für Innovationen, für die Entwicklung neuer Techniken und für neues Denken war. Das sollten wir als Industrienation nutzen.

Deshalb führen wir in der Umweltallianz eine Diskussion, um im Rahmen des Klimapakts zu erreichen, dass das Gewerbe, das Handwerk und die Industrie auf freiwilliger Basis klimafreundliche Produkte herstellen. Als ein wichtiges Element dieses Pakts habe ich vor wenigen Wochen den „Klimaschutzwettbewerb Gewerbe, Handwerk und Industrie“ ausgerufen, in dessen Rahmen Unternehmen zeigen können, auf welche Weise kostengünstig CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden können. Es kann vorteilhaft sein, wenn sich die Betriebe in unserem Land mit diesem Thema beschäftigen. Dabei sind nicht nur der direkte Ausstoß von CO<sub>2</sub> oder Einsparungsmaßnahmen zu beachten, sondern es muss auch der „Rucksack“ an Treibhausgasen, die bei der Herstellung von Vorprodukten entstehen, mit eingerechnet werden.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, die Redezeit der Fraktionen haben Sie erreicht.

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Es ist wichtig, dass wir über die Klimaschutzmaßnahmen diskutieren. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger für dieses Thema sensibilisieren. Die in diesem Rahmen getroffenen Maßnahmen sind für uns alle eine Chance, da insgesamt 170.000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen wurden, davon allein in Nordhessen 2.000 Arbeitsplätze.

Ich meine, dass die Hessische Landesregierung mit diesem Programm sehr gut aufgestellt ist. Markenzeichen unserer Umweltpolitik im Bereich des Klimaschutzes ist das Motto „Kooperation statt Konfrontation“. Wir nehmen bei unserer Politik die Bürger und die Unternehmen mit. Wir wollen keine populistischen Vorschläge machen, die dem Weltklima nicht nutzen und die Bürger eher verwirren. Ich glaube vielmehr, dass wir, um einen Klimawandel herbeizuführen, neue klimaeffizientere Technologien einführen müssen. Das Schlüsselwort heißt Innovation. Wir sind als Landesregierung offen für neue Ideen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Williges hat über eine Diskussionsveranstaltung im Landkreis Kassel gesprochen. Wir haben uns kundig gemacht. Die betreffende Kreistagsabgeordnete ist Mit-

glied der Fraktion der GRÜNEN, sie ist aber nicht Mitglied der Partei DIE GRÜNEN. Sie alle wissen, dass sie als BI-Vertreterin in den Kreistag gekommen ist. Auch wir befinden uns natürlich in der Diskussion mit dieser Kreistagsabgeordneten.

(Frank Williges (CDU): Haben Sie schon Disziplinarmaßnahmen eingeleitet?)

Unter unseren 764 kommunalen Mandatsträgern ist das die Vertreterin einer Einzelmeinung. Das wissen Sie so gut wie ich. Aber bei Ihren 5.393 kommunalen Mandatsträgern finden Sie noch nicht einmal Vertreter von Einzelmeinungen, die sich für erneuerbare Energien aussprechen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

– Außer Herrn Lübke. Herr Lübke, bei Ihnen nehme ich diese Aussage ausdrücklich zurück.

(Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die spannende Frage wird sein, wie sich die CDU in der regionalen Planungsversammlung Nordhessen bei der Frage der Vorranggebiete verhalten wird und wie sich die GRÜNEN verhalten werden. Dann werden wir sehen, wer sich für zukunftsgerichtete Lösungen ausspricht und wer nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil die Kollegin Apel in ihrer Rede zu Beginn der Debatte über den Setzpunkt der CDU-Fraktion von diesem Rednerpult aus eine klimapolitische Null-Emission geleistet hat.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Bei Herrn Staatsminister Dietzel war immerhin – das erkennen wir an – die Analyse richtig. Allerdings haben leider die konkreten Konsequenzen gefehlt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich haben wir uns in der GRÜNEN-Fraktion gefragt: Warum macht die CDU das zum Setzpunkt? Wir haben uns auch die Frage gestellt: Könnten die versuchen, uns, kurzfristig parteipolitisch gedacht – in Führungszeichen –, ein Thema wegzunehmen?

(Clemens Reif (CDU): Mach es nicht so spannend! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Kurzfristig parteipolitisch gedacht könnte ich mich darüber freuen, dass hier außer den Überschriften nichts zur Sache in letzter Konsequenz gesagt wurde. Aber langfristig und gesamtgesellschaftlich und in Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskindern bedauere ich es außerordentlich, dass außer der Überschrift nichts gekommen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich zitiere Ihnen das „FAZ“-Feuilleton vom letzten Freitag.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Sie haben das Feuilleton komplett den Klimaforschern übergeben und haben gesagt – das ist aus der Feder von Frank Schirrmacher –:

Sie schildern, auch mit Blick auf die heranwachsenden Schüler und Kinder, welche Welt das sein wird, in der wir leben. Sie versuchen, so wenig alarmistisch wie möglich zu sein. Was übrig bleibt, ist alarmierend genug.

„Und eine wichtige Information“, schreibt Herr Schirrmacher im Feuilleton der „FAZ“ vom vergangenen Freitag – ich empfehle es Ihnen allen –:

Keiner der Forscher hält den Ausbau der Atomenergie für eine Option. Denn das würde, wie Ottmar Edenhofer nachweist, einen Ausbau des Schnellen Brüters und faktisch den riskanten Einstieg in die Plutoniumwirtschaft bedeuten. Sie zeigen in ihren Berechnungen, dass wir ohne Atomkraftwerke die dritte industrielle Revolution einleiten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Angesichts der Dramatik der Situation, die noch dramatischer ist, als die GRÜNEN es sich vorstellen konnten, müssen wir über die dritte industrielle Revolution reden.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Dann reden wir über den Verkehr. Dann reden wir über die Wärme. Dann reden wir auch über den Strom, aber nicht nur wie Sie, Frau Apel. Dann müssen Sie auch einmal die Frage beantworten: Wenn der Antrag von RWE,

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

den Sie unterstützen, auf Verlängerung der Laufzeit um drei Jahre für Biblis A und B genehmigt würde, wovon wir nur abraten können, weil es nämlich die Energiewende behindern würde, was macht denn die CDU nach diesen drei Jahren? Wo kommt dann die Energiewende her?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig! Luftblasen!)

Deswegen kann ich Sie im Interesse der Sache und im Interesse der dringend nötigen Diskussion, wie wir unsere Welt – ich sage das so dramatisch – in 50 Jahren noch bewohnbar halten, nur davor warnen, hier in Glaubenskriege abzugleiten und auf Nebenkriegsschauplätze auszuweichen – die Atomenergie ist ein Nebenkriegsschauplatz, wenn Sie sich betrachten, wie viel sie zum Gesamtenergieverbrauch der Welt beiträgt –, und Sie bitten, dass wir uns hier wirklich alle gemeinsam überlegen, wie wir die Katastrophe noch abwenden. Denn die Begrenzung auf 2 Grad Erwärmung wird schon unglaublich hart und unglaublich große Anstrengungen erfordern. Aufhalten können wir das schon nicht mehr. Wir können die Erwärmung nur noch begrenzen.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Wenn wir das nicht schaffen, dann versündigen wir uns an unseren Kindern und Kindeskindern. Daher finde ich es ein bisschen albern, nur über Biblis zu reden.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)



**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Ypsilanti für die SPD-Fraktion.

**Andrea Ypsilanti (SPD):**

Meine Damen und Herren! Lieber Tarek, uns ging es genauso, als wir die Überschrift gelesen haben. Es ging uns auch am Freitag schon so, als wir die Überschrift in der „Rundschau“ gelesen haben: ob sich die CDU in der Tat noch einmal besinnt, auch schulpolitisch umzudenken. Dann haben wir uns gedacht: Schauen wir uns einmal das Thema Familienpolitik von Frau von der Leyen an. Das ist auch ein Flop geworden.

Dann haben wir den Setzpunkt der CDU gesehen und gedacht: Sie haben etwas gelernt. Sie sind aufgewacht in der Klimadebatte. – Herr Minister, es war wirklich wahnsinnig enttäuschend, dass Ihr Setzpunkt nur dazu herhalten musste, für eine Laufzeitverlängerung von Biblis einzutreten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Das ist im Endeffekt bei Ihrer Rede herausgekommen. Sie haben richtigerweise gesagt: „Lassen Sie uns global denken“. An dieser Stelle wäre ich sogar bei Ihnen, zu sagen: Lassen Sie uns global denken und regional handeln, weil wir die kleinen Energieeinheiten in den Regionen wollen.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Die Debatte hat mich an ein Buch erinnert, das ich vor einiger Zeit gelesen habe. Es hieß: „Die Torheit der Regierenden“ von Barbara Tuchman. Sie beschreibt darin, dass es in schon etwas fernerer Zeit Regierungen gegeben hat, die, obwohl sie wussten, dass sie vor dem Untergang standen, nicht in der Lage waren, etwas an ihrem politischen Handeln zu ändern und den Untergang abzuwenden. Meine Damen und Herren, die Klimadebatte erinnert mich genau daran.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wir wissen um die Knappheit der Ressourcen. Wir wissen um unsere Abhängigkeit von den Ressourcen aus anderen Ländern. Wir wissen auch um die Gefährlichkeit von Atomstrom. Mittlerweile wissen wir auch, dass die Frage der Energieressourcen in der Tat eine Frage von Krieg und Frieden ist. Wir können uns aber nicht dazu aufraffen, wirklich etwas in die Hand zu nehmen, um dieses Dilemma abzuwenden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Apel, Sie haben dem Fass den Boden ausgeschlagen. Wir reden hier über einen großen volkswirtschaftlichen Schaden. Wir reden über Gesundheitsschäden. Wir reden über die Zukunft unserer Kinder, und Sie machen eine so kleinteilige Milchmädchenrechnung auf. Frau Apel, das war nicht zum Aushalten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in den letzten Wochen so viele Gelegenheiten gehabt, um dieses Thema wirklich voranzubringen. Ich erinnere Sie an einen Antrag, der noch gar nicht so alt ist, vom 30.08.2006. Da haben wir Sie aufgefordert:

Hessen verpflichtet sich, bis zum Jahre 2010 den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf mindestens 12,5 % und bis 2020 auf mindestens 20 % zu steigern und den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch bis 2010 auf 4,2 % und bis 2020 auf 10 % zu erhöhen.

Das ist wirklich nicht zu viel verlangt. Das haben Sie abgelehnt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es! Dann solche Sprüche!)

Wir haben gesagt: Zur Erreichung der Ziele müssen die Ausgaben in die Energieforschung – jeder weiß, dass wir Energieforschung brauchen –, das heißt Entwicklung zur Steigerung der Effizienz von Gebäuden, Geräten, Fahrzeugen, Kraftwerken usw. und zum Einsatz von Solar- und Wasserstoffenergie, Biomasse, Wind- und Geothermie, erhöht werden. Meine Damen und Herren, auch diesen Antrag haben Sie abgelehnt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Heute über Klimaschutz zu reden, ist einfach verlogen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Axel Wintermeyer und Clemens Reif (CDU))

Noch einen letzten Satz. Sie wissen auch, dass wir nicht nur über das Klima reden. Wir reden auch über Wirtschaftlichkeit. Wir reden von den vielen Unternehmen, die sich bei der Technologie der erneuerbaren Energien ein großes Wissenspotenzial angeeignet haben. Da könnten wir weiterhin Marktführer werden, auch in Hessen. Sie sagen, Sie machen Ihre Energiepolitik mit den Unternehmen. Die Unternehmen der Solarenergie und der regenerativen Energien würden nie unterschreiben, was Sie heute gesagt haben.

(Clemens Reif (CDU): Natürlich!)

Wenn sich bei uns etwas entwickelt hat, dann hat es sich trotz dieser Regierung entwickelt und nicht mit dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Ach du grüne Neune! Wir haben um das 25-Fache gesteigert! – Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Clemens Reif (CDU))

Ein Letztes zu den Windrädern. Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass auch in meiner Partei die Bewertung der Windkraft unterschiedlich ausfällt. Aber – das sage ich an dieser Stelle auch; ich erinnere an das, was ich vorhin gesagt habe –, es geht mir um mehr. Man muss Windräder nicht schön finden. Aber man muss sie vielleicht für notwendig halten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Axel Wintermeyer und Elisabeth Apel (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Andrea Ypsilanti (SPD):**

Ich komme zum Schluss.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Clemens Reif (CDU))

Von wegen Klimaschutz der CDU. Es gab in Wiesbaden eine Veranstaltung mit der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG. Sie wissen, es geht um den Bau der neuen Anlage.

(Michael Boddenberg (CDU): Windräder!)

Herr Höhne vom Vorstand dieser Kraftwerke AG hat gesagt, sie würden sofort 100 Windkraftanlagen à 5 MW bauen, wenn diese Landesregierung die Genehmigung dazu erteilen würde. – Viel Spaß.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Kurt Wiegel für die Fraktion der CDU.

#### **Kurt Wiegel (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon interessant. Es mag sein, dass die die Windmühlen auch bauen wollen. Frau Ypsilanti, Sie müssen aber auch einmal die Leute draußen fragen, ob sie die haben wollen. Das ist doch auch entscheidend.

(Beifall bei der CDU)

Gehen Sie doch einmal in die Region, gehen Sie einmal in den Odenwald.

(Zurufe der Abg. Gerhard Bökel (SPD) und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Warum gab es denn die Diskussion im Odenwald mit dem Landschaftsschutzgebiet? Weil sie Angst haben, es kommen Windräder in den Odenwald. Das sollte man doch auch einmal sehen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Sie behaupten das! Das ist doch gar nicht wahr! Das ist doch Stuss! Ich rede mit den Leuten!)

– Lieber Herr Schmitt, reden Sie einmal mit den Leuten, mit den Betroffenen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, über einen Punkt sind wir uns einig: Wir brauchen nachwachsende Energien. Dieser Bereich muss entwickelt werden. Das ist schon angestoßen, ist aber noch lange nicht fertig. Das müssen wir so sehen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Dann haben wir keine Zeit mehr! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Das ist doch dummes Geschwätz. Ich ärgere mich darüber, auch aus Sicht der Landwirtschaft. Lieber Herr Dr. Jürgens, denken Sie einmal zehn Jahre zurück an die Diskussion über Raps. Was war das für eine Diskussion: „Alles wird gelb.“

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Mittlerweile diskutieren die GRÜNEN auch über Raps. Darüber sollte man auch einmal nachdenken.

Biogasanlagen – das ist alles schön und gut. Lieber Kollege Häusling, wir wissen auch: Wir brauchen Energie für

diese Biogasanlagen. Wir können keine Biomasse von Naturschutzflächen dafür nehmen. Das geht nicht. Widerlegen Sie das einmal. Wir brauchen Energie, zum einen Mais.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) deutend: Er schüttet die Gülle hinein!)

– Ja, ich weiß, aber auch noch anderes. Mittlerweile werden die Biogasanlagen mehr mit nachwachsenden Rohstoffen als mit Gülle gefahren. Das sollte zur Wahrheit auch einmal gesagt werden.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt das? Nicht mehr ausbauen?)

– Nein, wir brauchen auch Biogasanlagen. Aber hier steht immer im Raum, es gehe nur über biologischen Anbau. Meine Damen und Herren, dafür sind die Flächen mittlerweile viel zu wertvoll. Wir brauchen eine Düngung, um Energie zu erzeugen, um Gas erzeugen zu können. Eine Biogasanlage – das sagt Minister Dietzel immer – ist genauso zu fahren wie eine 10.000-l-Kuh: Sie müssen sie ordentlich füttern, also mit Energie ausstatten, sonst kommt unten nichts heraus.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heide (FDP))

Lieber Heinrich Heide, deine Rechnung mit den Biogasanlagen hat auch nicht ganz gestimmt. Im Vogelsberg sind schon drei gelaufen. Das waren auch Pioniere.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor. Biogasanlagen werden nur wirtschaftlich laufen, wenn wir auch die Wärme verkaufen können. Es reicht nicht, Strom zu erzeugen, wir müssen auch die Wärme verkaufen. Eine noch bessere Alternative wäre die Einspeisung ins Gasnetz. Aber daran müssen wir arbeiten. Das Kind mit dem Bade auszuschütten geht nicht.

Ich möchte auch noch etwas zur CO<sub>2</sub>-Erzeugung im biologischen Anbau sagen, weil das immer angesprochen wird. Wenn 2 ha im konventionellen Anbau denselben Ertrag bringen wie 5 ha im biologischen Anbau, frage ich mich, wie es mit dem CO<sub>2</sub>-Ausgleich aussieht. Es wird immer so hingestellt, als wäre das vergleichbar. Dem ist aber nicht so. Darüber sollte man nachdenken.

(Elisabeth Apel (CDU): Das wissen wir alles!)

Das gilt auch für das Problem mit den Kühen, die gescholten werden, Methan auszustoßen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist eine Saurei!)

Lieber Herr Kollege Boddenberg, das Methan kommt nicht – wie die meisten denken – hinten heraus, sondern oben. Wir müssten es also oben abzapfen. Das ist der Punkt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat etwas mit den Wiederkäuern zu tun!)

– Ganz genau. – Ich frage Sie jetzt: Wenn ich Kühe habe, die 6.000 l geben, und Kühe, die 10.000 l geben, dann brauche ich für die gleiche Leistung von den Kühen, die 10.000 l geben, weniger als von den Kühen, die 6.000 l geben. Oder will mir da jemand etwas entgehen lassen? Wir sollten hier sehr vernünftig arbeiten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lieber Gott, hoffentlich liest die Nachwelt diese

Debatte nicht nach und fragt sich: Was haben sie damals eigentlich gemacht? – Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Augenblick, lieber Herr Kollege Wiegel. – Erst einmal will ich die Kolleginnen und Kollegen um Ruhe bitten.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir hören zu! Das ist interessant!)

– Herr Kollege Schmitt, ja, Sie hören zu. Aber alle anderen nicht. – Danke schön. Herr Wiegel, Sie haben das Wort.

(Christel Hoffmann (SPD): Die Biologie der Kuh hat schon etwas!)

**Kurt Wiegel (CDU):**

Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie etwas Ruhe geschaffen haben. – Auch der Vogelsberg stand hier gerade zur Diskussion. Zum einen war dies wegen der Windräder. Aber ich glaube, wir haben im Vogelsberg mittlerweile einen weiteren wichtigen Punkt ins Laufen gebracht, und zwar Naturschutz und Landwirtschaft. Hintergrund ist, auch die Naturschutzflächen zur Gewinnung nachwachsender Energie zu nutzen. Daran müssen wir forschen. Der Weg ist noch zu weit, als dass wir schon eine Lösung hätten.

Ich bin bei Ihnen: Wir brauchen hier einen Mix aus allen Energien. Aber wir müssen aufpassen, dass wir die Leute vor Ort mitnehmen.

(Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Es kann nicht sein, dass sich im Vogelsberg sehr viele über die vielen Windräder beschwerten. Ich habe nichts dagegen; irgendwann ist es aber genug.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Darüber sollte man auch einmal nachdenken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie machen die schlechte Stimmung!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Kollege Heidel.

(Norbert Schmitt (SPD): War das eben der kuhpolitische Sprecher?)

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Ich rate zu etwas mehr Gelassenheit und Ernsthaftigkeit bei diesem Thema.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Al-Wazir, ich habe den Eindruck – auch angesichts Ihrer Wortmeldung gerade eben –, dass die GRÜNEN Angst haben, ihnen laufe ein Thema weg.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leider nicht! Es wäre schön,

wenn die anderen es verstanden hätten, aber sie haben es leider immer noch nicht verstanden!)

Sehen Sie das einmal ganz gelassen. Es ist doch auch gut, wenn sich andere mit dem Thema Klimaschutz auseinandersetzen. Zum Thema Atomenergie will ich so viel sagen: Wenn hier über längere Laufzeiten diskutiert wird, dann bedeutet das im Kern doch nur, Zeit zu gewinnen, um alternative Energien aufzubauen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das ist doch das eine Ziel: Energien aufzubauen. Das zweite Problem ist: Wie gelingt es uns, alternative Energien zu speichern? Dieses Problem ist bei den Ausführungen von Minister Dietzel deutlich geworden, als er sagte, sie stünden temporär zur Verfügung. Wir müssen einen Speicher für diese alternativen Energien finden. Dort müssen wir hin. Ob das die Wasserstoffzelle oder etwas anderes ist, weiß ich nicht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Biomasse, Stromspeicher!)

Dazu brauchen wir Zeit.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ein zweiter Punkt. Frau Ypsilanti, vor dem Untergang – wie Sie es eben gesagt haben – sehe ich uns nicht. Zum Thema Regionalisierung der Energie will ich sagen: Energie ist der eine Teil. Den zweiten Teil, die Wärme, müssen wir verwerten, um zur Wirtschaftlichkeit zu kommen. Wir müssen unsere ganze Kraft daransetzen, herauszufinden, wie es uns gelingen kann, auch diese Wärme sinnvoll zu nutzen. Ich hätte mir von der Landesvorsitzenden der hessischen SPD gewünscht, dass sie auch einen Satz zum Thema Besteuerung von Biokraftstoffen gesagt hätte.

(Gernot Grumbach (SPD): Heinrich, guck einmal in dein Archiv!)

Es hätte mich interessiert, wenn sie dazu etwas gesagt hätte. Aber dazu herrschte leider Funkstille.

Lassen Sie mich abschließend für die FDP sagen: Wir sind uns darüber einig, dass wir für die Zukunft einen Energiemix brauchen und dass wir diesen Energiemix ohne Scheuklappen und ideologische Vorgaben umsetzen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Denn nur dann haben wir eine Chance, die hochgesteckten Ziele des Klimaschutzes zu erreichen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Es ist vereinbart, dass die beiden Anträge zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz gehen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Die Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass wir jetzt den **Tagesordnungspunkt 5** aufrufen:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz und des Hessischen**



## **Ausführungsgesetzes zum Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz – Drucks. 16/6936 –**

Als Redezeit sind fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Einbringen wird den Entwurf Herr Minister Bouffier für die Landesregierung, der sich an den fünf Minuten Redezeit orientiert. Herr Bouffier, Sie haben das Wort.

### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich bringe für die Landesregierung einen Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz ein.

Die Gesetzesvorlage ist aus unserer Sicht aus mehreren Gründen notwendig. Zum Ersten läuft das geltende Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz zum Ende dieses Jahres aus, und es muss entschieden werden, dass die Geltungsdauer verlängert wird. Zum Zweiten geht es darum, dass sich durch die Änderung des G-10-Gesetzes des Bundes, das durch das Artikel-10-Gesetz abgelöst wurde, auch für unser Gesetz eine Reihe von Konsequenzen ergibt. Das heißt, wir müssen entsprechende Anpassungen vornehmen. Zum Dritten geht es darum, dass durch das Bundesverfassungsgericht die Regelungen des Abhörens und der Wohnraumüberwachung – wir hatten gestern in einem anderen Zusammenhang darüber gesprochen – nach der Strafprozessordnung für verfassungswidrig erklärt wurden. Der Gesetzentwurf sieht hier die Lösung vor, die wir auch beim HSOG gefunden haben. Das heißt, in eng umgrenzten, besonderen Gefahrenlagen soll der Verfassungsschutz eine entsprechende Befugnis erhalten.

Darüber hinaus wird das Landesamt für Verfassungsschutz in Zukunft nach diesem Gesetzentwurf ermächtigt, sogenannte IMSI-Catcher einzuführen. Dies ist für das Bundesamt für Verfassungsschutz – also auf Bundesebene – gerade geschehen. IMSI-Catcher sind Geräte, mit deren Hilfe man die Geräte- und die Kartennummern von Telefonen feststellen kann, die sich im Empfangsbereich eines solchen Gerätes befinden. Neben der Effektivität der Feststellung ist dies erforderlich, um mit dem Artikel-10-Gesetz des Bundes eine entsprechende Telefonüberwachung durchführen zu können.

Des Weiteren umfasst der Vorschlag der Landesregierung eine Reihe von kleineren Anpassungen. Hinweisen will ich insbesondere auf eine aus meiner Sicht wichtige Veränderung. Bisher war es ein außergewöhnlicher bürokratischer Aufwand, wenn das Landesamt für Verfassungsschutz Namen, Auskünfte, Anschriften etc. von Dienstleistern erfragen musste. Das soll in Zukunft einfacher geregelt werden. Das entspricht in etwa der gleichen Rechtslage, wie wir sie jetzt im Bund haben. Das gilt auch für Auskünfte von Kreditinstituten und Luftfahrtunternehmen sowie von anderen Behörden des Bundes und der Länder.

Darüber hinaus wollen wir festlegen, dass Behörden in Zukunft auch von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz entsprechende Informationen zur Verfügung stellen können. Ich erspare mir jetzt aus Zeitgründen die einzelnen gesetzlichen Konstruktionen. Ich gehe davon aus, dass wir das im Ausschuss beraten können.

Darüber hinaus geht es darum, dass wir insbesondere eine Klarstellung der Kontrollbefugnis der G-10-Kommission für die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von

Daten vornehmen. Wir sind der Auffassung, dass wir hier in vollem Umfang der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und auch den Notwendigkeiten der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ländern und Verfassungsschutzbehörden, aber auch zwischen Ländern und Bund, entsprechen.

Abschließend will ich noch darauf hinweisen, dass wir – wie das auch in anderen Ländern der Fall ist – die Bedeutung des Amtes dadurch unterstreichen, dass aus dem Direktor des Landesamts für Verfassungsschutz ein Präsident wird. Das ändert nichts an der Besoldung, aber es zeigt die Bedeutung der Behörde auf. Ich bin zuversichtlich, dass dieses Gesetz die breite Zustimmung dieses Hauses finden wird, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. Damit ist der Gesetzentwurf eingebracht. – Das Wort hat Kollegin Faeser für die SPD-Fraktion.

### **Nancy Faeser (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden heute über die notwendigen Änderungen des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz. Diese Änderungen sind zum einen aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Wohnraumüberwachung vom 3. März 2004 und zum anderen aufgrund der Einführung des sogenannten IMSI-Catchers, also des Erfassens von Mobiltelefonaten und Mobiltelefonen, notwendig geworden.

Auf die Notwendigkeit dieser Änderungen hat der Datenschutzbeauftragte, lieber Herr Innenminister, auf Seite 92 seines – wohlgermerkt – 33. Tätigkeitsberichts hingewiesen.

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört! Vor einem Jahr!)

Dies hat er im 34. Tätigkeitsbericht präzisiert und zusätzlich angemahnt. Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis darf ich aus diesem Tätigkeitsbericht zitieren:

Das geltende Verfassungsschutzgesetz enthält in § 5 Abs. 2 sehr weit reichende Befugnisse für den Verfassungsschutz zum Abhören im Wohnbereich. Diese Befugnisse sind nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts einzuschränken. Nach den Ausführungen des Gerichts muss sichergestellt werden, dass ein absolut geschützter Kernbereich privater Lebensgestaltung vom Abhören ausgenommen wird. Falls es zur Erhebung entsprechender Informationen kommt, muss die Überwachung abgebrochen und entsprechende Aufzeichnungen gelöscht werden.

Eine Wohnraumüberwachung bei Berufsgeheimnisträgern (Rechtsanwälten, Ärzten, Priestern, Pressevertretern) sollte – ähnlich im sächsischen Verfassungsschutzbericht vom 10. April 2004 – nur dann möglich sein, wenn der Betroffene selbst Verdächtiger ist.

Lieber Herr Innenminister, diesen Anforderungen genügt der von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf nicht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dies gilt insbesondere in Bezug auf das Abhören des absolut geschützten Kernbereichs privater Lebensgestaltung, wie ihn das Bundesverfassungsgericht im März 2004 definiert und ausgeschlossen hat. Der Innenminister ignoriert damit konsequent, wie schon bei der HSOG-Novelle, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, indem er sich, wie gestern, auf ein Minderheitenvotum beruft.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist unglaublich!)

Ebenso abenteuerlich ist, dass Frau Zeimetz-Lorz gestern für die CDU erklärte, dass die Umsetzung eines bundesverfassungsgerichtlichen Urteils – wohlgemerkt: aus dem Jahr 2004 – keiner Eile bedürfe.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Sie müssen zuhören!)

Auch das finden wir bemerkenswert. Erstaunlich finden wir auch, dass mit der nun vorgelegten Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes, einem Artikelgesetz, nicht auch die Gelegenheit wahrgenommen wird, dem Parlament ein Sicherheitsüberprüfungsgesetz zu übermitteln. Damit würde auch in Hessen endlich die Überprüfung von Personen, die von einer Behörde oder einer anderen öffentlichen Stelle mit einer sicherheitsempfindlichen Aufgabe betraut werden, auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Wir halten dies, in Übereinstimmung übrigens mit Ihrem Datenschutzbeauftragten, für längst überfällig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe des Abg. Michael Boddenberg (CDU) und des Ministers Volker Bouffier)

Mit besonderer Sorge sehen wir außerdem die zunehmende Aufweichung des Trennungsgebots zwischen Polizei und nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Verfassungsschutzes in Hessen. Das hessische Gesetz ist eines der wenigen, das die Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität dem Verfassungsschutz als Aufgabe zuweist. Eine solche Aufgabenzuweisung sollte nach unserer Ansicht nur dann geschehen, wenn die zu bekämpfende organisierte Kriminalität ein Ausmaß erreicht, durch das die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder der Bestand des Bundes oder der Länder berührt wird. Herr Minister, auch das in Übereinstimmung mit Ihrem Datenschutzbeauftragten.

(Beifall bei der SPD – Minister Volker Bouffier: Das ist der Datenschutzbeauftragte des Hessischen Landtags! – Gegenruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Des Landes Hessens!)

Schon jetzt lässt sich also feststellen, dass der von Ihnen vorgelegte Entwurf, Herr Innenminister, in der Tat kritikwürdig ist und somit erheblicher Änderungsbedarf besteht. All dies werden wir im Ausschuss noch näher beraten und in der erforderlichen Anhörung besprechen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Al-Wazir für die GRÜNEN.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich in der ersten Lesung auf drei Punkte beschränken. Das Erste ist die Tatsache, dass die Landesregierung den sogenannten IMSI-Catcher, auf Deutsch gesagt: Standortbestimmung eines eingeschalteten Mobiltelefons, jetzt auch im Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz einführen möchte.

Ich erinnere mich daran, dass die Begründung zur Einführung ins HSOG war – wie der Minister damals vorgelesen hat –: Angenommen, ein Selbstmörder kündigt seinen Selbstmord telefonisch an und kann durch eine solche Standortbestimmung gerettet werden. Was spräche dagegen, dies zu tun?

Ich sage ausdrücklich, dass das für Maßnahmen des Landesamts für Verfassungsschutz schlicht nicht gelten kann. Der Verfassungsschutz hat ganz andere Aufgaben. Ich habe damals schon bemerkt, dass wir einmal eine Debatte darüber führen sollten, was inzwischen technisch alles möglich ist, Stichwort: Bewegungsprofile und Ähnliches, und wo man sich in bestimmten Bereichen auch einmal beschränken sollte und nicht alles das machen sollte, was technisch möglich ist. Aus unserer Sicht ist es wichtig, in der Anhörung über die Frage zu reden, ob dies für die Aufgabenerfüllung des Landesamts für Verfassungsschutz nötig ist.

Der zweite Punkt – darauf ist Frau Kollegin Faeser eben schon eingegangen –: Sie schlagen zum Stichwort Lauschangriff vor, das mit folgender Formulierung zu machen: Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung unterliegen einem Verwertungsverbot. – Ich stelle ausdrücklich fest, das Bundesverfassungsgericht hat etwas anderes gesagt.

Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, dass bei entsprechenden Maßnahmen, wenn man zum Kernbereich privater Lebensgestaltung kommt, abzuschalten ist, und nicht, dass diese Maßnahmen hinterher einem Verwertungsverbot unterliegen. Herr Innenminister, deswegen sage ich ausdrücklich, ich weiß, dass das in der Praxis natürlich schwierig ist. Man kann aber nicht sagen: Weil es in der Praxis schwierig ist, interessiert uns das, was das Bundesverfassungsgericht gerade gesagt hat, einen feuchten Kehrriech. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, so geht es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen werden wir in der Anhörung natürlich genau die Frage, was einerseits die Vorgaben sind und was andererseits die Landesregierung hier vorgelegt hat, sehr vertieft diskutieren müssen.

Ich will Ihnen auch ein Weiteres sagen: Es ist nicht lange her, es war gestern, als der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Neuregelung des Lauschangriffs im HSOG abgelehnt worden ist. Wir haben ihn gemeinsam abgelehnt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Darauf legen wir als GRÜNE wert. Ihnen ging es zu weit, uns ging es nicht weit genug. Das aber nur nebenbei. Beim HSOG ist Ihre Begründung, dass man eigentlich gar nichts regeln muss. Deswegen interessiert uns, warum Sie jetzt beim Verfassungsschutzgesetz auf einmal auf die Idee kommen, dass das Bundesverfassungsgericht etwas gesagt hat, worauf Sie aus unserer Sicht die falsche Antwort geben. Sie sagen hier zumindest, dass die bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung Maßnahmen nach sich ziehen

muss. Uns interessiert dann schon, warum das beim HSOG angeblich nicht nötig ist.

Dritter Punkt. Ich kündige schon jetzt an, dass von unserer Seite noch ein Ergänzungsantrag kommen wird. Wir hatten im letzten Sommer einen sehr unschönen Fall, bei dem wir uns als Parlamentarier aus einer Zeitung mit vier großen Buchstaben über einen Vorwurf gegen einen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes unterrichten lassen mussten. Sie wissen, die Mitglieder der Kontrollkommission dürfen nicht darüber berichten, was ihnen berichtet wird. Es ist aber kein Geheimnis, dass über das, was in der „Bild“-Zeitung stand, zumindest der Landtag nicht unterrichtet wurde. Wir haben uns sehr ausführlich mit der Frage auseinandergesetzt, wo die Berichtspflichten des Ministers enden oder wie sie aus unserer Sicht auf jeden Fall gegeben sind.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Deswegen kündige ich hiermit an, dass wir einen Ergänzungsantrag einreichen werden, der noch einmal sehr deutlich macht, dass aus unserer Sicht über wesentliche Vorgänge, die die Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission und damit natürlich auch des Verfassungsschutzes betreffen, berichtet werden muss, und zwar unverzüglich und umfänglich.

Wenn wir dieses Gesetz jetzt auf dem Tisch haben, dann ist es an der Zeit, dass wir aus diesem unschönen Vorfall unsere Lehren ziehen. Das ist als Selbstverständnis des Parlaments, unabhängig davon, wer gerade regiert und wer gerade in der Opposition ist, angemessen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kühne-Hörmann das Wort.

#### **Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute den Gesetzentwurf der Landesregierung in erster Lesung. Der Minister hat gerade ausgeführt, warum diese Änderungen nötig sind: aufgrund Bundesrecht, aufgrund bundesverfassungsgerichtlicher Rechtsprechung, und weil es für die IMSI-Catcher einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Deswegen will ich darauf nicht näher eingehen. Wir werden im Ausschuss Gelegenheit haben, darüber weiter zu beraten.

Herr Al-Wazir, eines ist ganz deutlich geworden. Sie nehmen diesen Gesetzentwurf wiederum zum Anlass, den Verfassungsschutz in großen Teilen infrage zu stellen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo waren Sie gerade?)

Sie haben von den Aufgaben geredet, und Sie haben einmal wieder zum Ausdruck gebracht, auch bei den gesetzlichen Regelungen, die den IMSI-Catcher angehen, dass Sie beim Verfassungsschutz eine grundsätzliche Regelung haben wollen, welche Aufgaben der Verfassungsschutz hat.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Das ist jedenfalls im Grundsatz nicht Aufgabe dieser gesetzlichen Regelung.

Ich will nur darauf hinweisen, dass auch bei der Wohnraumüberwachung – –

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein Hammer!)

– Regen Sie sich doch nicht so auf. Herr Al-Wazir regt sich auch nicht so auf, er war der Betroffene.

Wir werden im Ausschuss die Gelegenheit haben, ausführlich darüber zu diskutieren. Der Gesetzentwurf enthält sehr viele Detailregelungen, die erforderlich sind. Dazu muss man sagen, dass die Evaluation, die stattgefunden hat, bei vielen Detailregelungen Verbesserungen gebracht hat. Deswegen werden wir über den Gesetzentwurf ausführlich beraten und den Weg, den die Landesregierung vorgeschlagen hat, mitgehen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Als Nächster hat sich der Kollege Hahn, FDP-Fraktion, zu Wort gemeldet.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst kurz auf den Gesetzentwurf und anschließend auf den Redebeitrag der Kollegin Kühne-Hörmann eingehen. Ja, es ist notwendig, dass das Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz und das Hessische Ausführungsgesetz geändert werden.

Erstens. Die FDP-Fraktion in diesem Hause unterstützt den Vorschlag, in diesem Gesetzentwurf eine Rechtsgrundlage für den Einsatz der sogenannten IMSI-Catcher zu verankern. Wir sind zusammen mit der Landesregierung der Auffassung, dass man sich Fälle vorstellen kann, in denen der Einsatz eines IMSI-Catchers im Rahmen der Tätigkeit des Verfassungsschutzes notwendig ist. Deshalb muss eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, damit überhaupt die Möglichkeit besteht, dieses Handwerkszeug für den Verfassungsschutz zu nutzen.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Wir teilen nicht die Auffassung der Landesregierung, dass man das Problem der Wohnraumüberwachung rechtlich so lösen kann, wie es die Landesregierung lösen zu können meint.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Nancy Faeser (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Innenminister, in diesem Zusammenhang kann ich aus inhaltlicher Überzeugung genau das wiederholen, was Frau Kollegin Faeser und Herr Kollege Al-Wazir hier vorgetragen haben. Ich muss das Gefühl äußern, dass die Landesregierung in manchen Bereichen, wozu z. B. die Beurteilung von Verfassungsgerichtsurteilen gehört, permanent nicht bereit ist, Argumente aufzunehmen – um es diplomatisch auszudrücken. Böse Zungen würden behaupten, dass sie beratungsresistent sei.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Mich stört aber, dass die Landesregierung bei Fragen im Zusammenhang mit dem Rechtsstaat beratungsresistent



ist. Die Rechtsauffassung, die Sie vertreten, teilt fast keiner. Herr Kollege Bouffier, auch viele CDU-Innenminister in anderen Ländern vertreten sie nicht. Es ist ja nicht so, dass Sie der einzige Innenminister in Deutschland sind, der ein CDU-Parteibuch hat. Vielmehr gibt es viele davon. Eine große Zahl dieser Innenminister teilt nicht die Rechtsauffassung, die Sie vertreten. Ich darf z. B. auf die Innenminister in Baden-Württemberg und in Hannover verweisen, wo es Regierungskoalitionen mit der FDP gibt.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Die müssen andere Auffassungen vertreten!)

– Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, auf den Zwischenruf habe ich gewartet. Er ist wirklich nicht besonders clever.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Wer?)

– Ihr Zwischenruf, dass Sie auf diese Rechtsauffassung verweisen müssen. – Es ist die in der Wissenschaft vorherrschende Auffassung, dass die Formulierung, die Sie hier wählen, nicht in Einklang mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin, man braucht noch nicht einmal Jurist zu sein, sondern es reicht schon der sogenannte normale Menschenverstand. Wenn das Gericht davon ausgeht, dass abgeschaltet werden muss – das steht in dem Urteil –, muss man relativ beratungsresistent sein, wenn man ein Verwertungsverbot daraus macht.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Gern, Herr Präsident!)

– Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, bitte.

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werter Kollege Hahn, ich habe die Anhörung zum HSOG noch sehr gut in Erinnerung, die stattgefunden hat, als wir die Wohnraumüberwachung und die Telefonüberwachung geregelt haben. Damals hat uns eine Reihe von namhaften Professoren bescheinigt, dass man das so regeln kann, wie wir es geregelt haben.

(Zurufe von der SPD: Frage stellen! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir haben doch Zeit, liebe Kollegen! Es ist die Frage, „ob Sie mir zustimmen können“! Das ist doch okay!)

Deshalb frage ich, ob wir uns darauf einigen können – Herr Kollege Hahn, Sie haben das gesagt –, dass es unterschiedliche Rechtsauffassungen geben mag.

(Zurufe von der SPD: Frage!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Hahn.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Ja, ich habe das bereits getan, indem ich darauf hingewiesen habe, dass es verschiedene Rechtsauffassungen gibt.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Schön!)

Nur, Rechtsauffassungen gründen immer auf einem Wortlaut. Frau Kollegin Juristin, es gibt verschiedene Arten der Auslegung, die wir Juristen gelernt haben. Man soll sich bei der Auslegung zunächst immer an den Wortlaut halten, bevor man sich zu teleologischen, geschichtlichen oder irgendwelchen anderen Auslegungsformen hinreißt.

In dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht eindeutig, dass ab einem gewissen Zeitpunkt abzuschalten ist. „Abschalten“ heißt, dass man abschaltet, nicht aber, dass man nachher nicht verwertet.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine Frage der Logik. Dazu braucht man nicht einmal Jurist zu sein. Aber ich möchte bei dieser Debatte gern auch all die Kollegen mitnehmen, die das juristische Studium nicht erlitten oder erdulden mussten oder die eben nicht die Gnade hatten, es zu absolvieren.

(Axel Wintermeyer (CDU): Protest! – Weitere Zurufe von der CDU)

Hier geht es nicht um einen juristischen Streit, sondern darum – jetzt kommt das Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen –, dass es eine Reihe von Praktikern gibt, von denen ich gar nicht weit entfernt bin, die sagen: Wie setzen wir das überhaupt praktisch um, was das Verfassungsgericht festgeschrieben hat? Wann schalten die z. B. wieder ein?

Nur, ich diskutiere mit keinem Praktiker darüber, dass es in irgendeiner Weise schwierig sei, auszuschalten. Darüber gibt es keine Diskussionen; denn das Bundesverfassungsgericht hat uns ins Stammbuch geschrieben, dass abzuschalten ist.

(Beifall bei der FDP)

Der Herr Innenminister vermischt hier das Rechtliche mit dem Praktischen.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Sie brauchen gar nicht den Kopf zu schütteln. Das Urteil ist nun einmal eindeutig. – Der Herr Innenminister sagt auch nichts zu der Rechtsauffassung, wonach dort etwas von Abschalten steht, sondern er sagt: Es geht nicht, und deshalb müssen wir ein anderes System finden. – Das kann ich intellektuell nachvollziehen. Nur ist es leider nicht von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gedeckt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der FDP)

Zu dem Thema Berufsgeheimnisträger bin ich jetzt nicht mehr gekommen, da meine Redezeit durch die Zwischenfrage überstrapaziert worden ist. Wir können das nachher in aller Ruhe erörtern. Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, ich weiß, es drängt Sie, meine Meinung zu hören. Wir sind gespannt auf die Anhörung. Wenn der Gesetzentwurf so bleibt, wie er jetzt ist, wird ihm die FDP-Fraktion nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zwei Punkte klarstellen. Herr Kollege Hahn, da Sie das wiederholt ausgeführt haben – nur das will ich Ihnen mitgeben, weil wir in der ersten Lesung sind; über andere Fragen können wir sprechen –: Die Landesregierung ist weder ignorant noch der Auffassung, dass Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht zu berücksichtigen seien.

(Beifall bei der CDU – Dieter Posch (FDP): Es ist ja schön, dass das so ist! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er gelobt Besserung!)

Die Landesregierung legt Wert auf folgende Feststellung. Kein einziger Gesetzentwurf, den diese Landesregierung dem Haus vorgelegt hat, ist von einem Verfassungsgericht bisher beanstandet worden. Das gilt ausdrücklich auch für das HSOG.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie war das mit der Rasterfahndung?)

Die Diskussion ist auf der Grundlage eines niedersächsischen Gesetzes geführt worden, das vom Verfassungsgericht in Teilen für verfassungswidrig erklärt wurde. Das möchte ich einfach zum Sachverhalt sagen.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die hier immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt, wird nicht korrekt und ausführlich dargestellt. In derselben Entscheidung steht ausdrücklich, dass von diesem Erfordernis des Abschaltens in Ausnahmefällen Abstand genommen werden kann.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Nein, die generelle Aussage heißt, es muss abgeschaltet werden! Nur in Ausnahmefällen!)

– Genau darum geht es. Liebe Kollegin Wagner, wir können darüber streiten, ob es eine solche Ausnahme geben kann oder nicht. Es geht nicht um die Frage – verfassungsrechtlich –, ob das praktikabel ist oder nicht.

Damit wir darüber nicht streiten, sage ich Ihnen, dass ich folgenden Rechtsansatz ausdrücklich teile: Wenn ein Gericht sagt, dass es nur so geht oder dass es so eben nicht geht, kann man das klug und weise finden. Dann muss man sich daran halten. Ich lege aber Wert darauf, festzustellen, dass wir uns bei dem, wozu das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, im Gefahrenabwehrrecht befinden, nicht aber in der Strafprozessordnung.

Ich lege auch Wert darauf, festzuhalten – ich habe das nicht im Kopf, es ist aber in einem Protokoll des Innenausschusses nachzulesen –, dass es in einer Textziffer, die in den Entscheidungsgründen des Bundesverfassungsgerichts eigens aufgeführt ist, ausdrücklich heißt, dass es von diesem Diktum, bezogen auf das Strafprozessrecht, Ausnahmen geben kann.

Genau das ist die Position dieser Landesregierung. Dann können wir darüber streiten, ob das ausreichend ist. Aber wir brauchen hier, jedenfalls aus meiner Sicht, nicht darüber zu diskutieren, ob wir ein Urteil beachten oder nicht. Selbstverständlich müssen wir es beachten. Das muss aber nicht zu dem gleichen Ergebnis der Bewertung führen. Das wollte ich Ihnen noch vortragen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Damit ist der Gesetzentwurf in erster Lesung behandelt.

Es ist vorgeschlagen, ihn zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Innenausschuss zu überweisen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann wird das so beschlossen.

Wir treten in die Mittagspause ein. Um 15 Uhr treffen wir uns wieder.

(Unterbrechung von 12.58 bis 15.01 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

(Widerspruch bei der SPD)

– Anzweiflungen werden jetzt nicht entgegengenommen, die Beschlussfähigkeit ist hier vom Präsidium festgestellt worden. Wir haben auch mehrfach durchgezählt.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass noch ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/7001, eingegangen ist.

(Unruhe bei der SPD)

– Was ist mit dem jungen Mädchen da hinten los?

Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend ökologische Notwendigkeiten und ökonomische Interessen in der Werraregion in Einklang bringen, Drucks. 16/6999. – Die Dringlichkeit ist gegeben, diese sehe ich, und ich stelle sie hiermit fest. Dieser Dringliche Entschließungsantrag wird gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 36 behandelt.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 36** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine neue Versalzung der Werra – Drucks. 16/6944 –**

mit **Tagesordnungspunkt 66:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend ökologische Notwendigkeiten und ökonomische Interessen in der Werraregion in Einklang bringen – Drucks. 16/6999 –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 16/7001 –**

Es ist eine Redezeit von 15 Minuten vereinbart. Es beginnt Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir GRÜNE fordern ein Konzept für eine schnelle und dauerhafte Reduzierung der Salzbelastung an Werra und Weser. Es muss wirklich das Ziel sein, eine deutliche und dauerhafte Salzreduzierung der Werra zu erreichen, so dass die Werra mittelfristig wieder zu einem Fluss mit Süßwasserqualität wird; denn das war die Werra einmal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist daher notwendig, und deswegen haben wir auch den Antrag gestellt, dass der Landtag jede weitere Erhöhung der Salzeinleitung in die Werra konsequent ablehnt.

Meine Damen und Herren, das kann wirklich nur heißen: keine zusätzliche Salzeinleitung mehr in die Werra und herunter mit dem Grenzwert von bisher 2.500 mg Chlorid pro Liter.

Bei der Werra kam es bis zum Jahre 2000 – das wissen Sie – zu Verbesserungen. Die Salzfrachten verringerten sich, weil sich die technischen Anlagen verbessert hatten. Dieser Rückgang kam aber auch daher, weil es zu einem Zusammenbruch der thüringischen Kalibetriebe kam. Im verbliebenen thüringischen Werk Unterbreizbach konnte die Salzbelastung zwischen den Jahren 1999 und 2000 um 90 % reduziert werden. Wir können aber feststellen, dass seit dem Jahre 2000 keine weiteren Reduzierungen mehr erfolgt sind. Die Messungen des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie belegen dies sehr eindrucksvoll.

Meine Damen und Herren, wir müssen an dieser Stelle ein deutliches Versagen der Hessischen Landesregierung feststellen. Obwohl Ende des Jahres 2000 die EU-Wasser-Rahmenrichtlinie in Kraft trat, hat die CDU nichts getan, um bei Werra und Weser die Salzbelastung deutlich zu senken. Damit hat die Landesregierung eindeutig gegen die EU-Wasser-Rahmenrichtlinie gehandelt. Sie erlegt den Mitgliedstaaten – und damit auch der Landesregierung – nämlich auf, die Wasserqualität deutlich zu verbessern; bis zum Jahre 2015 sollen alle Gewässer eine gute Qualität haben. Das ist das sogenannte Verbesserungsgebot. In Art. 4 wird sogar vorgeschrieben, dass es zu keinen weiteren Verschlechterungen kommen darf.

Wir müssen aber feststellen, dass dieses europäische Gesetz im November 2003 in der Schublade des Regierungspräsidiums in Kassel liegen geblieben ist. Man hat dieses Gesetz eben nicht beachtet. Die Genehmigungsbehörde erteilte dem Unternehmen Kali + Salz die Erlaubnis zur Gewässernutzung von Ulster und Werra für Salzabwässer aus dem Standort Unterbreizbach. Das heißt nun, bis zum 30.11.2012 darf eine unbegrenzte Salzlaugenmenge eingeleitet werden, und zwar bei einem Grenzwert am Pegel Gerstungen in Höhe von 2.500 mg pro Liter Flusswasser.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung muss sich zum Vorwurf machen lassen, dass Hessen den Vorsitz der Flussgebietsgemeinschaft Weser in den Jahren 2003 bis 2006 – Herr Minister Dietzel, Sie hatten da die Regentschaft – nicht dazu genutzt hat, den Salzeintrag weiter zu reduzieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dies soll sich nun fortsetzen. Ich will nun kurz darstellen, um was es hierbei geht: Das Unternehmen Kali + Salz plant eine zusätzliche Einleitung von 700.000 m<sup>3</sup> salzhaltigen Abwassers. Sie kommen aus der Halde des Werks Neuhoof-Ellers und sollen über eine 63 km lange Abwasserleitung in die Werra nach Philippsthal-Hattorf eingeleitet werden.

Diese Salzlauge sollte ursprünglich im Plattendolomit am Standort versenkt werden. Doch heute können wir feststellen – nur wenige Jahre nach der Genehmigung der Haldenerweiterung –, die bisher prognostizierten Versenkräume sind in diesem Umfang in keiner Weise mehr vorhanden. Dahinter machen wir deutliche Fragezeichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Unternehmen beruft sich dabei auf sogenannte alte Rechte, die einen Einleitungsgrenzwert von 2.500 mg Chlorid pro Liter am Pegel Gerstungen beinhalten. Dieser Grenzwert stammt aber aus dem Jahre 1942 und entstand im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Die Aufrechterhaltung dieses hohen, das Gewässer belastenden Grenzwerts widerspricht dem Ziel einer nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung diametral.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Prekäre ist dabei, dass man bei der nun geplanten Rohrleitung von Neuhoof-Ellers nach Philippsthal-Hattorf und der dortigen Einleitung seitens des Regierungspräsidiums wieder davon ausgeht, dass der sogenannte alte Rechtsanspruch bestehen bleibt.

Meine Damen und Herren, dies erachten wir als untragbar. 700 bis 1.000 Jahre lang sollen die Haldenabwässer in die Werra eingeleitet werden, also über einen Zeitraum, den heute keiner von uns überblicken kann. Sie wissen ganz genau, dass es bereits heute immer wieder bei Niedrigwasserständen zu Überschreitungen dieses Grenzwerts am Pegel Gerstungen kommt. Die Werra ist ab der ersten Salzeinleitung bereits ein kritisch belastetes Gewässer. Laut Untersuchungen der Uni Kassel – Fachbereich Gewässerökologie und Gewässerentwicklung – liegt der natürliche Chloridgehalt der Werra bei Barchfeld bei 38 mg Chlorid pro Liter. Am Pegel Gerstungen sollen jedoch 2.500 mg weiterhin erlaubt sein.

Zum Vergleich möchte ich Ihnen noch andere Werte nennen. Die Trinkwasserverordnung schreibt für unser wichtigstes Nahrungsmittel Wasser einen Chloridgehalt von 250 mg pro Liter vor, und die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser weist auf einen Chloridgehalt für ein natürliches Süßwassergewässer von 100 mg pro Liter hin. Daran sehen Sie, die Diskrepanz im Vergleich der Grenzwerte ist gravierend.

Die Grenzwerte sind so lange abstrakt, bis man sie mit Leben erfüllt. Wir müssten uns doch fragen: Welche Auswirkungen hat dieser hohe, unnatürliche Salzgehalt auf die Tier- und Pflanzenwelt eines Gewässers? Die Antwort liegt schon lange auf der Hand, denn dazu gibt es schon eine Unzahl von Untersuchungen. Das Leben in den Gewässern wird dadurch massiv gestört. Die Werra weist bereits gravierende ökologische Defizite auf. Es fühlen sich in der Werra nur noch wenige Fische wohl – sowie der Getigerte Flohkreb, der dort eben nicht natürlich vorkommt, sondern der normalerweise in salzhaltigem Gewässer lebt.

Mit den Salzfrachten und dem verbundenen Düngeeintrag können nur Algen umgehen, so z. B. die Darmalgen, auch Brackwasseralgen genannt. Der Eintrag von Kalium ist für viele Fische toxisch, für Pflanzen und Algen ist er aber ein Nährstoff. Ein ökologisch intakter Fluss umfasst jedoch eine hohe Artenvielfalt an Fischen und wirbellosen Kleinlebewesen.

Meine Damen und Herren, auch die Maßnahmen des Unternehmens Kali + Salz zur abflussgesteuerten Salzeinleitung – d. h. bei niedrigem Wasserpegel wird wenig oder gar kein Salz in die Werra eingeleitet, bei Hochwasser dagegen viel – ergeben zwar im Hinblick auf die Vergleichsmäßigung eine Verbesserung, doch diese Vergleichsmäßigung bringt nicht viel, da die Belastung von 2.500 mg Chlorid für die meisten Süßwasserlebewesen ohnehin deutlich zu hoch ist.



(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es liegt also in unser aller Verantwortung, ob Werra und Weser wieder zu ökologisch intakten Gewässern werden. Das Festhalten an veralteten Grenzwerten und der zusätzlichen Einleitung von Haldenabwässern bringt uns keinen Schritt weiter. Hier muss die Politik verantwortliches Handeln beweisen.

Meine Damen und Herren, der jetzige Versuch von Kali + Salz – das kann man über die Medien nachvollziehen –, wirtschaftliche Interessen und Arbeitsplätze gegen die Reinhaltung der Werra auszuspielen, darf nicht verfangen.

Kali + Salz hat seine wirtschaftlichen Erfolge aus der Inanspruchnahme dieses Naturvermögens erzielt; denn nichts anderes sind diese Lagerstätten. Dieses Unternehmen hat durch das Recht des Abbaus und der Düngemittelproduktion gute Geschäfte abwickeln können. Es hat eine glänzende wirtschaftliche Situation und beeindruckende Aktiengewinne erzielt. Aber ein Unternehmen hat nicht nur Rechte. Ein Unternehmen hat auch Pflichten. Kali + Salz hat durch den Abbau die Pflicht gegenüber der Allgemeinheit übernommen, auch dafür Sorge zu tragen, dass es nicht zu Umweltbelastungen kommt. Die Einleitung der Haldenabwässer in die Werra stellt keine Lösung im Sinne einer verantwortungsvollen Unternehmensstrategie dar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Hier hat das Unternehmen mit Unterstützung der Hessischen Landesregierung offensichtlich immer den leichtesten Weg gewählt.

Meine Damen und Herren, wir erwarten gerade von einem wirtschaftlich gut gehenden Unternehmen, sich darüber Gedanken zu machen, wie man als Unternehmen seiner Umweltverantwortung gerecht wird. Für ein Unternehmen dieser Größenordnung mit einer marktherrschenden Stellung bestehen eine hohe Verantwortung und die Verpflichtung, zu zeigen, wie Ökologie und Ökonomie zusammengebracht werden können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir setzen daher auf den Innovationswillen von Kali + Salz und auch auf die Selbsterkenntnis der ökologischen Verantwortung gegenüber Natur und Umwelt, aber auch auf die Verpflichtung gegenüber den Menschen, die von und mit dem Unternehmen Kali + Salz leben.

Meine Damen und Herren, der Umweltausschuss des Hessischen Landtags hat sich aufgrund unseres Antrags dazu entschieden, eine Anhörung zum geplanten Vorhaben des Unternehmens Kali + Salz am 15. März in Kassel durchzuführen. Dies ist sehr begrüßenswert und zeigt damit deutlich den Stellenwert dieses Projektes. Diese Anhörung ist auch deshalb etwas Besonderes, da es die erste Anhörung des Hessischen Landtags sein wird, die bundesländerübergreifend durchgeführt wird.

Für uns GRÜNE – das sage ich ganz offen – war es nicht tragbar, dass die Anrainerländer von Werra und Weser wie Thüringen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zwar bei der Gewässerrenaturierung kooperieren dürfen und auch bei der Sanierung der Gewässer koope – – Langsam, sorry.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Entschuldigung“!)

– Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie haben wohl zu viel Werrawasser getrunken!)

– Das Salzwasser kann ganz schön aufstoßen.

(Heiterkeit)

Sie dürfen kooperieren, aber bei der Entscheidung über neue Salzeinleitungen und die Höhe der Grenzwerte sollten sie von den hessischen Behörden nicht beteiligt werden.

Meine Damen und Herren, diese Anhörung soll dazu dienen, Alternativen zur geplanten Abwassereinleitung zu finden. Es wäre auch anachronistisch in unserer heutigen Zeit, zusätzliche Gefahren für die Trinkwasserversorgung und die Landwirtschaft zu akzeptieren,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

indem das einfachste Mittel, die Einleitung unter Bewahrung eines unnatürlich hohen Grenzwertes, akzeptiert würde. Die Palette der zu überprüfenden Alternativen ist groß. Sie reicht von einem Versatz des Haldenabbaus in die ursprünglichen Fördertiefen bis hin zu einer Verbringung direkt in die Nordsee.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen im Hessischen Landtag, an dieser Stelle verstehen wir Ihre Aufregung und Kritik, die Sie in Ihren Presseerklärungen zu unserer Pressekonferenz abgegeben haben, überhaupt nicht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie haben es nicht verstanden!)

Denn wir GRÜNEN wollen eine ernsthafte Auseinandersetzung, daher auch die von uns beantragte Anhörung. Aber es ist für uns klar, dass es dieser zusätzlichen Einleitung ebenso wenig bedarf wie des Festhaltens an einem aus der nationalsozialistischen Zeit stammenden Grenzwert.

(Heinrich Heidel (FDP): Oioioi!)

Sehr geehrte Kollegen, wir setzen darauf, dass Sie sich mit uns für eine Verbesserung für die Werra einsetzen mit dem mittelfristigen Ziel, diese wieder zu einem arten- und fischreichen Süßwasserfluss zu machen, wie es die Werra einmal war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Daher sind wir sehr erfreut über den Dringlichen Entschließungsantrag, den Sie jetzt vorgelegt haben; denn er entspricht unserer Intention. Das macht deutlich, dass sich hier etwas tun muss. Wir haben Ihnen unseren Änderungsantrag dazu vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass das Ziel auch von Ihrer Seite deutlich festgeschrieben werden muss. Das Ziel heißt, mittelfristig muss die Werra wieder zu einem Fluss mit Süßwasserqualität werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hammann. – Das Wort hat Frau Abg. Apel von der CDU-Fraktion.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hammann, Sie haben eben die Kritik der anderen Fraktionen in diesem Haus an dem Antrag der GRÜNEN zur Debatte am heutigen Tag angesprochen. Die Kritik richtet sich nicht auf inhaltliche Aussagen, sondern sie richtet sich schlicht und ergreifend auf den Zeitpunkt der Debatte im Hessischen Landtag. Wir haben für die nächste Woche eine sehr umfangreiche Anhörung geplant. Wir sind daher der Meinung, dass wir vor einer inhaltlichen Debatte im Hessischen Landtag erst einmal abwarten sollten, was uns die Experten in der nächsten Woche vorschlagen werden, um uns dann unsere Meinung bilden. Dahin richtete sich unsere Kritik an Ihrem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, der Kalibergbau ist in der Region Osthessen und Westthüringen seit mehr als 100 Jahren die tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung und prägt seit Generationen die Lebensplanung Tausender Familien. Sicherlich hängt es auch damit zusammen, dass sich das Lohnniveau der etwa 6.000 Kaliarbeitsplätze im Vergleich zu anderen Produktionsbetrieben auf einem stabilen und erfreulich hohen Stand befindet. Durch den Kalibergbau und seine Veredlungsprodukte wird in der Werraregion nach Baunatal die zweithöchste Wertschöpfung Nordhessens erreicht.

K+S war nach der Wiedervereinigung Deutschlands eines der ersten Unternehmen, das seinen Mitarbeitern aus Ostdeutschland den gleichen Lohn zahlte wie den Mitarbeitern aus den alten Bundesländern. Das Unternehmen ist trotz harten Wettbewerbs am Weltmarkt glänzend aufgestellt, was sich seit Jahren auch in erfreulichen Aktienkursen widerspiegelt. Aus diesem Grund und vielen anderen Gründen wurden bisher in der Region die ökonomischen Interessen der Kaliindustrie trotz vielfältiger Umweltprobleme, die sich nun einmal zwangsläufig bei jedem Rohstoffabbau einstellen, mit wohlwollender Unterstützung zur Kenntnis genommen.

Seit einigen Monaten ist das Unternehmen K+S jedoch wegen zwei geplanter Großprojekte erheblich in der Kritik, wobei niemandem unterstellt werden soll, dass er mit seiner Kritik in der Sache dem Unternehmen schaden wolle. Vielmehr geht es darum, auch weiterhin in der Region die notwendige Akzeptanz für den Kalibergbau einerseits mit all seinen Vorteilen für die Region und andererseits mit all seinen negativen Auswirkungen auf Umweltbelange zu erhalten. Diese Akzeptanz in der Region für die unternehmerischen Interessen von Kali + Salz als großem Rohstoff abbauenden Unternehmen ist unverzichtbar für die Fortsetzung seiner wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte, auch im Interesse der Beschäftigten, ihrer Familien und der gesamten Region.

(Beifall des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Diese Akzeptanz stellt für das Unternehmen selbst ein hohes Gut dar und sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden für Vorhaben, die zu Recht oder zu Unrecht erheblichen Widerstand in eben dieser Region auslösen. Die Diskussion über die notwendige Entsorgung der Haldenabwässer von den weithin sichtbaren Kalibergen muss daher mit Augenmaß geführt und von gegenseitigem Respekt geprägt sein. Einerseits sollte man seitens des Unternehmens nicht Kritikern vorwerfen, sie trügen Verantwortung für negative Entwicklungen bis hin zur kompletten Einstellung des Kalibergbaus. Andererseits sollten Kriti-

ker der geplanten Laugenleitung das Unternehmen nicht unter Generalverdacht stellen.

Wir sind überzeugt, dass die aktuelle Diskussion über Sinn oder Unsinn der geplanten Pipeline von Neuhoftal nach Philippsthal eine große Chance für das Unternehmen und für die Region bietet. Wir sehen in dieser erstmalig so kontrovers geführten Diskussion ein Ringen um den besten Weg, der die ökonomischen Interessen des Unternehmens und seiner Beschäftigten mit den ökologischen Notwendigkeiten der Region so ausbalanciert, dass beide Seiten damit leben können.

Wir sind überzeugt, dass seitens des Unternehmens noch nicht alle denkbaren Problemlösungen zu Ende gedacht sind. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Rechts- und Planungssicherheit für Kali + Salz bringen, wenn mögliche Betroffene damit leben können und diese Maßnahmen dann auch akzeptieren.

Wir sind auch überzeugt, dass es zur Suche von Problemlösungen, die gleichwertig ökonomische wie ökologische Interessen abwägen, keine Alternative gibt, weil einseitig geprägte Entscheidungen zwangsläufig und so sicher wie das Amen in der Kirche jahrelange gerichtliche Auseinandersetzungen mit sich brächten.

Wir sind der Meinung, dass vor der Diskussion um Entsorgungsvarianten zunächst viel intensiver als bisher Vermeidungsstrategien diskutiert werden sollten. Wir sehen hier das Unternehmen in der Pflicht, im eigenen Interesse durch umfangreiche Forschung und Entwicklung das Problem der Haldenabwässer erst gar nicht entstehen zu lassen.

Wir sehen in der geplanten Parlamentsanhörung am 15. März den besten Weg, mit Experten aus verschiedensten Disziplinen mögliche Lösungsvarianten zu diskutieren, und können beim besten Willen nicht erkennen, welchen inhaltlichen Ertrag die Parlamentsdebatte vor der Anhörung haben sollte. Deswegen plädieren wir dafür, dass die vorliegenden Anträge in den Ausschuss gebracht werden, und zwar zur abschließenden Beratung nach der Anhörung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Apel. – Das Wort hat der Kollege Grumbach von der SPD-Fraktion.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es noch ein bisschen kürzer machen.

Das Spannende ist: Das passt gut zu diesem Tag. – Heute arbeiten wir ein bisschen die Folgen der Industrialisierung auf.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wie bitte? Können Sie das noch einmal sagen?)

– Wir arbeiten heute ein bisschen die Folgen der Industrialisierung auf. Heute Morgen haben wir darüber geredet, welche Folgen unsere Energiepolitik über einen längeren Zeitraum hat. Jetzt reden wir darüber, welche Folgen bestimmte Einleitungen über längere Zeit für das Wasser haben.

Zumindest ich habe mir heute Morgen gestattet, mich mit der Tonnenideologie auseinanderzusetzen. Wir haben mit den 30.000 mg die Tonnenideologie der DDR hinter uns gebracht. Wir haben das korrigieren können.

Jetzt besteht die schlichte Aufgabe darin, mit diesem Wert etwas zu machen, der noch ein bisschen älter ist, als zuvor gesagt wurde. Er stammt aus der Zeit vor 1942. Er stammt aus der Zeit kurz nach dem Ersten Weltkrieg und orientiert sich an Messungen für die Trinkwasserversorgung der Stadt Bremen. Aber das ist nicht so wichtig. Dieser Wert muss jetzt modernisiert werden.

Heute streiten wir uns erstens darüber, wie viel Salz ein gesunder Fluss aushält. Zweitens streiten wir uns darüber, wie lange wir einem Unternehmen Zeit lassen können, auf das richtige Maß zu kommen. Außerdem geht es um die Frage, wie das mit der fortlaufenden Produktion in Verbindung gebracht werden kann.

Ich glaube, dass der erste der beiden Punkte, um die es geht, nämlich um die Frage: „Wie sieht ein gesunder Fluss aus?“, etwas ist, weswegen wir alle gesagt haben, es ist gut, die Anhörung durchzuführen. Ehrlich gesagt, weigere ich mich, heute dazu eine Debatte in die Luft hinein zu führen. Vielmehr finde ich, wir sollten in aller Ruhe nach der Anhörung darüber reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Zweite muss dann aber ebenso klar sein. Herr Minister, da gibt es nämlich eine Befürchtung. Es wäre vielleicht gar nicht so schlecht, wenn Sie dazu etwas sagen würden. Denn es besteht schlichtweg folgende Befürchtung.

Wenn jemand eine Pipeline von 63 km Länge baut und dafür richtig Geld in die Hand nimmt, und nach dem Jahr 2012 eine durchaus kluge Umweltverwaltung sagt: „Es tut uns leid, aber den Grenzwert von 2.500 mg könnt ihr auf Dauer nicht halten“, dann könnte eine Debatte darüber entstehen, ob es da so etwas wie einen Vertrauensschutz gibt. Mir wäre es schon ganz wichtig, dass die Hessische Landesregierung unabhängig von den anderen Fragen hier sehr deutlich erklärt, dass hinsichtlich der Grenzwerte jetzt nichts priorisiert wird, sondern dass es um die Frage der Wasserqualität geht, die unabhängig von der heute geführten Debatte ganz klar anhand der Wasser-rahmenrichtlinie und des Zustands des Gewässers entschieden wird. Wenn dies geschieht, wären wir, so glaube ich, in der Lage, mit den Beschäftigten darüber zu reden, dass ihre Beschäftigung noch eine Weile gesichert ist. Zweitens wären wir damit auch in der Lage, darüber zu reden, mit welchen Schritten wir einen gesunden Fluss bekommen.

Wie gesund dieser Fluss sein könnte und sein sollte, würde ich in diesem Landtag gerne wieder debattieren, wenn wir die Anhörung ausgewertet haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Heinrich Heidel. Er spricht für die FDP-Fraktion.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz des Lan-

des Hessen tagt am 15. März dieses Jahres um 10.30 Uhr in der Hauptverwaltung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen in Kassel am Ständeplatz 6 – 10. Das Einmalige und Interessante dabei ist: Er wird gemeinsam mit dem Ausschuss für Naturschutz und Umwelt des Thüringer Landtags, dem Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtags und dem Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landtags Nordrhein-Westfalen eine öffentliche Anhörung durchführen. Das Bundesland Bremen wird Beobachter entsenden. Sie werden also teilnehmen. Dort gibt es keinen Umweltausschuss.

Die Anzahl der dort gemeinsam tagenden Ausschüsse macht schon deutlich, wie wichtig wir die Thematik der Salzeinleitung in die Werra nehmen. Die Wichtigkeit wird aber noch deutlicher, wenn man sich die Einladung ansieht. Dann sieht man, dass 69 Anzuhörende eingeladen wurden. Ich wiederhole: 69 Anzuhörende wurden eingeladen.

Ich glaube, es wäre schon ein starkes Stück, wenn wir die Ergebnisse dieser gemeinsam beschlossenen Anhörung aller Fraktionen des Hessischen Landtags und darüber hinaus heute mit einer Sachdiskussion vorwegnehmen würden. Deswegen, muss ich ehrlich sagen, war ich über den Antrag der GRÜNEN-Fraktion schon sehr verwundert, das heute diskutieren zu wollen.

Dass die CDU-Fraktion einen Dringlichen Entschließungsantrag hinterhergeschoben hat, macht die Sache meiner Auffassung nach kein Stückchen besser.

Ich stelle für die FDP-Fraktion fest – wir wollen das auch in der genannten Reihenfolge –:

Erstens. Wir wollen eine Anhörung.

Zweitens wollen wir die Auswertung dieser Anhörung.

Drittens. Erst dann können wir beschließen.

Ich halte weiterhin für die FDP-Fraktion fest, dass wir dann nach geltendem Recht entscheiden müssen. Dabei geht es um die Entscheidung, ob die Pipeline gebaut werden darf oder nicht. Das ist die Entscheidung, die auf der Grundlage geltenden Rechts getroffen werden muss.

Dabei geht es auch darum – das sollte unsere Forderung sein –, dass die Salzbelastung der Werra und der Weser in Zukunft gesenkt wird. Diese Forderung müssen wir erheben. Die möchte ich an dieser Stelle auch für die FDP erheben.

Einen dritten Punkt will ich auch nicht außer Acht lassen. Er lautet: Wir dürfen das Spiel nicht mitmachen, dass hier Arbeitsplätze gegen Umweltgesichtspunkte oder Umweltgesichtspunkte gegen Arbeitsplätze ausgespielt werden sollen. Das wäre das falsche Spiel. Dabei kann keiner gewinnen. Vielmehr geht es darum, gemeinsam Lösungen zu finden.

Ich bitte deshalb noch einmal alle, unvoreingenommen in die Anhörung zu gehen. Ansonsten hätten wir uns die viele Arbeit, zu der es während der Vorbereitung der Anhörung gekommen ist, nicht machen müssen. Ich wäre da schon enttäuscht. – Schönen Dank.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) und Lothar Quanz (SPD))



**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Landau. Er spricht für die CDU-Fraktion

(Norbert Schmitt (SPD): Halten Sie nicht die Debatte über den Nichtraucherschutz auf! Fassen Sie sich kurz!)

**Dirk Landau (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich darf als Betroffener, nämlich als jemand, der aus einer Region kommt, durch die die Werra fließt, hierzu etwas sagen.

Ich möchte eine Bemerkung voranstellen. Auch ich war über den Zeitpunkt, zu dem die GRÜNEN-Fraktion den Antrag gestellt hat, überrascht. Herr Kollege Heidel hat das auch schon gesagt. Im Vorfeld einer umfänglichen Anhörung einen solchen Antrag in den Landtag einzubringen, halte auch ich nicht für glücklich.

Herr Kollege Heidel, ich darf da aber eine Äußerung von Ihnen anführen. Zu einem früheren Zeitpunkt haben Sie gesagt, dass es danach aussieht, dass die GRÜNEN befürchten, dass ihnen da eine Sache wegläuft.

(Norbert Schmitt (SPD): Fließt!)

Genau diesen Eindruck habe ich auch. Ich darf dazu noch sagen, dass die Kollegin Erfurth, die Mitglied der Kreistagsfraktion der GRÜNEN im Werra-Meißner-Kreis ist, dort auch mit einer zweiten Resolution in dieser Angelegenheit nachgebessert hat. Ich halte das nicht für allzu hilfreich.

Da nun aber heute über diese Angelegenheit diskutiert wird, möchte ich auch als Betroffener – ich hatte eben schon gesagt, warum ich das bin – einige Dinge anmerken. Die Nutzung der Werra als Abwassersammler der Kaliindustrie des hessisch-thüringischen Raums hat aus einem limnischen Flusslebensraum das längste Fließgewässer Deutschlands gemacht. Aufgrund des Belastungsgrads der Werra ergeben sich viele Nutzungseinschränkungen – auch für den Menschen. Das betrifft z. B. die Trinkwassergewinnung, die Wasserversorgung der Landwirtschaft, den Ackerbau in Ufernähe und die Fischerei. Zudem entstehen in beträchtlichem Umfang Bauwerkschäden. Das ist in finanzieller Hinsicht auch bezifferbar.

Zu den Abwässern der Werke Wintershall, Hattorf und Unterbreizbach sollen künftig nach Planung des Unternehmens Kali + Salz bis zu 700.000 m<sup>3</sup> salzhaltige Haldenniederschlagswässer des Kaliwerks in Neuhoof-Ellers hinzukommen. Weitere Belastungen ergeben sich aus nicht steuerbaren sogenannten diffusen Einträgen, die von einer übermäßigen Versenkung der Kaliabwässer im Plattendolomit herrühren. Ich darf hier anmerken, dass die Versenkung seit 1925 stattfindet. Das allein kann unter ungünstigen Umständen eine Chloridkonzentration von über 2.000 mg je Liter bewirken.

Nach Einschätzung des Fachbüros werden diese diffusen Einträge auch bei Beibehaltung des Status quo noch mehrere Jahrzehnte andauern. Angesichts dieser Erkenntnisse und der Tatsache, dass das Versenkvolumen dramatisch weggebrochen ist – von den 29 Millionen m<sup>3</sup> im Jahre 2003 stehen nach Abzug der genutzten Kapazitäten derzeit nur noch 1 Million m<sup>3</sup> zur Verfügung –, ist die Aussage, es käme durch die geplante Pipeline von Neuhoof-Ellers zum Werk an der Werra lediglich um eine Erhöhung des Einleitungsvolumens um 3 bis 5 %, perspektivisch auf die

Einhaltbarkeit kritisch zu hinterfragen. Dasselbe gilt auch für die Zusage, die bestehenden Grenzwerte am Pegel Gerstungen einzuhalten. Sie betragen 2.500 mg Chlorid je Liter und 90 Grad Härtewert.

Die Heraufsetzung des Härtewerts von ursprünglich 50 auf jetzt 90 Grad wurde aufgrund einer geänderten Zusammensetzung des geförderten Rohsalzes und der Änderung der angewandten Verfahren notwendig. Laut Aussage des Werks Kali + Salz soll das ökologisch unbedenklich sein. Allerdings darf ich hier anmerken, dass ein Härtegrad über 30 nach der Trinkwasserversorgung schon als sehr bedenklich gilt. Insofern sollte die Betrachtung künftig nicht ausschließlich auf den Chloridgehalt konzentriert werden.

Die angestrebte gleichmäßige Chloridkonzentration ist für die Entwicklung des Ökosystems Werra grundsätzlich günstiger als eine starke Schwankung des Gehalts im Wasser. Das mag den Laien ein wenig an das Bemühen des Alkoholikers um einen beständigen Pegel erinnern. Beim Alkoholiker geht es allerdings um Alkohol.

Ich bin bisher bei meinen Ausführungen intensiv auf den Sachverhalt der Kalilaugeneinleitung eingegangen. Ich wollte damit aufzeigen, wo die Befürchtungen und Sorgen der Menschen, die an der Werra leben, herrühren. Sie befürchten einen Verlust an Lebensqualität.

Meine bisherigen Ausführungen sollen aber auch verständlich machen, weshalb die Vorbehalte der Stadtverordnetenversammlungen, der Magistrate und der Bürgermeister der Anrainerstädte und -gemeinden und des Kreistages des Werra-Meißner-Kreises entstanden sind und auf welcher Grundlage deren Resolutionen und die Androhung einer Klage gegen die Einleitung der Kalilaugne gründen. Sie sind zwar Betroffene, aber als solche nie angehört worden. Das Szenario der zusätzlichen Einleitung der Salzabwässer droht Bemühungen zu dem Zeitpunkt zu zerstören, zu dem im Werratal der Tourismus neu ausgerichtet werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In interkommunaler Zusammenarbeit und unter einer Dachmarke sollen die immer wieder bescheinigten Potenziale für den Fremdenverkehr gehoben werden. Die Ausichten, die Zahl der derzeit rund 600.000 Übernachtungen und die Zahl der rund 1.000 in diesem Sektor im Werra-Meißner-Kreis Beschäftigten deutlich steigern zu können und den Tourismus zu einem wirtschaftlichen Faktor werden zu lassen, sind vielversprechend und für die strukturschwache Region von außerordentlicher Bedeutung. Ein mit Kaliabwässern hochgradig belasteter Fluss mitten durch die durch den Tourismus zu nutzende Landschaft würde zwangsläufig zu Imageschäden führen. Das wird sich als schwer zu überwindender Makel gegenüber Geschäftsbereichen wie naturnahes Erleben oder Kanuwandern auswirken.

Kali + Salz ist nach meinem wiederholten Eindruck der Vorwurf zu machen, mögliche Alternativlösungen mit ungenügendem Engagement untersucht und sich vorschnell auf die Position „wirtschaftlich nicht darstellbar“ zurückgezogen zu haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies, obwohl das Unternehmen verpflichtet war und ist, intensiv nach Möglichkeiten zur Reduzierung des Salzwasseranfalls zu forschen. Ein fortgesetztes Verwerfen von alternativen Lösungsmöglichkeiten, die vor Jahren als

nicht umsetzbar galten, und das Beharren auf einem Pipelinebau sind so inakzeptabel. Der technische Fortschritt und innovative Ideen wie die zurzeit geprüfte Abdeckung im Dünnschichtverfahren oder die Umkehrosmose könnten Lösungsansätze bieten. Ein Unternehmen wie Kali + Salz, das der drittgrößte Anbieter auf dem Weltmarkt ist und den viertgrößten Anteil an der Weltkaliproduktion innehält, ist zu verstärkten Forschungsanstrengungen in der Lage und sollte dazu auch angehalten werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit: Es geht um einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen, und das wird ohne subjektiv gefühlte Zumutung auf allen Seiten nicht gehen. Weder darf den Interessen von Kali + Salz leichtfertig nachgegeben werden – ich habe das eben ausgeführt –, noch dürfen die Standorte durch unrealistische und überzogene Forderungen in ihrer Existenz gefährdet werden.

(Beifall bei der CDU)

Es hat aber auch ein Abgleich der Unternehmensentwicklung mit den sie umgebenden Determinanten zu erfolgen, oder anders ausgedrückt: Kali + Salz gab und gibt in Nord- und Osthessen vielen Menschen Arbeit. Hier besteht eine Schuld der Menschen, die am besten durch fairen Umgang mit dem Unternehmen zurückgezahlt werden kann. Auch die Werra hat dem Unternehmen bereits lange Zeit gute Dienste geleistet. Es ist Zeit, auch dem Fluss etwas zurückzugeben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Landau. – Das Wort hat der Umweltminister, Staatsminister Dietzel.

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man in den letzten Monaten die Diskussion in Nord- oder Osthessen sieht, kann man feststellen, die Frage der Salzbelastung der Werra und der Salzwasserleitung – neudeutsch Pipeline – ist sicher ein Thema, nicht nur im Hessischen Landtag, sondern auch in der Region.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Bevor wir in die Diskussion einsteigen, möchte ich noch einmal klarstellen: Es liegt im Augenblick kein Genehmigungsantrag vor. Deswegen meine ich, wir können heute nicht darüber diskutieren, ob wir ihm zustimmen oder ihn ablehnen. – Von den Rednern ist schon gesagt worden, wir haben eine umfangreiche Anhörung. Kollege Heide sprach von 68 Sachverständigen, die sich am 15. März treffen und über dieses Thema diskutieren. Eine solche Anhörung wäre im Vorhinein sicher die richtige gewesen.

Eine zweite Vorbemerkung zu diesem Thema. Zum einen geht es um Arbeitsplätze in dieser Region. Zum anderen geht es auch um eine gesunde Umwelt und eine intakte Werra. Wenn man über Verantwortung von Kali + Salz in diesem Zusammenhang spricht, geht es auf der einen Seite um die Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auf der anderen Seite auch um die Verantwortung für eine umweltgerechte Entsorgung

und vor allen Dingen um den Auftrag, solche Möglichkeiten zu erforschen.

Meine Damen und Herren, ich meine allerdings, wenn man den Antrag der GRÜNEN sieht, dass es sich um sehr sensible und sehr weit reichende Fragen in den Bereichen handelt und dass man es sich eigentlich, wenn man die Dinge so sieht, zu einfach macht. Denn ohne Abwägung und ohne Vorliegen eines Antrags ist es schwierig, über ein solches Thema zu reden. Ich will nur einen Punkt des GRÜNEN-Antrages ansprechen, weil man sich offensichtlich wenig Mühe gemacht hat, zu recherchieren, um die Grundlagen entsprechend zu haben.

(Widerspruch der Abg. Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Hamann, der erste Punkt ist einfach falsch formuliert. Sie sprechen davon, dass die flussgebietsnahe Weser einzig und ausschließlich „in nationaler Verantwortung liegt“. Sie hätten vielleicht einmal weiterschauen sollen. Es gibt noch die Eider, die Schlei. Es gibt noch einige mehr, die ausschließlich in nationaler Verantwortung liegen.

(Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht bei uns!)

Meine Damen und Herren, Ziel der Hessischen Landesregierung ist – dieses wollen wir darstellen –, dass wir den Naturraum schützen, dass wir einen Lebensraum für gesunde Fische und für natürlichen Artenreichtum haben. Viele, die sich mit dem Thema beschäftigen, wissen, dass sich dort in den letzten Jahren viel getan hat. Die Chloride sind erheblich reduziert worden, von 30.000 auf 7.500 mg in den Jahren 1991 bis 1992, dann bis auf 2.500 mg im Jahre 2000. Wir sollten den gesamten Gewässerzustand in dem Bereich ansprechen. Es gibt insgesamt sechs Wasserkraftanlagen, wo Ausstiegslagen für Fische gebaut wurden; zwei, die in den nächsten Jahren zusätzlich gebaut werden. Das betrifft die Werra. An der Ulster wurden neun Anlagen gebaut. Die Ulster ist in diesem Bereich fast durchgängig. Wir haben Kläranlagen, in erheblichem Maße Kanalisation und Regenwasserentlastungsanlagen gebaut, um die Qualität der Werra in erheblichem Maße zu verbessern – allein von 2004 bis 2006 mit 24 Millionen €, von 2006 bis 2008 mit 20 Millionen €. Es ist auch so, dass sich der Zustand der Werra verbessert hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur die Landesregierung nicht!)

Das ist gar keine Frage, wenn man die Artenzahlen am Unterlauf der Werra insgesamt sieht. Im Jahr 2000 gab es sieben Artengruppen, heute sind es 26 Artengruppen. Oder die Fischarten: 1994 gab es 15 Fischarten, 2004 24 Fischarten. Deswegen meine ich, dass sich dies auch in den zukünftigen Jahren positiv weiterentwickeln wird.

Zur aktuellen Diskussion, die wir jetzt und in der nächsten Woche haben werden. Zu diesem Haldenwasser von 0,5 bis 0,7 Millionen m<sup>3</sup>, das im Augenblick zu 5 % in die Fulda eingeleitet wird und von dem der Rest in Plattendolomit versenkt wird, muss man eindeutig sagen, dass der verfügbare Versenkraum begrenzt ist. In den nächsten Jahren ist eine grundsätzliche Diskussion nötig.

Auf der anderen Seite muss man sehen, dass kurzfristig keine Möglichkeiten bestehen, die salzhaltigen Haldenabwässer zu verhindern, selbst wenn man von heute auf morgen die Produktion einstellen würde. Deswegen meine ich, wenn man diese Leitung sieht und wenn der Antrag kommt, dass dann ein bergrechtliches Verfahren

notwendig wird. Wir haben dieses auch angekündigt. Wir haben schon einen ersten Termin, einen Scopingtermin am 1. Februar 2006, gehabt, in den die Träger öffentlicher Belange und die Naturschutzverbände eingebunden wurden. Wenn Sie die Frage stellen, wann der Antrag von Kali + Salz kommt, kann ich Ihnen darauf keine Antwort geben. Aber ich kann Ihnen sagen, dass wir bei den hessischen Behörden Wert darauf legen, dass wir eine größtmögliche Transparenz haben.

Meine Damen und Herren, der Grenzwert – das wurde eben angesprochen – wurde 1942 und 1947 auf 2.500 mg je Liter Chlorid festgelegt. Dieser Grenzwert wurde jahrzehntelang honoriert von der DDR oder dem VEB-Kombinat Kali, um dann teilweise über 40.000 mg je Liter zu verantworten. Interessant ist, dass in die Diskussion gerade in Thüringen von der PDS und deren Nachfolgepartei, der Linkspartei, die in ihren Ursprüngen diese Probleme zu verantworten hatten, eingebracht wurde. Die Diskussion wurde richtig nach oben gerissen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

Auch dies sollten wir nicht ganz außen vor lassen. Trotzdem ist es wichtig, dass Kali + Salz gefordert ist, die Werte weiter zu senken. Sie sind im gesetzlichen Rahmen dazu verpflichtet worden, diese Möglichkeiten zu nutzen. Wenn ich die Forderungen sehe, die teilweise in der Diskussion herumgeistern, muss ich sagen, es würde selbst bei einem sofortigen Stopp der Produktion einen Nullwert in diesem Zusammenhang nicht geben. Kali + Salz wurde verpflichtet, nach Möglichkeiten der Reduzierung des Salzwasseranfalles zu forschen und sinnvolle Maßnahmen anzuwenden. Deswegen wurde auch vom Regierungspräsidium in Kassel angemahnt, dass die Berichtspflicht unumgänglich ist.

Meine Damen und Herren, wenn man die aktuelle Diskussion sieht, dass diese Grenzwerte Ewigkeitsgültigkeit hätten, dann sage ich: Das ist nicht richtig. Die Genehmigung gilt bis zum 20. November 2012. Ich finde es auch unangemessen, dass der ehemalige Bundesumweltminister darauf hinweist, dass das Land Hessen die Möglichkeit habe, vorher einzuschreiten. Ich möchte gleichzeitig darauf hinweisen, dass wir ein Rechtsstaat sind und mir Leute aus dieser Region, die mit Kali + Salz nichts zu tun hatten, sagten, dass man zu 120 % bis 150 % die Sicherheit hat, einen solchen Prozess zu verlieren. Deswegen meine ich, dass wir hierauf achten sollten, zu prüfen, ob es möglich oder teilweise sogar zwingend ist, die Grenzwerte herabzusetzen.

Meine Damen und Herren, mögliche Alternativen sind Kali + Salz schon vorgetragen worden. Es ging um die Haldenabdeckung, Haldenbegrünung, Flutung der Grubenverbaue, Verdampfung des Abwassers. Diese Anträge wurden von Kali + Salz verworfen, teilweise mit der Begründung „aus wirtschaftlichen Gründen“. Das akzeptiere ich nicht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hoffentlich bleibt es dabei!)

Ich möchte eindeutig anmerken, dass wir uns über diese Dinge weiter unterhalten müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine auch, wie das Regierungspräsidium in Kassel es gesagt hat: neu zu prüfen und detailliert zu erläutern, gerade auch diese Dinge, die ich eben angesprochen habe. Sicher betrifft das auch die Frage, wie nach Beendigung

des Kalibergbaus mit den Halden umgegangen werden kann. Deswegen brauchen wir eine nachvollziehbare Kostenaufstellung, damit die Rücklagenhöhe entsprechend eingesetzt, aber vor allen Dingen auch gesichert werden kann.

Meine Damen und Herren, die Salzgewinnung in Hessen ist ein Thema, das ganzheitlich zu betrachten ist. Deswegen sind die Probleme, die wir dort haben, nur insgesamt zu lösen. Deswegen ist Kali + Salz von der Hessischen Landesregierung aufgefordert, alles zu tun, um die negativen Umwelteinflüsse und Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren und dafür auch die nicht unerheblichen Jahresgewinne einzusetzen. Ich bin der Meinung, dass ein Unternehmen Gewinn machen muss, aber dass man einen Teil auch für die Umwelt einsetzen kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deswegen auch hier die Abwägung zwischen Arbeitsplätzen, Umwelt, Naturschutz und Regionalentwicklung. Ich erwarte, dass hier sowohl von Kali + Salz als auch von der Politik konsequent abgewogen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister Dietzel. – Das Wort hat die Frau Kollegin Erfurth, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Landau und Herr Dietzel sind auf jeden Fall weiter als Frau Apel! Das ist aber nicht schwierig, denn in umweltpolitischen Dingen hinter Frau Apel zurückzufallen, das gelingt niemandem!)

#### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde sehr heftig kritisiert, dass wir diesen Antrag heute einbringen. Ich stelle fest: Die Reden, besonders vom Kollegen Landau und vom sehr geschätzten Herrn Umweltminister, haben gezeigt, es war heute der richtige Zeitpunkt für diese Diskussion.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn was nützt eine Diskussion in einem Ausschuss, wenn wir das Ziel nicht kennen? Die Diskussion heute hat sehr eindeutig und klar zur Zielbestimmung beigetragen – zu einer Zielbestimmung, für die ich Gemeinsamkeit im ganzen Haus sehe. Das ganze Haus, so habe ich es wahrgenommen, ist sich in dem Ziel einig: Wir wollen die Gewässerqualität der Werra verbessern. Ich habe niemanden gehört, der gesagt hat, wir wollen nicht, dass die Werra wieder Süßwasserfluss wird.

Ich stelle also fest, wir haben ein gemeinsames Ziel: Die Werra soll über einen mittelfristigen Zeitraum wieder zu einem Süßwasserfluss werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns in dieser Zielrichtung einig sind, dann können wir im Ausschuss sehr genau an der Erreichung dieses Zieles weiterarbeiten. Ich finde, dann ist diese Ausschusssitzung sehr viel sinnvoller als vorher. Wir haben sie in



großer Übereinstimmung mit den anderen Fraktionen beantragt, weil wir es richtig und wichtig fanden, dass die am Flusslauf Werra/Weser beteiligten Bundesländer ebenfalls zu Wort kommen.

Jetzt haben wir eine Ausgangsbasis, auf der wir aufbauen können. Wir diskutieren nicht ins Blaue hinein. Herr Heidel, ich finde, damit haben wir gemeinsam eine gute Arbeitsbasis, auf der wir aufbauen können.

Wir haben vom Minister gehört, es gibt Alternativen. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden bisher alle Alternativen von Kali + Salz verworfen. Wir haben also im Ausschuss eine sehr gute Basis, um fundiert darüber nachdenken und mit den an der Anhörung Beteiligten beraten zu können, welche weiteren Möglichkeiten es gibt, um sinnvoll mit diesen Haldenabwässern umzugehen, und wie man sie vernünftig entsorgen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, wir können doch nur an Kali + Salz als ein fortschrittliches und prosperierendes Unternehmen appellieren, seine Chancen zu nutzen, auch fortschrittlich zu bleiben. Denken Sie doch einmal an die Autoindustrie, die Entwicklungen verschlafen hat. Das sollte Kali + Salz nicht passieren.

Damit sind wir auch bei den Arbeitsplätzen in der Region. Dann haben wir die Arbeitsplätze in der Region aufgefangen und gesichert. Auch das sollte unsere Intention sein: gemeinsam mit den Menschen, die bei Kali + Salz arbeiten, gemeinsam mit dem Umweltschutz für verträgliche und vernünftige Lösungen zu sorgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben von uns nicht gehört, die Produktion am Standort Neuhoof-Ellers müsse geschlossen werden. Das haben Sie von uns noch nie gehört, und das würde ich auch nie verlangen. Denn ich weiß sehr wohl, diese Kalihalde existiert, ob am Standort in Neuhoof produziert wird oder nicht. Unser Bestreben muss es sein, die wirtschaftliche Grundlage von Kali + Salz so zu erhalten, dass sie uns eine vernünftige Umwelt am Standort Neuhoof-Ellers hinterlassen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank.

Frau Kollegin Apel, eine Kurzintervention ist nicht möglich, da es ein Fünfminutenbeitrag war. Da aber der Kollege Gerling farbenblind ist, sehen wir das jetzt einmal als einen gelben Zettel an, und Sie haben noch Redezeit.

#### **Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Vorsitzender, nur ganz kurz. Frau Kollegin Erfurth, Sie haben hier die grundsätzliche Übereinstimmung des Hauses hinsichtlich der Notwendigkeit der Reduzierung der Salzeinträge angesprochen. So weit richtig.

Aber die grundsätzliche Übereinstimmung dieses Hauses geht mit Sicherheit nicht dahin, dass wir uns etwas vormachen. Die Werra kann nie zu einem Süßwasserfluss werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie war es aber einmal!)

Denn es gibt dort natürliche geologische Einträge, beispielsweise aus der Region Bad Sooden-Allendorf und

aus der Region Bad Langensalza. Wie Sie schon aus den Namen hören, gibt es dort Salzvorkommen im Untergrund,

(Michael Boddenberg (CDU): Das verstehe ich!)

die ganz normal ihren Niederschlag in einem Fließgewässer finden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist doch: über oder unter 2.500 mg pro Liter Chlorid?)

Daher kann es nicht dazu kommen, dass die Werra ein Süßwasserfluss wird. Aber wir bemühen uns alle, dass die menschlich bedingten Salzwassereinträge zurückgehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Apel. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr, und wir sind am Ende der Debatte.

Wenn ich es richtig verstanden habe, soll alles in den Ausschuss? Sind wir da einig?

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

– Kein Widerspruch. Dann machen wir das so: Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Dringliche Entschließungsantrag der CDU und der Änderungsantrag dazu gehen an den Umweltausschuss.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Drucks. 16/6895 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Der Gesetzentwurf wird von der Frau Kollegin Fuhrmann eingebracht.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bringen heute einen sehr minimalistischen Gesetzentwurf ein. Wir möchten, dass hör- und sprachbehinderte Eltern nicht nur in den Schulen, sondern auch im Kindergarten Anspruch auf Gebärdendolmetscher haben sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Normalerweise müsste dieser Minimalvorschlag von allen Fraktionen des Hauses mitgetragen werden können, zumal es sich um eine sehr kleine Zahl von betroffenen Menschen handelt. Aber wir werden es sehen.

Ich habe schon gehört, die GRÜNEN haben Zustimmung signalisiert. Wir sind sehr gespannt, wie die Landesregierung und die Regierungsfraktion sich heute dazu verhalten.

Meine Damen und Herren, wir haben das hessische Gleichstellungsgesetz Ende des Jahres 2004 im Landtag verabschiedet. Seither ist das Thema Gleichstellung von behinderten Menschen in unserer Gesellschaft nur sehr selten – und wenn überhaupt, dann auf Initiative von SPD und/oder GRÜNEN – aufgegriffen worden und hat Gesprächsbedarf ausgelöst.

Es könnte ja sein, dass hier Änderungen oder Verbesserungen von der Regierung geplant sind. Wir glauben es allerdings nicht. Wir haben das Gefühl, dass nicht daran gedacht ist, die kritischen Punkte dieses Gesetzes zu evaluieren und möglicherweise noch in dieser Legislaturperiode zu Nachbesserungen zu kommen.

Die Gleichstellung behinderter Menschen ist seit 1994 im Grundgesetz verankert. „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ – so steht es im Grundgesetz, und so sollte es auch in der Wirklichkeit sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir 1999 an der Regierung geblieben wären, hätten wir bereits ein Jahr später ein Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet. Wir haben einen Entwurf vorgelegt, der aber leider abgelehnt wurde. Es gab keine eigenen Vorschläge, weder von FDP noch von CDU, noch einen Regierungsentwurf – alles Fehlanzeige.

Zwei Jahre später hat die rot-grüne Bundesregierung ein hervorragendes Bundesgleichstellungsgesetz verabschiedet – in Hessen wiederum Fehlanzeige: kein Gesetzentwurf. Während andere Bundesländer ganz schnell mit landesgesetzlichen Regelungen reagiert und ihre Hausaufgaben gemacht haben, wurde in Wiesbaden gepokert und abgewartet; es wurde auf das Durchforsten aller Gesetze nach Diskriminierungen verwiesen. Ich muss Ihnen sagen, dieser Bericht liegt uns bis heute noch nicht vor. Bis heute wissen wir nicht, was diese Arbeitsgruppe damals herausgearbeitet hat.

Tatsache ist, erst zehn Jahre nach der Grundgesetzänderung legte die CDU-Landesregierung einen Gleichstellungsgesetzentwurf vor. Doch statt des großen Wurfs, den man nach einer so langen Zeit hätte erwarten können, war es ein Gesetz mit großen Lücken. Das ist es bis heute geblieben.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Ich darf an unseren damaligen Änderungsantrag erinnern: Es gab und gibt keine Verpflichtung zur Barrierefreiheit in Kommunen. Es gibt keinen Landesbehindertenbeirat, keine Beweislastumkehr, keinen Schadensausgleich und eben auch kein Elternrecht auf Kommunikationshilfen außer in der Schule.

Wir haben es damals schon gesagt, und ich möchte es heute bekräftigen: Wenn die Kommunen explizit aus dem Geltungsbereich herausgenommen sind und Sie als Landesgesetzgeber lediglich Zielvereinbarungen empfehlen – empfehlen! –, dann bleibt alles so, wie es war. Gesetze sind genau dazu da, diejenigen zu zwingen, die unwillig sind, die eben nicht auf der kommunalen Ebene bereit sind, behindertengerecht zu bauen oder auszustatten. Es geht um eine klare gesetzliche Pflicht, der nachgekommen werden muss.

Sie haben auch darauf verzichtet, einen Landesbehindertenbeirat einzurichten. Sie haben die Beweislastumkehr bei Diskriminierungen gerade nicht festgeschrieben. Das ist vollkommen unzeitgemäß. In vielen anderen Ländern ist das bereits Standard.

Sie haben nicht den Vorrang selbstständigen Wohnens vor stationärer Unterbringung festgehalten. Sie haben den überregionalen Verbänden kein Verbandsklagerecht eingeräumt. Sie haben die Hessische Bauordnung nicht geändert, damit überall – darauf liegt die Betonung – barrierefrei gebaut werden kann. Sie haben auch den Eltern keine Wahlmöglichkeit gegeben, wo sie ihre Kinder inte-

griert sehen wollen, in einer Regel- oder in einer Fördereinrichtung.

Also Lücken über Lücken in diesem Gesetz – und bisher keine Evaluation und keine Umkehr.

Wir machen uns darum Gedanken. Wir werden nach der erfolgreichen Landtagswahl im nächsten Jahr ein zeitgemäßes Gesetz verabschieden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Eine für uns erfolgreiche Landtagswahl!)

Aber bis zu diesem Zeitpunkt wollen wir wenigstens mit dieser minimalistischen Änderung eine pragmatische Lösung für die Eltern in den Kindertagesstätten schaffen, analog zur Schule. Wir hoffen, dass Sie wenigstens diesem Vorschlag zustimmen. Wie so vieles andere ist er überfällig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Fuhrmann. – Das Wort hat die Sozialministerin, Frau Staatsministerin Lautenschläger.

### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ergreife gerne sehr schnell das Wort, denn in der Sache sind wir uns einig, dass wir die Probleme gehörloser Eltern von Kindern, die in einer Regeleinrichtung untergebracht sind, die z. B. dem Elternabend im Kindergarten folgen wollen, lösen müssen.

Wir haben mit dem Behinderten-Gleichstellungsgesetz im Jahre 2004 gesetzliche Grundlagen geschaffen, insbesondere für die Schulen. Das Kultusministerium hat entsprechende Verordnungen erlassen. Wie Ihnen sind auch uns die Probleme, die zuvor in den Kindertageseinrichtungen keine große Rolle gespielt haben, über eine Petition bekannt geworden. Wir haben das aufgegriffen. Deshalb sage ich, wir sind uns in der Sache einig.

Wir brauchen dazu aber keine Gesetzesänderung. Die Landesregierung kann das auf andere Weise regeln. Die Mittel sind im Haushalt vorhanden, und deswegen werden wir sehr schnell und unbürokratisch mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Regelung vereinbaren, die im Moment in der Vorbereitung ist, sodass das Land auch in diesen Fällen – nicht nur im Schulbereich – die Kosten übernimmt. Ich denke, wir alle verfolgen das Ziel, dass das schnell und unbürokratisch geht. Wir brauchen dazu keine Regelung im Behinderten-Gleichstellungsgesetz. Wenn überhaupt, müssten wir eine Regelung im Kinder- und Jugendhilfegesetz einführen, aber auch das ist dafür nicht nötig. Wir werden das anders regeln können. Deswegen hoffe ich, dass wir uns in der Sache weiterhin einig sind.

Ich gehe davon aus, dass die Neuregelung schnellstmöglich umgesetzt werden kann. Wir wissen im Moment noch nicht, um wie viele Fälle es sich größenordnungsmäßig handeln wird, aber es werden nicht viele Fälle sein.

(Petra Fuhrmann (SPD): Maximal zweistellig!)

Wir erheben im Augenblick in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden die Zahl der Betroffenen. Vom Finanziellen her gesehen ist kein besonders großer Aufwand nötig. Wir wollen die betroffenen Eltern schnell unterstützen. Es handelt sich zwar um eine Aufgabe der

kommunalen Ebene, aber wir haben als Landesregierung gesagt, dass wir das aufgreifen wollen, und zwar so schnell, dass die betroffenen Eltern sofort eine Unterstützung erhalten. Es ist aus meiner Sicht im Interesse des ganzen Hauses, dass wir das schnell und unbürokratisch umsetzen. Es wäre schön, wenn wir uns darauf verständigen könnten. Wir brauchen jedenfalls keine gesetzliche Regelung.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Ministerin Lautenschläger. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Rentsch das Wort.

**Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frau Ministerin hat es gerade gesagt: FDP und CDU haben im Jahre 2004 in Hessen ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in den Landtag eingebracht und auch verabschiedet. Ich glaube, dieses Gesetz hat in der Praxis und auch bei den Fachverbänden sehr viel Anklang gefunden.

Es handelt sich um ein Problem, das aufgrund einer Petition bekannt geworden ist. Es geht um den Einsatz von Gebärdendolmetschern in Kindergärten. Ich denke, dass dieses Problem gelöst werden muss.

Frau Ministerin, wenn Sie heute und hier zusagen, dass die Landesregierung das Problem löst, dann brauchen wir dafür – da teile ich Ihre Meinung – keine gesetzliche Regelung. Meine Fraktion hätte sich zwar für einen Gesetzentwurf ausgesprochen, aber wir müssen nichts gesetzlich regeln, was auch anders geregelt werden kann. Wenn Sie das hier zusagen, ist das für uns Liberale eine geltende Zusage. Deshalb würde es Sinn machen, wenn die SPD-Fraktion ihren Gesetzentwurf zurückziehen würde. Dann hätten wir dieses Problem gelöst und müssten keine gesetzliche Regelung treffen. Ich glaube, an dieser Stelle sind sich alle Kolleginnen und Kollegen einig.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Als Nächste hat die Kollegin Müller-Klepper für die Fraktion der CDU das Wort.

**Petra Müller-Klepper (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Entwurf zur Änderung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes spricht die SPD einen Aspekt an, der für Menschen mit Behinderungen im Lebensalltag wichtig ist.

Wir sind uns einig in dem Ziel der Sicherstellung der Kostenerstattung für den Einsatz von Gebärdendolmetschern in der Kommunikation in den Kindertagesstätten. Wir halten aber eine Regelung im Rahmen des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes nicht für den richtigen Weg, sondern wir präferieren die Lösungsmöglichkeit, die Frau Ministerin Lautenschläger aufgezeigt hat. Eine Lösung muss sich nämlich in die Gesamtsystematik einpassen, die ich kurz verdeutlichen möchte.

Menschen mit Behinderungen sollen mitten in der Gemeinschaft gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Benachteiligungen müssen beseitigt und verhindert werden. Das ist der Kern der Behindertenpolitik der CDU und der Landesregierung in Hessen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Menschen mit Behinderungen freien Zugang haben, wenn Barrierefreiheit herrscht. Hierfür schafft die Landesregierung konsequent die Voraussetzungen.

Es ist bereits erwähnt worden: Das Hessische Behinderten-Gleichstellungsgesetz ist seit Dezember 2004 in Kraft. Es leistet einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen. Das Gesetz ist ein wichtiges Instrument zur Beseitigung von Barrieren. Es setzt das im Grundgesetz verankerte Verbot der Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen auf Landesebene um und verankert Gleichstellungsbestimmungen im Landesrecht. Es hat sich als der richtige Schritt erwiesen, um die Lebenssituation behinderter Menschen in Hessen zu verbessern.

Die Landesregierung, das möchte ich anfügen, prüft bei allen ihren Gesetzesvorhaben in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen, ob die Belange dieser Bevölkerungsgruppe ausreichend gewürdigt werden. Der Beauftragte berät die Landesregierung in allen Fragen der Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen.

Ein Beispiel für eine gelungene Teilhabe, die durch politische Weichenstellung erreicht werden konnte, ist die Integration von Kindern mit Behinderungen in den Regelkindergärten. Sie ist in Hessen schon heute selbstverständlich. Sie ist von der Ausnahme zum Regelfall geworden. Hier nimmt unser Land bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Das Gleiche gilt für baurechtliche Vorschriften. Neubauten sowie große Um- und Erweiterungsbauten der Behörden, der Gerichte oder sonstiger öffentlicher Stellen des Landes sind barrierefrei zu gestalten und bereits bestehende Bauten schrittweise entsprechend umzugestalten.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie sehen also – ob Gleichstellungsgesetz, Bauordnung oder Rahmenvereinbarung für die gemeinsame Erziehung in Kitas –: Wir haben die rechtlichen Grundlagen geschaffen, damit Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt teilhaben können. Dies ist eine kontinuierliche Aufgabe, die ständiger Fortschreibung bedarf.

Wir schaffen aber nicht nur den rechtlichen Rahmen, sondern wir gehen auch bei der Umsetzung voran. Als Beispiel erwähne ich die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im Landesdienst. Hier übertrifft das Land Hessen mit einem Anteil Schwerbehinderter in Höhe von 6,3 %, bezogen auf alle Beschäftigten, die gesetzliche Pflichtquote von 5 %.

Meine Damen und Herren, wir setzen auch Zeichen. Wir schaffen Bewusstsein, indem wir einen Landespreis für die beispielhafte Beschäftigung und Integration schwerbehinderter Menschen eingeführt haben, der im Jahre 2006 erstmals verliehen worden und auf große Akzeptanz und Resonanz gestoßen ist. Wir schaffen also den gesetzlichen Rahmen. Wir gehen bei der Umsetzung voran.

Wir setzen Zeichen, und wir ermöglichen und unterstützen ein ganzes Maßnahmenbündel. Beispiele sind die landesweit vorhandenen Angebote zur Früherkennung und Frühförderung behinderter Kinder und von familienentlastenden Diensten. Ich erwähne auch die differenzierten



Arbeits- und Beschäftigungsangebote in und außerhalb von Werkstätten für behinderte Menschen sowie das breite Spektrum adäquater Wohnformen. Innovative Projekte wie das persönliche Budget, das die Selbstbestimmung der Behinderten sowie ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft fördern soll, werden umgesetzt. Innovativ und fortschrittlich ist auch das Informationsportal „Mit dabei“ im Internet. Es ist ein Wegweiser mit wichtigen Orientierungshilfen.

Ich habe jetzt den Gesamtzusammenhang skizziert und deutlich gemacht, dass sich das Behinderten-Gleichstellungsgesetz auf die Landesebene konzentriert.

(Petra Fuhrmann (SPD): Leider!)

Das Behinderten-Gleichstellungsgesetz sichert hör- und sprachbehinderten Menschen das Recht, mit Behörden und Dienststellen des Landes in Gebärdensprache, in Lautsprachebegleitenden Gebärdensprache oder über andere Kommunikationshilfen zu kommunizieren. In diesem Zusammenhang ist auch die Erstattung von Kosten geregelt, die hör- und sprachbehinderten Eltern nicht behinderter Kinder beim Umgang mit der Schule entstehen.

Hier und heute geht es um die Kindertageseinrichtungen. Sie befinden sich jedoch nicht in der Trägerschaft oder Zuständigkeit des Landes, sondern der kommunalen Ebene. Es gibt, anders als bei den Schulen, keine Pflicht, diese Einrichtungen zu besuchen. Andererseits forcieren wir – das habe ich bereits am Beispiel der gemeinsamen Erziehung in den Kindergärten deutlich gemacht – die gemeinsame Erziehung, Bildung und Betreuung. Deshalb ist im Behinderten-Gleichstellungsgesetz festgelegt, dass die öffentlichen Einrichtungen zur Erziehung und Bildung in Hessen die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilnahme von Menschen mit und ohne Behinderungen am Leben der Gesellschaft fördern und ihnen gemeinsame Lern- und Lebensfelder bieten.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Ankündigung von Frau Ministerin Lautenschläger, unbürokratisch und schnell eine Regelung des Sachverhalts herbeizuführen. Wir halten diesen Weg für den richtigen Ansatz, um die Kostenerstattung an betroffene Familien sicherzustellen. Ich darf mich dem Kollegen Rentsch anschließen und an die SPD-Fraktion die Bitte richten, den Gesetzentwurf zurückzuziehen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Klepper. – Als nächster Redner hat Herr Dr. Jürgens für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hessen war einmal führend in der Behindertenpolitik. Das war zu Zeiten der rot-grünen Regierungskoalition.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich darf an einige wenige Punkte erinnern. Wir haben damals die schulische Integration behinderter Kinder in der Regelschule vorangetrieben, nachdem diese durch den vormaligen Kultusminister Christean Wagner vollständig zum Erliegen gebracht worden war. Die schulische Integration war damals wegweisend für andere Bundesländer.

Wir haben erstmals die Förderung ambulanter und familienentlastender Dienste initiiert und eingeführt, um Alternativen zum Heim praktisch zu unterstützen.

Das hessische Koordinationsbüro für behinderte Frauen – ein weiteres Beispiel – war das erste seiner Art bundesweit. Inzwischen haben einige Länder nachgezogen. Auch das Thema, das uns heute beschäftigt, nämlich die Anerkennung der deutschen Gebärdensprache, hatte einen ihrer Ausgangspunkte im Hessischen Landtag. Es war die damalige grüne Landtagsfraktion mit ihrer sozialpolitischen Sprecherin Evelin Schönhut-Keil,

(Dorothea Henzler (FDP): Das war Herr Kammerbauer!)

die erstmals eine Anhörung zu dem Thema durchgeführt hat. – Von mir aus auch noch Herr Kammerbauer. Das ist kein Problem. Die gesamte grüne Fraktion war thematisch daran beteiligt. Das räume ich gerne ein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Es war jedenfalls eine Initialzündung und das erste Mal, dass sich jemand auf parlamentarischer Ebene mit der Anerkennung der deutschen Gebärdensprache beschäftigt hat. Diese legendäre Veranstaltung ist noch heute bei den Gehörlosen in guter Erinnerung. Sie hat dazu geführt, dass schlussendlich im Jahr 2002 die deutsche Gebärdensprache Anerkennung gefunden hat. Das waren grüne und vor allem hessische Erfolge.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Petra Fuhrmann (SPD): Na, na, grüne?)

– Entschuldigung, natürlich rot-grüne Erfolge.

Nach acht Jahren CDU-geführter Landesregierung in Hessen ist das Land in der Behindertenpolitik weit zurückgefallen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ach was!)

Ich kann es nur noch einmal unterstützen. Das Hessische Behinderten-Gleichstellungsgesetz bleibt weit hinter dem Bundesgesetz und auch weit hinter den Regelungen anderer Länder zurück. Frau Fuhrmann hat dazu schon einiges gesagt. Wir haben darüber auch schon mehrfach gesprochen. Das war kein Ruhmesblatt der hessischen Behindertenpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung hat erst neulich einen Bericht über den Stand der Umsetzung von persönlichen Budgets veröffentlicht. Wenn man sich das einmal anschaut: Auf der anderen Seite des Rheins, in Rheinland-Pfalz, haben mittlerweile mehr als 1.000 behinderte Menschen die Möglichkeit, über ein persönliches Budget zu verfügen. In Hessen sind es weniger als 100. Auch das ist kein Ruhmesblatt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Das jüngste Beispiel haben wir letzte Woche im Sozialpolitischen Ausschuss erfahren müssen. Da konnte sich die CDU/FDP-Mehrheit nicht einmal zu einem positiven Bekenntnis zu der neuen UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen durchringen. Man muss es sich einmal vorstellen: Weltweit wird diese UN-Konvention als Meilenstein für Gleichberechtigung, Selbstbestimmung

und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gelobt. Es gibt erstmals eine internationale Konvention, die weltweit Maßstäbe setzen soll. Nur der Hessische Landtag sagt: „Das interessiert uns nicht.“ Während es weltweit in Sachen Behindertenpolitik vorangeht, verharrt die Landtagsmehrheit lieber im Stillstand. Das ist kleinkarierte Provinzialität in der Behindertenpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Aber zum Glück: Wo viel Schatten ist, ist immer auch ein bisschen Licht. So ist es auch in Hessen. Wir sind auf gutem Wege, wie ich gehört habe, nächste Woche im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr fraktionsübergreifend ein Bekenntnis zur Barrierefreiheit zu verabschieden. Wie Sie wissen, konnte durch das Behinderten-Gleichstellungsgesetz auf Bundesebene in einer Reihe von Regelungsbereichen der Grundsatz der Barrierefreiheit verankert werden, z. B. im Gaststättenrecht, z. B. im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Beides ist durch die Föderalismusreform in die Zuständigkeit der Länder übergegangen. Das hat zu einigen Verunsicherungen bei den behinderten Menschen geführt, ob die erkämpften Errungenschaften in Sachen Barrierefreiheit wieder rückgängig gemacht werden sollen. Ich bin froh, dass wir hier offenbar dazu kommen werden, dass der Hessische Landtag fraktionsübergreifend unserem Antrag zustimmen wird und wir ein Signal an die behinderten Menschen im Lande aussenden, dass es jedenfalls nicht zu einem Rückschritt in Sachen Barrierefreiheit kommen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Frau Lautenschläger, ein Lichtblick war durchaus auch die Regelung im Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetz, über das wir heute reden, nämlich die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschern für gehörlose Eltern. Das war ein besonders wichtiger Fortschritt, denn –

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wie Sie gehört haben, haben Sie nichts gehört. Das ist genau die Situation, in der gehörlose Menschen immer sind. Sie können gesprochene Worte nicht wahrnehmen. Sie sind darauf angewiesen, dass ihnen das gesprochene Wort in die Gebärdensprache oder in die Schriftsprache übersetzt wird. Manche können auch von den Lippen ablesen, aber das sind nur wenige. Sie sind für die gleichberechtigte Teilhabe existenziell darauf angewiesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen war es gut und richtig – das war auch ein Punkt, den wir damals ausdrücklich im hessischen Gleichstellungsgesetz gelobt haben –, dass diese Regelung aufgenommen wurde, dass die gehörlosen Eltern beim Kontakt mit der Schule entsprechende Unterstützung bekommen.

Was ich jetzt nicht verstehe: weshalb Sie gegenüber dem, wie ich finde, durchaus sinnvollen und sehr notwendigen Vorschlag der SPD, dieses auf Kindertagesstätten zu erweitern, einwenden, dazu bräuchten wir kein Gesetz.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir haben es – ob das richtig oder falsch ist, ob es notwendig oder nicht notwendig ist – im Gesetz für die Kommunikation mit der Schule stehen. Dann ist es doch nur folgerichtig – unabhängig davon, ob es notwendig ist oder

nicht –, in das Gesetz hineinzuschreiben, dass es auf Gespräche mit den Kindertagesstätten erweitert wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Denn wir müssen auch in Rechnung stellen: Die behinderten Menschen sind vielleicht geneigt, das Gesetz ernst zu nehmen. Wenn sie in der entsprechenden Vorschrift nur finden: „Ich bekomme die entsprechende Hilfe nur bei der Kommunikation mit der Schule“, und die Kommunikation mit der Kindertagesstätte dort nicht erwähnt ist, dann bedeutet das im Umkehrschluss, dass es auch nicht gefördert wird. Wenn wir wollen, dass sie es wahrnehmen können, dann müssen wir es in das Gesetz hineinschreiben. Das hilft den Kindern, das hilft den Eltern, und das hilft den Kindertagesstätten. Der Aufwand ist überschaubar. Der Gewinn für die Betroffenen ist unschätzbar. Deswegen unterstützen wir den Vorschlag im Gesetzentwurf der SPD. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Jürgens. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es wurde vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 4:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern (Hess. Nichtraucherschutzgesetz – NIG) – Drucks. 16/6928 –**

verbunden mit dem **Tagesordnungspunkt 8:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zum Schutz vor den Folgen des Passivrauchens (Hessisches Nichtraucherschutzgesetz) – Drucks. 16/6968 –**

Zur Einbringung des GRÜNEN-Gesetzentwurfs gebe ich Frau Kollegin Schulz-Asche das Wort. Die Redezeit beträgt 15 Minuten.

#### Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass Passivrauch gesundheitsschädlich ist, wird heute von niemandem mehr bestritten, selbst nicht mehr von der Tabakindustrie. Das ist auch gut so.

Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf den Rauchern und Raucherinnen das Rauchen nicht verbieten. Aber wir wollen überall dort, wo sich Menschen ohne gesundheitsschädliche Atemluft zusammensetzen wollen oder müssen, für eine saubere, eine bessere Luft sorgen. Das ist die Intention unseres Gesetzentwurfs.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sind in Deutschland in dieser Frage leider Nachzügler. Natürlich hat das auch immer, wie alles im Leben, Vor- und Nachteile. Es hat also auch etwas Gutes. Wir haben nämlich eine ganze Reihe europäischer Vorbilder, wie dort die Rauchverbote durch-

gesetzt, umgesetzt und geregelt wurden. Meine Fraktion hat sich die Nichtraucherchutzregelung aus Italien zum Vorbild genommen.

Meine Damen und Herren, im Sommer haben noch einige gesagt: „Na ja, wenn man in Sizilien irgendwo vor die Kneipe geht, ist es warm.“ Nun haben auch die Ersten aus dem Winterurlaub in den italienischen Alpen ihre Erfahrungen mitgebracht, und man hat gesehen: In Italien funktioniert es sehr gut. Deswegen haben wir uns an dieser Regelung orientiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern zunächst ein generelles Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen. Da ist es glücklicherweise auch in der Diskussion schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden. Wir fordern aber auch ein Rauchverbot in der Gastronomie. Wir sehen allerdings auch Ausnahmen vor. Wir sehen zum einen vor, dass es möglich ist, in gesonderten Räumen, die gekennzeichnet sind und die mit einer speziellen Belüftungstechnik ausgestattet sind, Ausnahmen zuzulassen. Das ist sozusagen ein Lex Wintermeyer.

(Michael Boddenberg (CDU): Der ist draußen und raucht eine!)

Herr Wintermeyer ist gerade hinausgegangen, wahrscheinlich eine Zigarette rauchen. Aber er ist bisher der einzige Mann, den ich kenne, der eine Unterdruckluftpumpe hat. Von daher denke ich, dass wir mit unserer Lex Wintermeyer einen Vorschlag machen, der unter Umständen auch den Rauchern zugute kommt. Ich sage Ihnen aber auch gleich dazu, dass es inzwischen Untersuchungen über diese Belüftungstechniken gibt und es danach durchaus fraglich ist, inwieweit hier tatsächlich dafür gesorgt werden kann, dass in den anderen Räumen keine krebserzeugenden Stoffe auftauchen. Auch wenn wir nach Italien gucken, dann sehen wir, dass dort letztendlich nur 2 % der Gastronomen von dieser Regelungsmöglichkeit Gebrauch gemacht haben.

Weitere Ausnahmen sehen wir in öffentlichen Räumen vor, die privat genutzt werden. Das ist z. B. in Altenheimen der Fall. Es ist aber auch im Gefängnis der Fall. Man kann einem Strafgefangenen nicht sagen: „Geh einen Moment vor die Tür und rauche eine.“ Auch hier muss man sehen, dass man Möglichkeiten schafft, dass der Raucher oder die Raucherin selbst entscheiden kann, ob er oder sie in privat genutzten Räumen rauchen darf.

Gerade da orientieren wir uns an der italienischen Lösung. Wir sind der Meinung, dass der Betreiber einer Einrichtung bzw. der Gastwirt für die Umsetzung des Rauchverbots hauptverantwortlich sein sollte. Hier haben die Italiener eine sehr lebenspraktische Lösung gefunden. Ein Wirt, aber auch ein Hausmeister kann von seinem Hausrecht Gebrauch machen, bevor er gezwungen ist, die Polizei zu rufen. Das unterscheidet ihn von einem Gast, der sich durch einen neben ihm sitzenden Raucher belästigt fühlt.

Von daher denke ich, dass die Italiener hier eine sehr lebenspraktische Lösung gefunden haben, der wir uns anschließen. Wir sehen natürlich auch Sanktionen für die Raucherinnen und Raucher vor, die das Rauchverbot nicht beachten. Wir sind relativ moderat. Ich denke, dass wir noch einmal in den Ausschüssen und nach der Anhörung diskutieren müssen, ob wir auch hier dem italienischen Modell folgen. Dort ist es so, dass die Strafen erhöht werden, wenn in Gegenwart von Kindern geraucht wird.

Das haben wir bisher nicht vorgesehen. Unsere Lösungen sind relativ moderat.

Insgesamt freue ich mich, dass sich zumindest zwischen der SPD und uns inzwischen eine sehr weitgehende Übereinstimmung abzeichnet. In der letzten Zeit sind einige sehr umfassende Vorgaben gemacht worden. Auch die Gesundheitsminister haben sich auf weitgehende Eckpunkte geeinigt, die, denke ich, genau dem entsprechen, was auch unser Gesetz vorsieht. Wir streben weiterhin eine bundeseinheitliche Lösung an. Wir sehen zu, dass die Ländergesetzgebung möglichst so einheitlich wird, dass es nicht zu Unsicherheiten darüber kommt, welche Regelungen in den einzelnen Ländern gültig sind.

Meine Damen und Herren, während die Rauchverbotsfrage für den Bereich der öffentlichen Einrichtungen weitgehend abgehandelt ist – ich denke, darüber wird nicht mehr intensiv diskutiert –, möchte ich noch einmal auf den Bereich der Gastronomie eingehen, auch wegen des Gesetzentwurfs, den die FDP dazu eingebracht hat.

(Nicola Beer (FDP): Ein sehr guter Gesetzentwurf!)

– Fragen Sie einmal ein bisschen herum. Fragen Sie einmal die Krebsforschungsgesellschaft und die Ärzte, die täglich mit Krebskranken zu tun haben.

(Nicola Beer (FDP): Fragen Sie die DEHOGA!)

– Ja, auf die DEHOGA komme ich noch zu sprechen.

Meine Damen und Herren, durch die Schadstoffbelastung an einem Arbeitsplatz, an dem geraucht wird, steigt das Krebsrisiko um ungefähr 23 % an. In der Gastronomie steigt das Krebsrisiko um bis zu 50 % an. Das liegt an der Dauer und der Stärke der Belastung. Wenn Sie einen Abend in einer Diskothek verbringen, rauchen Sie – nur durch den Passivrauch – ungefähr eine Schachtel Zigaretten.

(Michael Boddenberg (CDU): Wir müssen noch über den Lärmschutz in Diskotheken reden!)

Wenn Sie sich diese Belastung vor Augen führen, wird deutlich, dass man hier aus gesundheitspolitischen Gründen tätig werden muss.

Es gibt auch keinen anderen Gewerbebereich, in dem so hohe Feinstaubbelastungen überhaupt erlaubt wären und wo es so unzulängliche Regelungen für schwangere Beschäftigte gibt. Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es fast schon ein Skandal, wenn der Vertreter der DEHOGA in der Anhörung letzte Woche sagte, das Problem mit den Beschäftigten habe man noch nicht gelöst, darum müsse man sich noch kümmern. Nach zwei Jahren Diskussion dieses Themas in der Öffentlichkeit ist das für einen Arbeitgeberverband wirklich ein Skandal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wollte noch mit einem anderen Argument aufräumen, das von der FDP und der DEHOGA gerne vorgebracht wird. Ich halte die Regelung, die Sie jetzt anstreben, nämlich die Freiwilligkeit zu verlängern, für ein ganz großes Mittelstandsvernichtungsprogramm. 16 % der DEHOGA-Mitglieder haben sich an der freiwilligen Lösung beteiligt. Jetzt wirft die DEHOGA der Politik vor, sie sei schuld. Nein, die DEHOGA selbst hat ihren Mitgliedern Angst gemacht und ihnen gesagt: „Wenn ihr euch auf die Rauchverbote einlasst, dann werdet ihr Kundschaft verlieren. Dann werden eure Läden schließen müssen.“ Ge-



nau das ist die Angst, mit der die DEHOGA gearbeitet hat, und zwar wider besseres Wissen.

(Florian Rentsch (FDP): Quatsch! Das ist Unsinn!)

– Herr Rentsch, in Irland sind die Umsätze heute höher als vor Einführung des Rauchverbots.

(Florian Rentsch (FDP): Darum geht es doch überhaupt nicht!)

Die Zahl der Beschäftigten ist dort nach der Einführung kurzfristig um 1 % zurückgegangen und liegt heute – drei Jahre später – 3 % über der Ausgangszahl. In Norwegen hat es trotz massiver Preiserhöhungen bei den alkoholischen Getränken durch das Rauchverbot keine Umsatzeinbrüche gegeben. In Kalifornien, wo es in Restaurants seit 1995 und in Bars seit 1998 ein Rauchverbot gibt, sind deutliche Anstiege der Umsätze und ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Beschäftigten zu verzeichnen. Ähnlich ist es in New York.

Meine Damen und Herren, wenn wir einen Blick auf Deutschland werfen, sehen wir, dass die Umsätze in der kleinen und mittleren Gastronomie seit Jahren zurückgehen. Das hat nichts mit dem Rauchverbot, sondern mit veränderten Lebensverhältnissen und Interessen der Kundschaft zu tun. Nicht nur, dass viele Gäste nicht mehr nach Rauch stinken wollen, wenn sie nach Hause kommen. Die veränderte Lebensform besteht auch darin, dass Vati abends nach dem Abendessen nicht mehr zum Stammtisch geht und Mutti in die Küche und dann die Kinder ins Bett bringt, sondern dass Familien heute versuchen, so viel Zeit wie möglich gemeinsam zu verbringen. Dazu gehört auch die Gestaltung des Abends.

Meine Damen und Herren, dass die Systemgastronomie dieses Phänomen längst erkannt hat und inzwischen zu 70 % rauchfrei ist, sollte gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in der Gastronomie aufhorchen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere die DEHOGA auf, sich eher an den bayerischen Kollegen zu orientieren. Siegfried Gallus, der Präsident des bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, hat am Wochenende im „Tagesspiegel“ einen Leserbrief geschrieben, aus dem ich kurz vorlesen möchte.

Die Argumentation für ein Nichtraucherschutzgesetz gründet auf der berechtigten Gesundheitsvorsorge gegenüber Gästen und Mitarbeitern. Da ist die Forderung nach einem generellen Rauchverbot die einzig ehrliche. Unsere Branche hängt sicher nicht vom Wohl und Weh eines Rauchverbots ab. Wir müssen mehr denn je in unseren Betrieben eine besondere Atmosphäre zaubern und kulinarische Genüsse anbieten, die ein Gast woanders so nicht finden kann. Lassen Sie uns weniger die Probleme eines Rauchverbots suchen, sondern als professionelle Gastgeber die darin liegenden Chancen nutzen.

Meine Damen und Herren, das ist eine Beratungstätigkeit, die ein Arbeitgeberverband für seine kleinen und mittleren Betriebe leisten muss, im Gegensatz zu dem, was Sie – FDP und DEHOGA – uns hier in Hessen vorlegen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Meine Damen und Herren, als in Irland die Diskussion um die Rauchverbote begann, lag die Zustimmung der Bevölkerung bei 40 %. Das war auch in Deutschland so. Als in Irland die Rauchverbote eingeführt wurden, lag die Zustimmung der Bevölkerung bei 60 %. Das ist im Moment in Deutschland auch so. Heute liegt die Zustimmung der Bevölkerung in Irland bei über 90 %. Wir Politiker sollten doch froh sein, dass es uns gelingen könnte, eine über 90-prozentige Zustimmung für eine politische Maßnahme in Deutschland zu erreichen. Lassen Sie uns deswegen schnell und konsequent einen guten Nichtraucherschutz in Hessen umsetzen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche. – Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Rentsch zur Einbringung des FDP-Gesetzentwurfs das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Jetzt hatte ich gedacht, dass mir der Kollege Al-Wazir das Pult wieder richtig hochfährt, aber das war anscheinend nur ein Einmaljob. Schade.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie haben bei einem recht: Wir sind bei der Frage, dass wir endlich ein Rauchverbot hier im Landtag brauchen, nicht weit genug. Das ist eine wichtige Regelung. Sie hätte nämlich einen Vorteil. Der Raum wäre deutlich voller, denn die Kollegen – beispielsweise von den GRÜNEN –, die gerade draußen stehen und rauchen, wären hier drinnen.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre sinnvoll, dieser Debatte zu lauschen, die – da haben Sie recht – deutlich weitere Dimensionen hat. Es geht um Gesundheitsgefährdung und Vorsorge. Darin sind wir uns, glaube ich, einig.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, die Fraktion der Freien Demokraten hat hier einen Gesetzentwurf eingebracht, der vorsieht, dass wir im öffentlichen Bereich in Hessen ein Rauchverbot einführen. Das ist ein Thema, das meines Erachtens mittlerweile auch zwischen den einzelnen Fraktionen in diesem Hause – Gott sei Dank – unstreitig ist. Wir haben schon vergangenes Jahr mit einem Antrag versucht, die öffentlichen Institutionen in Hessen aufzufordern, ein Rauchverbot zu beschließen – einfach deshalb, weil sich der Bürger nicht frei entscheiden kann, ob er in einen Raum der öffentlichen Hand gehen will oder nicht. Wenn Sie ein Auto anmelden müssen, müssen Sie zur Zulassungsstelle gehen. Sie haben keine freie Wahl. Das trifft die Räume der Kommune wie die des Landes. Meine Damen und Herren, da müssen wir eine verbindliche Regelung finden. Ich bin der festen Überzeugung, dass es Aufgabe des Staates ist, die Gesundheit der Bürger nicht zu gefährden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Da sind wir uns völlig einig!)

Es wird Zeit, dass der Hessische Landtag mit gutem Beispiel vorangeht. Ein Rauchverbot im Hessischen Landtag halte ich für dringend erforderlich.

(Beifall bei der FDP)

Die Rauchpumpe von Herrn Kollegen Wintermeyer bringt da nur relativ wenig, das glaube ich jedenfalls. Aber dazu kann er vielleicht selbst Stellung nehmen. – Herr Wintermeyer, ich habe gerade von Ihrer Pumpe gesprochen. Das haben Sie nicht ganz mitbekommen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist noch nicht meine!)

– Das ist nicht Ihre. Gut, die Eigentumsverhältnisse an der Pumpe können wir noch separat klären.

Meine Damen und Herren, deshalb sind wir der Auffassung, dass wir im Rahmen der öffentlichen Hand eine Pflicht einführen müssen, in diesen Bereichen nicht zu rauchen. Eine solche Pflicht haben wir in unserem Antrag gesetzlich kodifiziert.

Frau Kollegin Schulz-Asche, jetzt will ich auf den strittigen Bereich zu sprechen kommen. Sie werfen uns vor, wir würden aufseiten der Gaststätten und Kneipen in Hessen stehen. Ich glaube, angesichts der Tatsache, dass in diesem Bereich über 100.000 Menschen beschäftigt sind, ist es nicht unbedingt schädlich, auf dieser Seite zu stehen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen gerade vorgeworfen, dass Sie ihn kaputtmachen!)

Frau Kollegin Schulz-Asche, ich glaube, es ist sinnlos, Kneipiers und Gaststättenbetreiber zu diskreditieren. Das sind anständige Berufe. Diese Menschen verrichten eine anständige Arbeit, sie sind Gastgeber für viele Menschen in unserem Bundesland. Deshalb, glaube ich, muss man das alles nicht so emotional diskutieren.

Meine Damen und Herren, eines ist doch richtig: Die Gaststätten und Kneipen haben über längere Zeit versucht, das Nichtrauchen auf freiwilligem Wege voranzutreiben. Es ist ihnen nicht so erfolgreich gelungen, wie das sicherlich viele von Ihnen und auch wir uns erhofft haben. Aber das liegt natürlich auch daran, dass das Engagement jedes Gaststättenbetreibers deutlich geringer wird, eine solche Regelung noch durchzusetzen, wenn der Gesetzgeber mit dem Verbot winkt.

Auf der anderen Seite kann man aber auch sehen, dass das Nichtrauchen in den verschiedenen Institutionen bis hin zu den sogenannten gastronomischen Ketten deutlich attraktiver wird. Wenn z. B. McDonald's ankündigt, seine Kette rauchfrei zu gestalten, ist das doch ein gutes Zeichen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Schulz-Asche, wir glauben nicht, dass es hier einer Generalschelte gegenüber der DEHOGA bedarf und dass die DEHOGA der Teufel ist, den es auszutreiben gilt. Nein, die DEHOGA hat klar gesagt – das war in der Anhörung relativ deutlich –, dass sie sich pragmatischen Lösungen nicht verschließt.

Deswegen schlägt die FDP-Fraktion vor, für Gaststätten und Kneipen eine Kennzeichnungspflicht einzuführen, so wie sie auch in anderen Bundesländern diskutiert wird.

(Beifall bei der FDP)

Worum geht es denn? Es geht darum, dass der Verbraucher, bevor er eine Gaststätte oder eine Kneipe betritt, wissen muss, worauf er sich einlässt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ein Schild an der Tür hängt, auf dem steht: „Hier wird nicht geraucht“, weiß er, dass dort auch nicht geraucht wird. Wenn aber an der Tür steht, dass es sich um eine Raucherinstitution handelt, dann muss er sich vorher entscheiden, ob er dort hineingehen und sich den Gesundheitsgefahren des Passivrauchens aussetzen möchte oder nicht.

Frau Kollegin Schulz-Asche, ich möchte hier eine Anmerkung machen, weil der Kollege der Nichtraucherinitiative – die in den letzten Wochen nicht gerade unmilitant aufgetreten ist – ständig den Kopf geschüttelt hat, wenn jemand geredet hat, der nicht seiner Meinung war. Ich glaube, dass der Nichtraucherverband in Hessen seine Jahrestagung auch jetzt schon in Nichtraucherkneipen durchführt. Er wird es auch in Zukunft nicht anders tun. Wir werden die Leute in Deutschland und in Hessen nicht dazu zwingen, in eine Raucherkneipe zu gehen. Sie können sich in unserem Bundesland frei entscheiden. Es wird keiner gezwungen, es ist die freie Entscheidung der Menschen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Schulz-Asche, wir halten es für schlecht, dass die GRÜNEN schon fast kampagnenartig gegen Gaststätten und Kneipiers vorgehen. Sie sollten sich etwas zurückhalten, denn der gute Wille ist dort vorhanden. Dieser gute Wille sollte auch motiviert werden.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Schulz-Asche, das gilt auch bei dem Thema Arbeitsstättenverordnung. Die Arbeitsstättenverordnung kodifiziert schon jetzt einen Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dieser Schutz ist im Bereich der Gastronomie eingeschränkt. Es macht Sinn, darüber zu diskutieren, wie man diese Arbeitsstättenverordnung auch für Mitarbeiter der Gastronomie erweitern kann. Wir haben das juristisch noch einmal überprüft und halten es für sinnvoll, den Mitarbeitern der Gastronomie die Möglichkeit zu geben, wenn dort geraucht wird, zu sagen, dass sie dort nicht arbeiten möchten, solange dort geraucht wird. Die Zigarettenindustrie hat bei unserer Anhörung gesagt, dies sei kein juristisch gangbarer Weg. Wir haben das nachgeprüft und sehen das anders. Das sollten wir in der weiteren Anhörung diskutieren.

Frau Schulz-Asche, erwecken Sie nicht den Eindruck, als ob Sie sozusagen erpicht darauf wären, dass es gangbare Wege gebe, wie man die Arbeitsstättenverordnung weiterentwickelt. Sie wollen das doch gar nicht. Sie wollen ein striktes Rauchverbot. Werfen Sie deswegen doch der DEHOGA nicht vor, dass sie sich darüber keine Gedanken gemacht hat. Sie wollen ein striktes Rauchverbot. Insofern braucht man über die Arbeitsstättenverordnung aus Ihrer Sicht überhaupt nicht zu diskutieren.

Mit unserem Gesetzentwurf haben wir einen Vorschlag gemacht, der sehr praktikabel, sehr einfach ist und immerhin auch auf die freie Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land Rücksicht nimmt. Wir werden keinen zwingen, in ein Raucherrestaurant zu gehen. Wir werden den Verbraucherschutz dadurch stärken, dass die Menschen sich frei entscheiden können. Das, was die GRÜNEN in ihrem Gesetzentwurf mit diesen Ausnahmeregelungen vorschlagen, wird wieder dazu führen, dass

wir zig Ausnahmeregelungen bekommen, wo geraucht werden darf und wo nicht geraucht werden darf. Was wir brauchen, ist eine einfache und praktikable Regelung, so wie die Kennzeichnungspflicht, die die FDP hier vorschlägt. Das ist auch deshalb richtig, weil andere Bundesländer wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen unser Vorbild auch diskutieren.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es wird deshalb dort diskutiert, weil es sich um eine einfache und praktikable Regelung handelt, die auch auf die Bedürfnisse von Rauchern Rücksicht nimmt. Frau Schulz-Asche, seien wir doch an dieser Stelle einmal ehrlich. Was Sie eigentlich wollen – das können Sie dann auch sagen –, ist doch, das Rauchen insgesamt zu verbieten. Das wäre dann auch konsequent. Es ist doch eine irrwitzige Diskussion, dass wir sagen, wir wollen dort und dort und dort nicht mehr rauchen. Eigentlich sagen Sie doch mit Ihrer Argumentation, Rauchen ist so gefährlich, dass man es generell verbieten muss. Wenn Sie das sagen würden, fände ich das auch konsequent.

Dann kommen wir in die Diskussion, wie wir überhaupt in unserem Land mit legalen Drogen umgehen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Bald werden wir nicht mehr leben dürfen!)

Was machen wir mit Alkohol? Sagen wir auch, dass wir demnächst den Leuten den Alkoholenuss verbieten wollen?

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ist es das Nächste, was von den GRÜNEN kommt? Ich weiß es nicht, aber ich könnte es mir gut vorstellen. Es geht genau um diese Diskussion, wie eigenverantwortlich sich die Menschen in unserem Land verhalten, ob sie mit legalen Drogen umgehen können oder nicht. Wir glauben, dass das der Großteil der Menschen in unserem Land kann. Wir wollen den Menschen nicht alles verbieten, so wie es die GRÜNEN gerne hätten.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Schulz-Asche, ich fand es schön, dass Sie dann noch gesagt haben – und Herr Kollege Dr. Jürgens hat gerade in einem Zwiegespräch ähnlich argumentiert –, dass in Irland die Absatzzahlen gestiegen seien. Wirtschaftsförderung durch Prohibition gibt es nur bei den GRÜNEN. Das ist einmalig, und es ist kein Rezept, auf das die Liberalen in unserem Land setzen.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Quatsch!)

Wirtschaftsförderung durch Prohibition sollten wir in Irland belassen. Da gehört es auch hin. In Deutschland sollte das nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind bei der Debatte um den Nichtrauchererschutz deutlich weiter, als wir es heute im Landtag zeigen. Wir sind uns in einem wichtigen Bereich einig, das ist der der öffentlichen Hand. Die SPD hat bisher gar keinen Vorschlag zu Gaststätten gemacht. Es gab auch in der Fraktion keine Mehrheit dafür. Mittlerweile ist das anders, das begrüße ich auch. Herr Kollege Dr. Spies, es ist auch wichtig und richtig, dass Sie mittlerweile eine andere Meinung haben. Ich halte es für begrüßenswert, dass sich mittler-

weile auch die SPD-Fraktion im Rahmen des Nichtrauchererschutzes weiterentwickelt hat.

Wir sind uns also im Bereich der öffentlichen Hand einig. Der Bereich der Gaststätten bedarf keiner generellen Rauchverbotsregelung.

(Beifall bei der FDP)

Wir können die Raucher und Nichtraucher durch eine einfache Regelung voneinander trennen. Es ist für beide ein Markt da. Als Nichtraucher sage ich ganz offen, dass für sie ein größerer Markt vorhanden ist. Die Raucher werden immer weniger. Das ist nachvollziehbar, weil auch die Gastronomie merken wird, dass es keine wirtschaftlichen Einbußen gibt. Das sehe ich ähnlich wie Frau Kollegin Schulz-Asche. Es kann nicht darum gehen, den Menschen mit immer mehr Verboten vorzuschreiben, was sie zu tun und was sie zu lassen haben.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie doch den paar Raucher kneipen, die es dann in unserem Bundesland noch gibt, eine Zukunft. Wir werden uns dort sicherlich abends nicht treffen. Aber die Raucher, die dort gerne hingehen möchten, sollen das auch tun können. Wir als Liberale werden ihnen nicht vorschreiben, was sie tun oder lassen sollen.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend ein Wort an die Gesundheitsministerin. Frau Lautenschläger, die Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gehen zurzeit mit gutem Beispiel voran. Wir glauben, dass diese Kennzeichnungspflicht, wie wir sie auch vorschlagen, der richtige Weg ist. Wir würden uns von Ihnen wünschen, dass Sie dem Beispiel Ihrer Kollegen aus zwei FDP-mitregierten Bundesländern folgen. Das ist gut für die Gaststätten in unserem Bundesland. Das ist gut für die Kneipiers in unserem Bundesland, aber es ist auch gut für die Verbraucher. Bei dieser Initiative geht es letztendlich um Verbraucherschutz.

Wir wollen die Nichtraucher vor unnötigem Passivrauch schützen. Sie müssen wissen, auf was sie sich einlassen. Das wird mit unserem Gesetzentwurf erreicht. Das ist ein Entwurf, auf den auch Sie sich einlassen können. Springen Sie doch über Ihren Schatten, falls es einen geben sollte, und machen Sie mit; denn es ist wirklich eine sehr einfache und praktikable Lösung.

Abschließend sage ich noch einmal an die Kollegin Schulz-Asche: Lassen Sie uns doch keinen Kampf aufmachen, ob die Gaststätten und die DEHOGA die Bösen in der Debatte sind. Die DEHOGA hat doch klar gesagt, dass sie bereit ist, an einer vernünftigen Lösung mitzuarbeiten. Dass die DEHOGA jetzt den Vorschlag der FDP-Fraktion unterstützt, dafür können wir nichts. Das ist nun einmal so.

Meine Damen und Herren, machen Sie doch bitte mit, wenn es um vernünftige Regelungen geht, und versuchen Sie nicht, die DEHOGA in eine Ecke zu stellen nach dem Motto: „Sie sind nicht belehrbar.“ Es ist sehr viel Gesprächsbereitschaft vorhanden, und die sollten wir nutzen, um gemeinsam mit den Gaststättenbetreibern und Kneipiers in Hessen zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)



**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Kollegin Schulz-Asche zu Wort gemeldet.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Geburtstagskinder haben andere Rechte,

(Zurufe: Ah!)

sonst hätte ich jetzt anders zurückgekeilt.

(Heiterkeit)

Ich habe mich wegen drei Punkten gemeldet. Zunächst möchte ich noch einmal darstellen, dass, seitdem wir bei uns in der Fraktion die Diskussion begonnen haben – es sind nicht nur Nichtraucher, sondern wir haben wie alle anderen einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess geführt –

(Zuruf von der CDU)

– Das zeichnet die GRÜNEN ja gerade aus, dass sie in der Lage sind, gesellschaftliche Debatten zur Not auch stellvertretend für Volksparteien zu führen. Dafür ist der Nichtraucherschutz ein gutes Beispiel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wollte darauf hinweisen, dass die rauchenden Mitglieder meiner Fraktion alle da waren, bis auf einen, der in einer Besuchergruppe saß, und alle Nichtraucher waren sowieso hier. Von daher stimmt der erste Vorwurf schon nicht mehr.

Ich möchte mich ganz massiv gegen einen Punkt wehren. Passivrauchen ist gesundheitsschädlich, und es geht darum, passiv rauchende Menschen, wo immer es auch geht, vor diesen Folgen zu schützen. Das ist eines der wichtigsten gesundheitspolitischen Ziele. Hier geht es nicht um Prohibition, sondern um Verbraucherschutz, um Gesundheitsschutz. Es geht nicht darum, Raucherinnen und Rauchern das Rauchen zu verbieten. Wenn es um den Konsum von Haschisch geht, argumentieren Sie ganz anders.

Wir sind der Meinung, jeder Mensch kann mit seiner Gesundheit machen, was er möchte. Er darf es aber nicht auf Kosten der neben ihm Sitzenden oder der Menschen machen, die mit ihm zusammen in einer Kneipe oder in einer Diskothek sind. Das ist der ganz entscheidende Punkt, über den wir heute reden. Wir reden hier nicht über Alkoholverbote, sondern über Passivrauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Schulz-Asche, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich möchte den Vorwurf zurückweisen, wir würden hier Gastwirte diskreditieren. Die Gastwirte haben Angst um ihre Existenz, und Sie versuchen sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Niedersachsen und jetzt als FDP in Hessen, genau die Existenzangst dafür auszunutzen, um Rauchverbote zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns von vernünftigen Lösungen in Europa lernen. Lassen Sie uns von Italien lernen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Rentsch hat die Gelegenheit zur Antwort.

**Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Schulz-Asche, ich glaube, vom Fußballweltmeister können wir vieles lernen. Ob wir im Rahmen der Debatte über das Rauchen in Italien nach Vorbildern suchen sollten, weiß ich nicht. Aber darüber brauchen wir hier nicht zu diskutieren. Ich will Ihr Ansinnen überhaupt nicht diskreditieren, auch wenn ich den Umgang mit den Gastwirten, den Sie, gerade in Ihrer Eingangsrede, deutlich gemacht haben, für bedenklich halte. Aber lassen wir es dabei.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen und eine Frage stellen, auf die ich gern eine Antwort hätte. Was ist denn mit einer Eckkneipe – von denen es in der Wiesbadener Goldgasse relativ viele gibt –, in der der Gastwirt sein eigener Angestellter ist, weil er sie zusammen mit seiner Frau betreibt? Eine solche Kneipe habe ich letzte Woche besucht. Dieser Gastwirt sagt: Ich habe gar keine Mitarbeiter, die ich schützen muss; meine Gäste und ich, wir alle rauchen.

Wir alle sind uns einig, dass das nicht gesundheitsfördernd ist. Aber muss man denn diesem Kneipier und seinen Gästen verbieten, dass dort geraucht wird? Es ist doch absurd, was wir hier machen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine typisch deutsche Diskussion nach dem Motto „schwarz oder weiß“. Das ist eine typisch deutsche Diskussion, in der es eine Idee gibt, die dann sozusagen durch die „Bild“-Zeitung gejagt wird. Dann sagen auf einmal alle: Es muss alles verboten werden.

Frau Schulz-Asche, das machen wir Liberale nicht mit, und das sehen viele Menschen in dieser Gesellschaft genauso wie wir. Deshalb sage ich: Wir können über den Arbeitnehmerschutz reden, wenn es um die Mitarbeiter geht. Aber auf dieses konkrete Beispiel hätte ich gern eine Antwort von Ihnen, weil Sie mir und diesem Kneipier erklären müssen, warum Sie ihm das Rauchen in seiner eigenen Kneipe verbieten lassen wollen. Das ist Unsinn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Herr Kollege Dr. Spies, zur Erklärung: Bei Antworten auf Kurzinterventionen, also bei zwei Minuten Redezeit, lassen wir keine Zwischenfragen zu. Dafür gibt es nicht genug Zeit.

Als nächster Redner hat Herr Kollege Gerling für die CDU-Fraktion das Wort.

**Alfons Gerling (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ende November ha-

ben wir im Hessischen Landtag die letzte Debatte über den Nichtrauchererschutz geführt. Seit dieser Zeit hat sich sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene einiges bewegt. Wir sind in Hessen auf einem guten Weg, um in den nächsten Monaten zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen.

Vorbei ist die Zeit der endlosen Debatten, die zwischen dem Bund und den Ländern geführt wurden. Eine einheitliche Regelung ist greifbar nah, und das ist gut so. Es könnte uns nämlich nichts Schlimmeres passieren, als dass wir in Deutschland nicht zu einer einheitlichen Regelung kämen. Das wäre der Fall, wenn jedes Bundesland den Nichtrauchererschutz nach seinem eigenen Gutdünken regeln würde.

(Florian Rentsch (FDP): Seit Oktober sagt die CDU das!)

Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine bundeseinheitliche Regelung. Sie hätten keinerlei Verständnis dafür, wenn z. B. in Wiesbaden andere Regelungen zum Rauchverbot gelten würden als jenseits des Rheins im rheinland-pfälzischen Mainz.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie das?)

Deshalb begrüßen wir die Einigung der Gesundheitsminister des Bundes und der Länder sehr. Kaum jemand hätte erwartet, dass es so schnell zu einem Einvernehmen kommen würde. Dies zeigt, welch einen hohen Stellenwert der Nichtrauchererschutz inzwischen hat.

Die Bürgerinnen und Bürger fordern zu Recht, dass gehandelt wird. Die Abstimmung in der Ministerkonferenz fiel einstimmig aus: 16 : 0 für den Nichtrauchererschutz. Das ist ein eindeutiges Ergebnis.

(Beifall des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Ja, meine Damen und Herren, das ist einen Beifall wert.

(Florian Rentsch (FDP): Der kam sogar von Dr. Spies!)

Herr Kollege Rentsch, wenn die Ministerpräsidenten am 22. März diesem Ergebnis der Gesundheitsminister zustimmen und Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die sich noch nicht endgültig festgelegt haben, auf ihre Sonderregelungen verzichten, steht einer bundeseinheitlichen Regelung nichts mehr im Weg.

(Beifall bei der CDU)

Das Bundeskabinett hat vor wenigen Tagen einen Beschluss zum Nichtrauchererschutz auf der Grundlage eben dieses Nichtrauchergipfels gefasst. Damit soll das Rauchen ab September in allen öffentlichen Einrichtungen des Bundes, in Fahrzeugen des öffentlichen Personenverkehrs und in Bahnhöfen verboten werden. Zudem sollen – das halten wir für besonders wichtig – auf der Grundlage eines verschärften Jugendschutzes Zigaretten nur noch an Personen über 18 Jahre, statt wie bisher über 16 Jahre, abgegeben werden dürfen. Mit diesen Maßnahmen ist der Beschluss des Bundeskabinetts ein wichtiger Schritt zu einem umfassenden Nichtrauchererschutz in den öffentlichen Einrichtungen, für die der Bund zuständig ist.

Frau Kollegin Beer, es ist also unverkennbar der feste Wille vorhanden, dass Bund und Länder an einem Strang ziehen. An den Beschlüssen des Nichtrauchergipfels hat auch die Hessische Landesregierung ihren gebührenden Anteil. Dafür möchte ich namens der CDU-Landtagsfraktion der zuständigen Ministerin Silke Lautenschläger

ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

Die Frau Ministerin hat mit dazu beigetragen, dass es rasch zu einem guten Ergebnis kam. Auch wir, die CDU-Landtagsfraktion, sind mit diesem Ergebnis des Nichtrauchergipfels sehr zufrieden. Der Konsens, der auf Länderebene erreicht worden ist, sieht ein Rauchverbot in Schulen – das wir allerdings schon haben –, Kindertagesstätten, Theatern, Kinos, Museen, Krankenhäusern, Pflegeheimen sowie in Verwaltungseinrichtungen von Ländern und Kommunen vor. Ich betone „und Kommunen“. Ausnahmen vom Rauchverbot sollen nur zulässig sein – Frau Kollegin Schulz-Asche hat schon darauf hingewiesen –, wenn konzeptionelle oder therapeutische Gründe das rechtfertigen oder wenn die Privatsphäre gewahrt werden muss.

Hervorheben möchte ich hier das Rauchverbot in Diskotheken, da dort insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene einer besonderen Gefährdung ausgesetzt sind. Deshalb ist ein Rauchverbot dort besonders geboten.

(Nicola Beer (FDP): Die sind nicht nur in Kneipen gefährdet, sondern auch auf den Straßen!)

Einen klaren Beschluss hat man auch hinsichtlich des Rauchverbots in Gaststätten gefasst. Gastronomische Einrichtungen sollen, unabhängig von Größe und Betrieb, grundsätzlich rauchfrei werden. Ausnahmen vom Rauchverbot in Gaststätten soll es nur noch geben, wenn komplett abgetrennte und entsprechend deklarierte Räume vorhanden sind.

(Nicola Beer (FDP): Wenn der Gastwirt den nicht hat?)

Meine Damen und Herren, über das Rauchverbot in Gaststätten haben wir bisher sehr strittig diskutiert. Bisher ist die Drogenbeauftragte der Bundesregierung davon ausgegangen, dass die freiwillige Selbstverpflichtung des Hotel- und Gaststättenverbands zu einer Verbesserung des Nichtrauchererschutzes führen würde.

Herr Kollege Rentsch, laut dieser freiwilligen Selbstverpflichtung sollten bis zum 1. März dieses Jahres 60 % der Speisegaststätten zu 40 % Nichtraucherplätze anbieten. Das Ergebnis der neuesten repräsentativen Untersuchung zeigt aber deutlich, dass ein Nichtrauchererschutz ohne gesetzliche Regelungen nicht zu erreichen ist.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gerade einmal jedes zehnte Speiselokal bietet Plätze für Nichtraucherinnen und Nichtraucher an. Das selbst gesteckte Ziel ist also weit verfehlt worden.

Auch die CDU-Landtagsfraktion ist bisher davon ausgegangen, dass man den Nichtrauchererschutz in Gaststätten eher auf freiwilliger Basis regeln könne. Aber aufgrund dieser ernüchternden Ergebnisse sind auch wir für eine gesetzliche Regelung in der Gastronomie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der vorherigen Woche fand im Sozialpolitischen Ausschuss die Anhörung zum Gesetzentwurf der SPD zum Schutz vor den Folgen des Passivrauchens statt, in der zwei Aspekte deutlich wurden. In den Stellungnahmen mehrerer Verbandsvertreter wurde eine umfassende gesetzliche Regelung auch für die Gastronomie gefordert. Dadurch sollen die Gäste, nicht zuletzt aber auch die in

dieser Branche Beschäftigten, vor den gefährlichen Schadstoffen geschützt werden, die im Tabakrauch enthalten sind.

Besonders aufschlussreich waren die Ausführungen der Vertreter des in Heidelberg ansässigen Deutschen Krebsforschungszentrums, deren Messungen in 100 Gastronomiebetrieben und in Fernreisezügen ergaben, dass die Raumluft dort so stark mit Schadstoffen belastet war, dass ein Industriebetrieb, sollte er eine vergleichbare Belastung aufweisen, geschlossen werden müsste, oder die Mitarbeiter müssten Schutzmasken mit Atemfilter tragen. In der Gastronomie sind die Mitarbeiter diesen Schadstoffen ungeschützt ausgesetzt, obwohl bekannt ist, dass Tabakrauch krebserregende, erbgutverändernde und fruchtschädigende Substanzen enthält.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, ist sicherlich einleuchtend. In Deutschland wünschen sich laut einer Umfrage des Deutschen Krebsforschungszentrums zwei Drittel der Bevölkerung rauchfreie Gaststätten. Selbst unter Rauchern nahm die Zustimmung zu rauchfreien Gaststätten zu. Auch das Argument, rauchfreie Gaststätten würden zu Umsatzeinbußen in der Gastronomie führen, wurde in der Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses von Fachleuten widerlegt. Im Gegenteil, Erfahrungen im Ausland zeigen, dass die Umsätze dort, wo das Rauchen in Gaststätten untersagt wurde, stabil blieben, ja sogar gesteigert werden konnten. Somit wurden auch die Arbeitsplätze nicht gefährdet.

Sicherlich ist für das Rauchverbot in der Gastronomie ein striktes Umdenken in den Betrieben, aber auch bei den Gästen erforderlich. Aber die Beispiele aus dem Ausland lassen erwarten, dass das funktioniert und auch recht schnell von den Gaststättenbesuchern akzeptiert wird.

Da Herr Kollege Rentsch so leidenschaftlich für die Eckkneipen votiert hat, möchte ich sagen: Ich habe dieser Tage mit einem mir bekannten Ehepaar – Gastwirten – gesprochen, das solch eine kleine Eckkneipe betreibt. Auch sie waren zunächst von einem Rauchverbot in Gaststätten nicht besonders angetan, da sie, wie viele ihrer Gäste, selbst starke Raucher sind und die Wirtschaft entsprechend verräuchert ist.

(Heiterkeit)

– Ja, das ist so, im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist eine total verräucherte Kneipe.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Räucherfisch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie sagten mir aber auch, sie befürchteten, wenn in der Gaststätte nicht mehr geraucht werden dürfe, dass an der Biertheke mit weniger Gästen zu rechnen sein werde. Andererseits sagten sie, es fänden sich bestimmt mehr Gäste zum Essen ein, da sie als gutes Speiselokal bekannt seien und mancher Gast wegen der vielen Raucher bisher weggeblieben sei.

(Nicola Beer (FDP): Aber dann können sie sich doch als Nichtraucherlokal kennzeichnen!)

Meine Damen und Herren, an diesem Beispiel sieht man, dass selbst die Gastronomie ein Rauchverbot differenziert beurteilt. Ein Großteil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger steht hinter dem Rauchverbot in der Gastronomie, und das sollten wir auch bei der Gesetzgebung entsprechend berücksichtigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses hat ein Zweites deutlich werden lassen: Die Mehrheit der Verbandsvertreter fordert eine bundesweit einheitliche Regelung und lehnt separate Vorstöße einzelner Bundesländer ab.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das deckt sich auch mit der Forderung der CDU-Landtagsfraktion. Wir haben uns von Anfang an für eine bundeseinheitliche Lösung ausgesprochen, denn Kleinstaaterei darf es bei dem Nichtraucherschutz nicht geben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man konnte bei der Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses vom Vertreter des Hessischen Städtetags, der angemerkt hat, die Kommunen würden den Nichtraucherschutz in eigener Kompetenz regeln, ein wenig enttäuscht sein. Im Hinblick auf eine bundeseinheitliche Regelung müssen alle an einem Strang ziehen, und in unseren hessischen Kommunen muss dann das hessische Nichtraucherschutzgesetz uneingeschränkt gelten.

Ich will nun an einem Beispiel deutlich machen, zu was das im Einzelnen führen kann. In Darmstadt wurde jetzt bekannt – das war in der Presse zu lesen –, dass in Jugendzentren ein stufenweises Rauchverbot eingeführt werden solle, da dies die Problemlagen der Jugendlichen in Jugendhäusern besser berücksichtige. – Und so etwas wird auch noch von der Stadtregierung aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP unterstützt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja, auch von mir! – Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn aber ab Januar ein hessisches Gesetz gilt, dann muss das in allen Kommunen gelten, und es darf keine Sonderregelungen geben.

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Gerling, entschuldigen Sie bitte. – Meine Damen und Herren, jetzt wird es hier extrem laut. Ich möchte Sie bitten, entweder nach draußen zu gehen – was Sie dort auch immer machen, ist mir egal – oder dem Redner weiter zuzuhören. – Herzlichen Dank.

#### **Alfons Gerling (CDU):**

Meine Damen und Herren, es stehen heute zwei weitere Gesetzentwürfe, nämlich der der GRÜNEN und der der FDP, zur Debatte, nachdem die SPD zu diesem Thema bereits im November einen Gesetzentwurf eingebracht hat. Der SPD-Entwurf war der Erste, aber –

(Unruhe)

– Frau Kollegin Wagner, würden Sie mir freundlicherweise zuhören? Ich bitte darum.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ich höre Ihnen doch zu!)

Der SPD-Entwurf war zwar der Erste, aber er war auch ein Schnellschuss. Zudem enthält er keine Regelung für die Gastronomie, daher hat er auch keine Chance, hier eine Mehrheit zu finden.



Herr Kollege Dr. Spies, aber eines wollen wir Ihnen doch zugutehalten. Sie haben mit Ihrem Entwurf das Thema als Erster aufgegriffen, und die Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses hätte sonst erst einige Wochen später stattgefunden. Das Erstgeburtsrecht wollen wir Ihnen gerne zugestehen.

Meine Damen und Herren, ich sage nun etwas zu dem Gesetzentwurf der FDP. Wir sind hier für eine klare Regelung, und wir hoffen, dass sich die FDP noch etwas bewegen wird. Wir hoffen auch, dass die Ministerpräsidenten nun am 22. März in Berlin endgültig über die Beschlüsse des Nichtraucherschutzgipfels entscheiden werden und dass sie auch zu klaren Ergebnissen kommen werden. Wir sollten diese Entscheidung abwarten und erst dann ein Gesetz beschließen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist mit unserem Gesetzentwurf?)

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal zu dem Gesetzentwurf der FDP sagen: Der Nichtraucherschutz in Gaststätten ist in diesem Gesetzentwurf nicht ausreichend geregelt. Die von der FDP vorgeschlagenen freiwilligen Regelungen würden letztlich dem bisherigen Versuch entsprechen, den Nichtraucherschutz auf freiwilliger Basis zu verbessern. Ich sehe aber nicht, wieso die in dem FDP-Entwurf enthaltene Freiwilligkeit zu einem besseren Ergebnis führen sollte als die bisherigen freiwilligen Regelungen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Gerling, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

#### **Alfons Gerling (CDU):**

Meine Damen und Herren, Rauchen, auch Passivrauchen, ist eines der größten gesundheitlichen Risiken sowie die größte vermeidbare Todesursache in Deutschland. Deshalb muss ein Rauchverbot auch gesetzlich geregelt werden. Die CDU wird nun die endgültige Beschlussfassung der Ministerpräsidentenkonferenz Ende März abwarten, bevor in Hessen ein weiterer Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht werden wird, der dann möglichst von allen Fraktionen mitgetragen werden sollte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen kein totales Rauchverbot, sondern einen verbesserten Nichtraucherschutz. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Gerling, vielen Dank. – Nun hat sich zu einer Kurzintervention Frau Kollegin Wagner zu Wort gemeldet. Bitte schön.

(Wortmeldung des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Frau Wagner, noch eine Sekunde. Ich muss noch ankündigen, dass sich Herr Kollege Rentsch ebenfalls zu einer Kurzintervention gemeldet hat. Herr Kollege Gerling, ich nehme an, dass Sie dann geschlossen antworten wollen. – Frau Wagner, bitte.

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Herr Gerling, ich möchte auf zwei Ihrer Bemerkungen eingehen. Zu der Frage, ob sich die FDP auf Ihren Vorschlag bzw. Gesetzentwurf hinbewege, will ich Ihnen Folgendes zur Kenntnis geben. Einer der Kollegen von der CDU hat mir in diesen Tagen einen wunderbaren Satz gesagt, den ich in diesem Zusammenhang zitieren möchte. Er hat gesagt, das Thema werde für ihn unter die Überschrift gestellt: „Die Freiheit stirbt mit dem letzten Zigarillo.“

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das habe ich nicht gesagt! – Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

– Das weiß ich. – Das macht meinen Namensvetter, Dr. Christean Wagner, so sympathisch, denn wir trauen ihm alle zu, dass er das gesagt haben könnte. Er war es aber nicht, doch findet er diesen Satz genauso schön wie ich. Ich frage Sie daher: Warum bewegen Sie sich nicht auf unseren Vorschlag zu?

Meine Damen und Herren, zu dem Thema, das Herr Gerling bezüglich der Mehrheitsentscheidung des Darmstädter Stadtparlaments und der Jugendhäuser angesprochen hat, sage ich Ihnen aus pädagogischer Sicht: Ein reines Verbot wird nicht zu dem Ziel führen, das Sie eben genannt haben – zu einer Verbesserung des Nichtraucherschutzes bzw. einem Ende des Rauchens.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben das Ziel, Jugendliche dahin zu bringen, dass sie nicht mehr rauchen. Frau Wolff, Frau Lautenschläger und ich haben vor Weihnachten eine Schule empfangen, nämlich die Offene Schule Kassel-Waldau, die mit drei Jahrgängen – mit Zwölf-, Dreizehn-, Vierzehn-, Fünfzehnjährigen; das waren 145 Schüler an der Zahl – drei Jahre lang einen Vertrag geschlossen hat, sodass 145 Kinder mittels Unterschriften durchgehalten haben und aufgrund ihrer Überzeugung zu Nichtrauchern geworden sind bzw. gar nicht erst angefangen haben.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Wagner, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Wir sind der Meinung, mit militantem und exorzistischem Umgang mit Rauchern werden wir die Nichtraucher nicht schützen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Wagner, vielen Dank. – Die nächste Kurzintervention, Herr Kollege Rentsch, bitte.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Wagner, es ist sehr leicht nachzuvollziehen, wer das von der CDU-Fraktion gesagt haben könnte, denn es gibt in der CDU nur rund fünf Leute, die Zigarillos rauchen, sodass wir einmal eine Gegenüberstellung organisieren werden, um herauszufinden, wer das war. – Meine Damen und Herren, dieses Thema zeigt aber

auf jeden Fall, dass auch die Volksparteien gespalten sind. Das liegt daran, dass es natürlich auch ein schwieriges Thema ist.

Herr Kollege Gerling, ich möchte mit zwei Punkten aufräumen, die Sie genannt haben, denn diese können wir so nicht stehen lassen. Zum Ersten wäre es natürlich schön gewesen, die Regierungsfraktion, der Sie angehören, hätte sich irgendwann einmal an der Diskussion beteiligt; denn Sie haben hier seit Oktober gestanden und haben gesagt, die CDU-Fraktion werde sich an dieser Diskussion beteiligen. Seit Oktober haben wir von Ihnen nicht gehört, wohin Sie tendieren, und das ist, in Anbetracht Ihrer heutigen Rede, auch besser so.

Meine Damen und Herren, es wäre natürlich auch schön gewesen, wenn die Mehrheit in diesem Lande sagen würde, in welche Richtung sie tendiert.

Zum Zweiten. Herr Gerling, das ist wirklich abstrus, was Sie hier vorgetragen haben. Sie haben gesagt – jeder kennt in dieser Diskussion einen Kneipeninhaber, den er als Kronzeugen vorzeigt; ich habe auch schon einen benannt, aber meinen gibt es wirklich, zu dieser Kneipe mache ich auch gern eine Führung, da diese nicht weit von hier entfernt ist –, dass Ihr Kneipier hoffe, wenn er denn keine rauchenden Gäste mehr habe, seine Umsatzeinbußen gastronomisch auffangen zu können.

Ich weiß nicht, ob Sie wirkliche Kneipen kennen, denn da gibt es Bier und Schnaps, und da sitzt oder steht man an der Theke und raucht eine Zigarette oder – auch das will ich hier nicht ausschließen – einen Zigarillo. Sie glauben doch nicht, dass solche Betriebe diese Umsatzeinbrüche durch den Verkauf von Buletten und Salzstangen auffangen könnten. Das ist doch abstrus.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie gehen in so eine Kneipe doch nicht, um zu essen, sondern um gesellig zusammen zu sein und um zusammen ein Bier zu trinken oder eine Zigarette zu rauchen. Es ist abstrus und redlich wirklich nicht zu erklären, dass diese Kneipen dann in Richtung Grand Gourmet oder Michelinltern tendieren werden und dies mit dem Verkauf von Speisen auffangen könnten. Das wird es nicht geben, und das sollten Sie auch nicht behaupten.

Herr Kollege Gerling, schon jetzt können sich Kneipen und Gaststätten zu rauchfreien Institutionen erklären. Sie können das mit ihrem Hausrecht verhängen. Ich glaube, diese brauchen deshalb keine Anregungen nach dem Motto: „Wir müssen das machen oder eben nicht.“ Das geht schon jetzt. Wir sagen aber – und deshalb haben wir den Vorschlag gemacht –, dass der Verbraucher wissen muss, worauf er sich einlässt.

(Beifall bei der FDP)

Der Verbraucher muss von vornherein wissen, ob dort geraucht wird oder nicht. Das ist die Intention unseres Gesetzentwurfs. Ich glaube, dass es nicht nur innerhalb der CDU-Fraktion, sondern bei vielen Bürgern in diesem Land eine Sympathie für unseren Entwurf gibt, weil er sehr pragmatisch ist.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Rentsch, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Die Redezeit ist abgelaufen.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Zum Schluss sage ich: Herr Gerling, geben Sie sich einen Ruck. – Ich sage nicht: Rauchen Sie eine Zigarette. – Geben Sie sich einen Ruck, denken Sie noch einmal darüber nach, ob das, was wir vorschlagen, nicht doch eine sinnvolle Geschichte ist. Denn sie ist im Rahmen des Verbraucherschutzes sinnvoll und einfach durchzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD) an Abg. Florian Rentsch (FDP) gewandt: Der Rauchersprecher der FDP! – Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP): Ich rauche doch gar nicht! Deswegen bin ich ganz locker bei dieser Frage!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Gerling, möchten Sie antworten? – Gut, dann ist als nächster Redner Herr Dr. Spies für die SPD-Fraktion an der Reihe.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht tut dieser Debatte ein bisschen mehr Gelassenheit durchaus gut. Ich glaube, dass Formulierungen wie Exorzismus, aber genauso auch Formulierungen, die sich in manchen Äußerungen gegenüber Rauchern finden – nicht hier, aber an anderer Stelle –, in der Debatte nicht weiterhelfen.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich habe mir überlegt, als ich den heutigen Tagesordnungspunkt entdeckte, ob ich nicht einfach die Rede von Ende November heraushole. Die SPD-Fraktion hat als erste Fraktion eines deutschen Gesetzgebers am 14. November letzten Jahres einen Gesetzentwurf zum Schutz vor den Folgen des Passivrauchens eingebracht. Wir haben damit ganz offenkundig Maßstäbe gesetzt; denn inzwischen befinden sich in einer Vielzahl deutscher Parlamente Gesetze im Gesetzgebungsverfahren, deren Formulierungen eine interessante Übereinstimmung mit dem Gesetzentwurf der hessischen SPD haben.

Meine Damen und Herren, dass wir es geschafft haben, nach nicht einmal 100 Tagen eine so breite Zustimmung oder eine so klare Linie, zumindest was die öffentlichen Gebäude angeht, zu erreichen, dass es so schnell und so weitreichend ist, freut uns außerordentlich. Ich darf mich bei Herrn Kollegen Gerling für das Zugeständnis des Erstgeburtsrechts ausdrücklich bedanken.

Was an dieser Stelle die Gaststätten angeht, so glaube ich allerdings, dass es das gute Recht derer ist, die vorneweg gehen, beim Vorneweggehen eine Geschwindigkeit einzuhalten, die den anderen das Mitgehen und Nachfolgen ermöglicht. Selbstverständlich trägt auch die SPD-Fraktion ein Rauchverbot in Gaststätten mit. Ich denke, es wird am Ende in Richtung des Gesundheitsministerkompromisses gehen. Allerdings warten wir, obwohl diese Frage für uns völlig unzweideutig ist – ich habe mir erlaubt, das noch rechtzeitig vor der Anhörung in der letzten Woche deutlich zu machen –, die Auswertung der Ergebnisse der Anhörung ab, bevor wir das im Detail festlegen können.

Ich glaube auch, wir tun gut daran, an dieser Stelle eine große Übereinstimmung aller Fraktionen in diesem Hause herbeizuführen. Insofern war ich etwas irritiert, dass wir zu einem Gesetzentwurf, der im Gesetzgebungs-

verfahren ist, zu dem eine Anhörung läuft und zu dem wir eine sinnvolle Einigung finden sollten, nun zwei weitere Gesetzentwürfe im Verfahren haben. Das hätte man mit Änderungen oder Vereinbarungen untereinander sehr viel einfacher und sehr erfolgreich lösen können.

Erlauben Sie mir noch zwei oder drei Bemerkungen zur Debatte vorhin. In der Anhörung haben wir festgestellt, dass es zu den Vorschlägen der SPD-Fraktion eine breite Zustimmung gibt. Auch die Frage der Gaststätten wurde bis auf ganz wenige Ausnahmen völlig einmütig diskutiert.

(Clemens Reif (CDU): Wo leben Sie denn?)

Ich nehme mit großem Interesse die Deutung von Herrn Kollegen Rentsch zur Kenntnis, die Tatsache, dass die DE-HOGA-Vereinbarung so überaus schlecht erfüllt ist, liegt daran, dass die Gesetzgeber über gesetzliche Regelungen diskutieren. Das ist ein sehr eigenartiger Vorgang. Die Erfahrung zeigt doch, dass es in dem Moment, in dem eine gesetzliche Regelung droht, ein besonderes Bemühen und Engagement gibt. Jedenfalls erleben wir das an vielen anderen Stellen.

(Florian Rentsch (FDP): So denkt nur die SPD!)

In der Regel führt das zur Intensivierung freiwilliger Vereinbarungen. Nur an dieser Stelle gelingt es überhaupt nicht, eine schon bestehende Vereinbarung zu erfüllen. Ich glaube nicht, dass hier Ursache und Wirkung in der richtigen Reihenfolge zusammengebracht wurden.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht auch einen Kneipier einführen. Von denen sind genug genannt worden. Ich erzähle lieber von einem Café-Besitzer, der die dringende Bitte hat, dass wir das Rauchen auch in Cafés vollständig verbieten.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Dr. Spies, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Beer?

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Selbstverständlich. Ich möchte aber den Gedankengang zu Ende führen. Dieser Café-Besitzer bittet dringend darum.

(Clemens Reif (CDU): Einzelfall!)

– Er ist keineswegs der Einzige; denn er kann seine Gaststätte nicht in mehrere Räume aufteilen. – Frau Beer, bitte.

(Clemens Reif (CDU): Hat er eine Toilette?)

#### **Nicola Beer (FDP):**

Herr Kollege Dr. Spies, können Sie den Gedankengang von Gastronomen nachvollziehen, dass, wenn es ohnehin ein gesetzliches Verbot des Rauchens in Gaststätten gibt, sie sich das lieber gesetzlich vorschreiben lassen, um nicht den Gästen sagen zu müssen: „Ich möchte gerne, dass du draußen rauchst oder bei mir nicht mehr rauchst“? Denn offensichtlich ist der Café-Betreiber, den Sie eben zitiert haben, auch nicht in der Lage, seinen Gästen zu sagen, dass dies ein rauchfreies Café ist.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Clemens Reif (CDU) – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Sehr verehrte Frau Kollegin Beer, selbstverständlich. Nichts Menschliches ist mir fremd.

(Heiterkeit – Florian Rentsch (FDP): Womit haben wir das verdient? – Zuruf von der CDU: Das macht Sie so sympathisch!)

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle darauf verweisen, wie überaus irrig die Vorstellung der FDP ist, das könne sich über Marktmechanismen lösen. Genau das Problem hat dieser Café-Besitzer.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Denn wenn er der Einzige ist, der sein Café rauchfrei macht, läuft er Gefahr, dass die Raucher nicht mehr kommen und die Nichtraucher, die schon seit Jahren Gaststätten nicht mehr aufsuchen, weil sie immer so verqualmt sind, noch lange nicht dorthin gehen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Genau das ist der Grundirrtum der FDP, wenn sie den Gaststättenbesitzern zumuten will, sich selbst marktmäßig zu orientieren, um irgendetwas zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich will noch etwas zur Freiwilligkeit sagen. Es wird immer so gerne das Argument gebracht, in eine Kneipe gehe man freiwillig, in öffentliche Gebäude müsse man gehen. Natürlich geht man auch in die Führerscheinstelle freiwillig. Man muss nicht Auto fahren. In der Regel ist der öffentliche Nahverkehr vorhanden. Das ist doch Unsinn.

Herr Rentsch hat es vorhin eindrucksvoll nachgewiesen: In die Kneipe, von der er sprach, geht man wegen des gemeinsamen Aufenthalts, wegen der Geselligkeit.

(Clemens Reif (CDU): Sie sind doch gar nicht gesellig!)

Herr Rentsch, ich frage Sie: Warum sollen Menschen, die asthmatische Erkrankungen haben, die einen Herzinfarkt hatten, die in irgendeiner Weise benachteiligt sind, nicht mit allen anderen von ihrem Arbeitsplatz aus, von ihrem Bekanntenkreis aus, von ihrem Umfeld aus eine Gaststätte aufsuchen können?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das dürfen sie doch!)

– Sie können es aber aus gesundheitlichen Gründen nicht.  
– Die Wahrheit ist doch völlig anders. Wenn wir uns heute der Frage stellen müssen, ob das Rauchen an Orten, an denen Leute, die keinen Rauch einatmen möchten, erlaubt sein soll, dann käme kein Mensch auf die Idee. Wir würden es eigentlich für völlig selbstverständlich halten, dass wir, sobald an einer Stelle Menschen möglicherweise nicht rauchen möchten, darauf verzichten, sie mit Rauch einzunebeln. Wir halten das in anderer Form der Produktion atmosphärischer Gase auch für völlig selbstverständlich. Nur beim Rauchen scheint es so zu sein, dass das Recht, die Umwelt zu verpesten, höher zu sehen ist als der Schutz derer, die das nicht möchten.

(Beifall der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))



Deshalb darf man den, der nicht passiv rauchen möchte, nicht in die Rolle bringen, für den Erhalt seiner Gesundheit kämpfen zu müssen, weil bereits das der diskriminierende Akt ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Kneipen gehören zum gesellschaftlichen Leben. Genau deshalb steht die Teilhabe derer, die in eine Kneipe mit Rauch nicht gehen können, höher als das Recht der Raucher, eine Kneipe zu verpestet. So einfach ist das.

(Beifall der Abg. Norbert Schmitt (SPD), Alfons Gerling und Armin Klein (Wiesbaden) (CDU) – Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Deshalb ist der Lösungsansatz der FDP völlig indiskutabel; denn er ändert gar nichts, jedenfalls bei den Gaststätten. Er führt uns leider überhaupt nicht weiter.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt sagen, was die Verbote der Prävention angeht. Ich unterstütze ganz entschieden alle Bestrebungen, die auf die Vermeidung des Neueinstiegs in das Rauchen und die Therapie von Rauchverhalten aus sind. Die Hessische Landesstelle für Suchtfragen hat sehr deutlich gesagt: Wir reden bei Rauchern immer von Prävention im Sinne einer Sekundärprävention. In Wahrheit ist es so, dass ein spürbarer Teil der Raucher von alleine sehr schwer wieder loskommt und daher dringend Unterstützung gefragt ist. Hier wären allerdings kreative Initiativen gefordert, wie man sehr viel effektiver und sehr viel stärker Menschen, die rauchen, darin unterstützen kann, nicht mehr zu rauchen, wenn sie das möchten.

Viel wichtiger ist aber die Frage, wie wir Kinder und Jugendliche vom Rauchen abhalten. Es gibt eine sehr eindrucksvolle Zahl aus den Vereinigten Staaten. Das Risiko, dass Teenager zu rauchen anfangen, steigt um das 16-Fache, wenn Teenageridole in Kinofilmen ebenfalls rauchen. Das ist nichts Neues, und zumindest alle von Ihnen, die einmal in ihrem Leben geraucht haben, werden sich an die Zeit erinnern, als man damit anfang. Natürlich hat es etwas mit Erwachsenwerden zu tun und der Tatsache, dass es für Kinder und Jugendliche verboten und für Erwachsene vollkommen normal und sanktioniert ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, eine konsequente Restriktion – keineswegs ein Verbot von Tabakwaren, aber sehr wohl eine konsequente Restriktion, die deutlich macht, dass Rauchen die nicht erwünschte Eigenschaft und keineswegs ein normaler Bestandteil des Erwachsenseins ist –, ein klares Tabu im Umgang mit Kindern und Jugendlichen werden außerordentlich hilfreich sein, weil sie deutlich machen, dass dieses Verhalten keineswegs eine Leistung des Erwachsenseins ist.

Der Hessische Landtag ist auf der Grundlage der Initiative der SPD und unter Einbeziehung der Gaststätten in das Rauchverbot auf einem guten Weg. Ich bin außerordentlich zuversichtlich, dass wir in den nächsten Wochen, nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Informationen, die wir aus der Anhörung gewinnen konnten, gemeinsam zu einer sinnvollen, klugen und vernünftigen Lösung kommen werden, die den Schutz der Nichtraucher und der Menschen sicherstellt, die keinen Rauch einatmen möchten, und zwar an allen Orten, an denen sich die Menschen aufhalten müssen oder an denen sie sich im öffentlichen Raum aufhalten möchten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Dr. Spies, vielen Dank. – Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Kollegin Beer zu Wort gemeldet.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Herrn Kollegen Spies für seinen Redebeitrag ausgesprochen dankbar.

(Zuruf: Ich nicht!)

Denn er hat sehr schön plastisch gemacht, worum es der Sozialdemokratie dieses Hauses geht. Es geht ihr nämlich um die Zwangsbeglückung.

(Beifall der Abg. Florian Rentsch und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Herr Kollege Spies, die FDP setzt ein freiheitliches Prinzip gegen die sozialdemokratische Zwangsbeglückung. Das ist die Kennzeichnungspflicht. Sie ist ein Prinzip, das wir aus sämtlichen Lebensbereichen unserer Gesellschaft kennen.

Wir zeichnen Zigaretten – oder, Herr Kollege Dr. Wagner, auch Zigariellopackungen – mit einer Bemerkung aus, die besagt, dass Rauchen gefährlich ist. Derjenige, der zu dieser Packung greift, tut dies aufgrund seines freien Willens. Er hat sich dazu entschieden, obwohl er dieses Risiko kennt.

Wir kennzeichnen Lebensmittel, wenn sie genveränderte Bestandteile enthalten. Wir kennzeichnen Lebensmittel mit Aussagen darüber, ob sie Zucker oder Fette enthalten. Derjenige, der nach einem Gericht mit einem hohen Fett- oder Zuckeranteil greift, weiß, was er sich und seinem Körper zumutet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Unruhe)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Beer, entschuldigen Sie bitte, dass ich Ihre Rede kurz unterbreche. – Im Saal ist es schon wieder arg unruhig. Ich bitte Sie nochmals, der Rednerin zuzuhören und Ruhe einkehren zu lassen.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Herr Dr. Spies, nach demselben Prinzip wollen wir bei privaten Räumen vorgehen. Die Räume der Gaststätten sind privat. Sie befinden sich nämlich im Eigentum Privater und nicht öffentlicher Hand. Wir wollen, dass private Räume gekennzeichnet werden, dass man, wenn man dort hineingeht, weiß, ob man sich dort dem Qualm von Zigaretten, Zigariellos oder Pfeifen aussetzt. Ob man das dann tut, ist eine persönliche Entscheidung. Die kann einem keiner abnehmen.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wir Liberale wollen auch nicht, dass den Gastwirten die Entscheidung abgenommen wird, ob sie mehr Gäste haben wollen, die rauchen und dazu einen Schnaps trinken,

(Michael Siebel (SPD): Natürlich darf man das!)

oder ob sie mehr Gäste haben wollen, die es bevorzugen, in einer rauchfreien Atmosphäre zu konsumieren. Das werden sie selbst entscheiden müssen. Lieber Herr Kollege Dr. Spies, da soll es keine Zwangsbeglückung geben.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Florian Rentsch (FDP) – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Lieber Herr Kollege Dr. Spies, wenn Sie die Leute wirklich von diesen Gefahren des Lebens abhalten wollen, dann müssten Sie sehr viel weiter gehen. Das Leben ist gefährlich und endet mit dem Tod.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Es ist lebensgefährlich!)

Das Autofahren, der Alkoholkonsum, ja schon sogar das Rauchen auf der Straße, wenn an der Bushaltestelle jemand neben mir steht und raucht, beeinträchtigen mich. Sie müssten dann konsequent sein und ein generelles Verbot vorsehen. Davon ist aber in Ihrem Gesetzentwurf absolut nichts zu finden.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Dr. Spies hat die Gelegenheit zur Antwort.

(Florian Rentsch (FDP): Es sind nur zwei Minuten! Das sage ich Ihnen! – Gegenruf des Abg. Michael Siebel (SPD): In zwei Minuten kann man keine Zigarette rauchen!)

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Liebe Frau Kollegin Beer, ich teile die Einschätzung nicht, dass man Menschen durch Zwang glücklich machen kann.

(Nicola Beer (FDP): Ja eben, ich auch nicht!)

Sie haben allerdings etwas sehr klar gesagt. Lebensmittel werden z. B. daraufhin gekennzeichnet, ob sie gentechnisch veränderter Bestandteile enthalten. Dabei müssen wir heute davon ausgehen, dass wir hinsichtlich der tatsächlichen Schädlichkeit gentechnisch veränderter Bestandteile – ich sage es einmal so – wenig harte Belege haben.

(Florian Rentsch (FDP): Deswegen kennzeichnen wir die Lebensmittel ja!)

Frau Kollegin Beer, hinsichtlich der Frage, ob Passivkonsum von Tabakrauch schädlich ist, haben wir sehr harte Belege. Darin besteht der Unterschied.

(Nicola Beer (FDP): Aber dann müssten Sie doch das Tabakrauchen verbieten!)

Es reicht eben nicht, wenn man sich im Quaal anderer Leute befindet, darauf hingewiesen zu werden: Übrigens, dieser Rauch kann tödlich sein. – Vielmehr geht es darum, die Freiheit der Personen sicherzustellen, die keinen Rauch einatmen möchten.

Ich bin außerordentlich überrascht und, so muss ich sagen, auch ein bisschen enttäuscht, auf welches Niveau sich der politische Liberalismus in Deutschland begeben hat,

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

wenn er meint, der Zustand anarchistischer Regellosigkeit sei mit Freiheit gleichzusetzen.

(Florian Rentsch (FDP): Großer Gott, so etwas Abstruses habe ich noch nicht gehört!)

Es gehört zu den elementaren Aufgaben des Staates, an den Stellen, an denen das Zusammenleben der Menschen

zur Verminderung von Konflikten regelungsbedürftig ist, die entsprechenden Regelungen zu treffen. Die Heftigkeit, mit der die Mitglieder der FDP hier für das Verqualmen der Räume kämpfen, ist ein Zeichen dafür, dass wir ein entsprechendes Gesetz brauchen, damit sich die Leute nicht auch noch in den Kneipen so streiten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war eben lang anhaltender Beifall bei der SPD!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Spies, vielen Dank. – Ich erteile für die Landesregierung Frau Sozialministerin Lautenschläger das Wort.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte hat sehr deutlich gemacht, dass das Thema Nichtrauchererschutz ein sehr emotional besetztes Thema ist.

(Michael Siebel (SPD): Da müssen wir erst einmal eine rauchen gehen!)

Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten hatten eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein Eckpunktepapier für einen umfassenden Nichtrauchererschutz zu erstellen. Sie wissen, dass am 23. Februar 2007 mit einer großen Mehrheit bei den Ländern unter Beteiligung des Bundes die Eckpunkte festgelegt wurden, damit der Nichtrauchererschutz tatsächlich gewährleistet werden kann.

In der Debatte wurde sehr schön deutlich, dass wir auf der einen Seite über Freiheit und auf der anderen Seite über Gesundheit reden, aber auch darüber, was einen selbst schädigt bzw. andere schädigen kann.

Ich will jetzt gar nicht mehr auf die Zahlen hinsichtlich des Passivrauchens eingehen. Das ist aber eigentlich der Hintergrund dessen, worüber wir hier sprechen.

Selbstverständlich kann jeder seine Entscheidung für sich treffen. Aber auf der anderen Seite müssen wir über den Schutz vor Passivrauchen sprechen.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass ich es bedauere, dass auf Bundesebene keine Regelung getroffen wurde. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass man das mit dem Passivrauchen auch über die Arbeitsstättenverordnung hätte regeln müssen.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist nicht erfolgt. Daraufhin nahm die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit auf. In dieser Arbeitsgruppe der Länder haben alle miteinander versucht, sich weitgehend abzustimmen. Ich bin durchaus der Auffassung, dass wir versuchen sollten, möglichst einheitliche Regelungen zu erzielen, die sowohl für den Verbraucher als auch für den Inhaber einer Gastwirtschaft oder einer Kneipe einfach nachzuvollziehen sind.

Deswegen hat sich die Gruppe auch nicht an dem orientiert, was der Bund ursprünglich vorgesehen hatte. Der wollte nach Speisen unterscheiden. Je nach dem, was ge-

rade auf der Speisekarte steht, sollte der Nichtraucher-schutz gelten oder nicht.

Wir haben großes Einvernehmen darüber herstellen können, wie in öffentlichen Gebäuden hinsichtlich des Nicht-raucherschutzes verfahren werden soll. Ich glaube übrigens, dass das Rauchverbot an Schulen wegen der Vorbildwirkung für Kinder und Jugendliche nicht einmal im Hessischen Landtag strittig war. Wir haben ein Rauchverbot an Kindertagesstätten eingeführt. Dabei haben wir klar definiert, dass dort nicht mehr geraucht werden darf, weil wir auch da die Vorbildfunktion sehen, die das für die Kinder haben kann.

Bei diesem Gipfel waren sich alle darüber absolut einig – das gilt übrigens auch für die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen –, dass in allen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche im Bildungs- und Freizeitbereich ein umfassendes Rauchverbot gelten soll. Das betrifft also die Kindertagesstätten, die Schulen, die Stätten der Erwachsenenbildung, die Hochschulen, die Sportstätten und auch die Einrichtungen der Jugendhilfe. Das Gleiche soll für die Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie für weitere öffentliche Gebäude gelten.

Selbstverständlich hat man sich auch noch auf etwas anderes verständigt. Das bedarf eigentlich keiner weiteren Erwähnung. Denn damit wird die Unverletzlichkeit der Wohnung quasi sichergestellt. Dementsprechend sind z. B. in einem Altenwohnheim Ausnahmen für das selbst genutzte Zimmer zuzulassen. Das wurde noch einmal ausdrücklich festgehalten. Aber das soll gesetzlich vorgegeben werden.

Das sind die Punkte, auf die sich alle Länder absolut einvernehmlich verständigt haben.

Es gibt ein Gebiet, über das noch diskutiert wird. Es betrifft die Gaststätten. Die große Mehrheit der Länder ist der Auffassung gefolgt, dass Gaststätten grundsätzlich rauchfrei sein sollten, dass aber abgetrennte Raucherräume möglich sein sollen. Das wäre ein klares Signal an die Betreiber. Sie wüssten dann, wie mit dem Rauchverbot umzugehen ist.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will hier eines noch einmal verdeutlichen. Es wurde lange darüber diskutiert, ob man das Rauchverbot an der Quadratmeterzahl oder der Betriebsgröße festmachen sollte. Aber alles, was uns vorgelegen hat – auch das aus dem Ausland –, hat deutlich gemacht, dass es damit nicht einfacher würde.

Auch die Vertreter aus dem Gaststättenbereich haben dazu sehr unterschiedliche Auffassungen. Ich habe aus den Äußerungen während der Anhörung herausgehört, dass der entsprechende Verband erklärt hat, eine rauchfreie Gaststätte sei für ihn unproblematisch. Zumindest habe ich auf Nachfragen hin deren Position so verstanden. Problematischer ist das eher bei den Kneipen.

Wenn die Ministerpräsidenten jetzt den Beschluss fassen würden, der in den Eckpunkten auf dem Nichtraucher-gipfel vorgelegen hat, dann würden wir versuchen, für die Gaststätten eine Regelung mit abgetrennten Raucherräumen vorzusehen. In allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens wollen wir tatsächlich das Rauchen untersagen, also Nichtraucherbereiche einführen. Das soll auch unter dem Gesichtspunkt des Arbeitnehmerschutzes erfolgen und am Kinder- und Jugendschutz ausgerichtet werden.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wollen, dass das die Länder gemeinsam so umsetzen. Wir, die Mitglieder dieser Landesregierung, werden deshalb versuchen, dass in Abstimmung mit den übrigen Ländern auch die Definitionen in den einzelnen Gesetzen angeglichen werden. Ich würde es für richtig halten, wenn man dafür gemeinsam einen Weg finden würde. Dann müssten nicht in jedem Land neue Definitionen gesucht werden, wie mit dem Nichtraucher-schutz umgegangen werden soll, wann es sich um einen Raucherraum handelt, wann Ausnahmen zugelassen werden sollen und wie das jeweils zu definieren ist.

Weil das inzwischen in der öffentlichen Diskussion ein wenig durcheinandergeht, will ich dazu sagen, es war völlig einvernehmlich, dass in nicht geschlossenen Gebäuden – dazu zählen Bierzelte und Biergärten – selbstverständlich nach wie vor geraucht werden darf.

Das waren die Punkte, die auf dem Nichtraucher-gipfel einvernehmlich vereinbart worden sind. Wir werden auf dieser Grundlage einen Gesetzentwurf erstellen, der selbstverständlich mit den weiteren Ländern, die sich darauf vereinbart haben, intensiv abgestimmt wird, sodass die Regelungen möglichst zwischen Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Thüringen und vielen anderen Ländern, die mitmachen werden, einheitlich sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre schön, wenn wir im weiteren Verfahren einen Konsens im Hessischen Landtag finden können. Wir werden das so weit vorbereiten, auch mit den anderen Bundesländern, da es unser Ziel ist, eine größtmögliche Übereinstimmung auf der einen Seite aus Sicht des Gesundheitsschutzes, aber auch unter dem Gesichtspunkt der Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Betriebe hinzubekommen.

(Unruhe)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Lautenschläger, entschuldigen Sie bitte kurz. – Es ist wieder eine derart laute Geräuschkulisse. Ich würde Sie eindringlich bitten, entweder hier Ruhe einkehren zu lassen oder, wenn es unbedingt sein muss, die Diskussion draußen fortzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Nicola Beer (FDP): Und draußen rauchen!)

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Damit wissen die Betriebe, wie planbar für sie die Zukunft ist. Hessen hat mit der Regelung in den Schulen, in den Kindertagesstätten, mit der freiwilligen Regelung in den Zügen des öffentlichen Personennahverkehrs klare Akzente gesetzt. Diesen Bereich wollen wir jetzt mit der Vereinbarung weiter umsetzen.

Wir sollten es nicht so sehr in Schwarz-Weiß diskutieren. Viele Gastwirte sind sehr unterschiedlicher Auffassung. Wir versuchen, eine gemeinsame Regelung zu finden. Es gibt die Möglichkeit, Raucherräume einzurichten. In dem Bereich sollten wir durchaus alle miteinander mit ein wenig mehr Gelassenheit diskutieren, ohne jeweils dem anderen vorzuwerfen, dass er jemanden diskriminieren will.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Durchaus interessant ist, wenn Sie sich anschauen, wie in der letzten Woche eine Umfrage innerhalb der Bevölke-



rung dazu gewesen ist. Es gibt eine deutliche Mehrheit von ungefähr zwei Dritteln für ein komplettes Verbot in Gaststätten bzw. die Einrichtung von Raucherräumen in Gaststätten. Das ist auch der Weg, den wir gehen wollen und für den wir einen Gesetzentwurf vorbereiten werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Lautenschläger. – Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Schulz-Asche von den GRÜNEN das Wort.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ministerin Lautenschläger, es kommt nicht sehr oft vor, aber ich möchte Ihnen ausdrücklich für Ihre Rede in allen einzelnen Punkten danken und möchte hiermit ankündigen, dass wir uns als grüne Fraktion mit unserem Gesetzentwurf weitgehend in dem, was Sie an Eckpunkten genannt haben, wiederfinden. Ich kündige Ihnen an, dass wir mit Ihnen eine sehr konstruktive Diskussion über den Gesetzentwurf führen werden, der von Ihnen eingebracht wird. Ich denke, dass wir eine große Gemeinsamkeit hinbekommen werden. Deswegen möchte ich ganz ruhig – nachdem Frau Beer hier emotionalisiert hat; das ist zum Teil eine Diskussion, die leicht ins Hysterische abgleitet –

(Lachen des Abg. Florian Rentsch (FDP))

auf zwei Punkte eingehen. Ich will es ganz ruhig machen. Sie hatten selbst darauf hingewiesen, wie ich finde, zu Recht, dass freiwillige Vereinbarungen deshalb scheitern, weil ein Gastwirt von seiner Funktion und seinem Selbstverständnis her ein Problem damit hat, seinen Gästen das Rauchen zu verbieten. Genau deswegen brauchen wir eine gesetzliche Regelung, die es ihm ermöglicht, einen rauchfreien Raum für die nicht rauchenden Gäste darzustellen. Um ihn genau aus dieser Problematik herauszubekommen, brauchen wir eine gesetzliche Regelung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

So viel zur freien Wahl der Gäste, die Sie immer voranstellen.

Noch ein zweiter Punkt zu den Gastwirten. Wenn wir über die Wahlfreiheit der Gäste reden – auch dazu ist schon gesagt worden, Menschen gehen nicht in ein Restaurant oder in eine Kneipe oder in eine Bar, um zu rauchen, sondern sie gehen dorthin, um mit anderen Menschen zusammen Zeit zu verbringen, gemeinsam zu trinken,

(Michael Boddenberg (CDU): Gemeinsam eine zu rauchen!)

sich zu unterhalten.

(Zurufe der Abg. Nicola Beer und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Meine Damen und Herren, wir wissen doch genau – das wissen wir aus unseren Fraktionen, aus unseren Freundschaften –, dass alle diese Gruppen aus Rauchern und aus Nichtraucherern bestehen. Die Vergangenheit bestand darin, dass wir Nichtraucher gemeinsam mit den Rauchern

extra in die Kneipen gegangen sind, um den Rauchern das Rauchen zu ermöglichen.

Stellen Sie sich doch einfach einmal Ihren ländlichen Raum vor. Da haben Sie eine Dorfkneipe. Die Jugendlichen wollen dahin gehen. Die wollen in diese Kneipe gehen. Das sind zehn Jugendliche. Davon rauchen zwei, und acht rauchen nicht. Was meinen Sie, wohin die Jugendlichen gehen? Die gehen natürlich in die Kneipe, wo geraucht wird, weil sich keiner von den anderen traut, zu sagen: Nein, liebe Leute.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist doch nicht mehr die Lebensrealität von Jugendlichen. Das ist doch nicht die Lebensrealität von Kolleginnen und Kollegen. Das ist doch nicht mehr die Lebenswirklichkeit von Menschen in unserem Land.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sehr emotionslos, Frau Kollegin!)

Wir wollen nicht mehr nach dem Rauch stinken, wenn wir aus der Kneipe kommen. Auch wir Nichtraucher wollen unser Recht haben. Herr Boddenberg, Sie erinnern sich an die kleine Szene. Ein höflicher Raucher fragt: Stört es Sie, wenn ich rauche? – Wir Nichtraucher wollen einfach die Freiheit haben, dann sagen zu dürfen: Ja, es stört mich. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Nicola Beer (FDP): Das kannst du doch heute schon sagen!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Schulz-Asche. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Rentsch für die FDP-Fraktion das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte hat eines gezeigt. Häufig beschwerten sich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land darüber, dass sich Parteien nicht mehr unterscheiden. Deshalb ist es gut, dass es die Liberalen gibt, weil wir uns Gott sei Dank wirklich von den anderen drei Parteien unterscheiden.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt Versuche, die Menschen über Verbote und Regelungen zum Glück zu zwingen – das hat die Debatte heute wieder gezeigt. Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie haben im letzten Beitrag angekündigt, Sie würden eine emotionslose Debatte führen. Ich glaube, Ihren eigenen Forderungen sind Sie nicht ganz nachgekommen. Ich finde schon, dass Sie bei der Unterstellung in unsere Richtung sehr vorsichtig sein müssen, wir würden sozusagen den Gesundheitsschutz nicht ganz ernst nehmen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich will Ihnen das erklären. Ich glaube, es geht um das, was die Frau Ministerin gesagt hat. Es geht um die Eckkneipe, wo man sich trifft und möglicherweise zusammen ein Bier trinkt. Es geht bei diesen Kneipen – ich weiß nicht, ob Sie dahin gehen, ich nehme Sie gerne einmal mit,

obwohl ich nicht rauche – häufig auch darum, dass man gemeinsam eine Zigarette raucht.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Kreisen lässt, Herr Rentsch?)

Ich finde das nicht gut, weil ich glaube, dass das nicht gerade gesundheitsfördernd ist. Aber wenn es Menschen gibt, die sich dazu bereit erklären, so einen Schritt zu gehen, warum soll ich es diesen Menschen verbieten?

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist doch die einzige Frage. Frau Kollegin Schulz-Asche, wenn Sie konsequent wären – das habe ich Ihnen schon einmal gesagt –, dann würden Sie ehrlich sagen, Sie verbieten das Rauchen in toto; denn es ist auch in Privaträumen gefährlich. Auch das Rauchen in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus ist gefährlich. Sie schädigen damit möglicherweise Dritte. Leider wissen Sie, dass Sie da gesetzlich nicht herankommen. Insofern haben Sie es auch nicht vorgeschlagen. Seien Sie also konsequent, und sagen Sie, Sie wollen das Rauchen insgesamt verbieten. Das wäre eine sehr viel ehrlichere Diskussion.

(Norbert Schmitt (SPD): Ach, jetzt hör doch auf!)

Zweiter Punkt. Frau Ministerin, Sie haben gesagt, wie sich die Landesregierung dazu verhält. Interessant ist, dass die Diskussion der Gesundheitsminister dazu geführt hat, dass sich mittlerweile einige Länder nicht mehr an die Vereinbarung gebunden fühlen. Das erinnert mich an eine andere Institution, die Kultusministerkonferenz. Da wird auch immer etwas beschlossen, und eine Woche später heißt es von allen Bundesländern: Wir machen das irgendwie anders. – Das scheint bei der Gesundheitsministerkonferenz auch so zu sein.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Es war nicht die Gesundheitsministerkonferenz!)

Wenn „Hessen vorn“ gilt, dann auf jeden Fall nicht in diesem Rahmen. – Frau Ministerin, ich habe eine konkrete Frage an Sie. Ich wäre dankbar für eine Antwort. Sie haben gesagt, es müsse die Möglichkeit geben, Raucherräume einzurichten. Das halten wir für richtig, weil das eine sehr wirksame Maßnahme ist, um Gäste vor Rauch zu schützen. Darin sind wir uns einig. Frau Ministerin, was machen Sie aber mit Kneipen, die nur einen Raum haben?

(Dr. Thomas Spies (SPD): Da wird nicht geraucht!)

Die können keinen Raum einrichten, außer – wie gerade dazwischengerufen worden ist – der Toilette.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Richtig!)

Warum soll diese Kneipe das Rauchen in toto verbieten, wenn z. B. nur Raucher dahin gehen? Das ist doch absolut nicht notwendig.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Jürgens, ich will es Ihnen kurz erklären. Man kann keine Nichtraucher schützen, wenn nur Raucher im Raum sind. Das wäre so, als ob Sie versuchten, zwischen einem siamesischen Zwilling eine Regelung herbeizuführen – der eine Teil raucht und der andere Teil nicht. Das ist auch relativ schwierig umzusetzen. Wen wollen Sie denn schützen, wenn alle Leute rauchen? Sagen Sie doch einmal, wen Sie schützen wollen. Wenn alle in ei-

nem Raum rauchen, dann müssen Sie niemanden schützen, und dann muss der Staat auch nicht eingreifen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass die Debatte heute eines gezeigt hat. Es muss eine Regelung geben, die den Menschen Entscheidungsmöglichkeiten einräumt.

(Beifall bei der FDP)

Sie, meine Damen und Herren von Rot, Schwarz und Grün, räumen den Menschen eben nicht entsprechende Entscheidungsmöglichkeiten ein, sondern Sie wollen auf dem Staatsweg eine gesetzliche Regelung herbeiführen. Wir halten das für grundlegend falsch, weil wir glauben, dass der freie Bürger in einer freien Gesellschaft Möglichkeiten haben muss, sich anders zu entscheiden. Insofern ist der FDP-Gesetzentwurf eine sehr pragmatische Lösung.

Frau Ministerin, abschließend. Wenn es schon so viel Tohuwabohu im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz gibt, dann kann man auch gleich sagen: Die FDP hat einen guten Vorschlag gemacht – mit anderen Bundesländern. Wir überlegen uns vielleicht einmal, einen guten Vorschlag der Opposition anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Nun hat sich noch Herr Kollege Reif für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet.

#### **Clemens Reif (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin bekennender Nichtraucher. Ich habe in meiner Jugend geraucht, und ich bin „als Schwerstabhängiger“ davongekommen.

(Beifall des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Herr Spies, ich möchte dennoch einige Bemerkungen dazu machen. – Erste Bemerkung. Wir haben als Menschen die Möglichkeit, uns frei zu entscheiden, Raucher oder Nichtraucher zu sein.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben als Menschen aber auch als Zweites die Entscheidung, uns in einer Atmosphäre zu bewegen, wo wir akzeptieren, dass andere rauchen, oder wo wir nicht akzeptieren, dass andere rauchen. Das beginnt nicht in der Kneipe, sondern das beginnt manchmal, wenn wir ganz ehrlich sind, in unserer eigenen Familie, in den eigenen vier Wänden.

(Zuruf von der SPD)

– Ich habe dabei andere Erfahrungen gemacht. Deshalb ist, glaube ich, ein Umerziehungsprozess, den wir bei erwachsenen Menschen einleiten wollen, manchmal erfolglos.

Ich möchte allerdings bemerken, dass wir nicht unbedingt Dinge mit ausländischen Verhältnissen vergleichen sollen, die nicht zu vergleichen sind. Hier wird des Öfteren gesagt, in anderen Ländern, insbesondere in angelsächsischen, ist das Rauchen generell verboten. Das ist richtig. Aber die Kultur in den angelsächsischen Ländern ist so,

dass man in Speiselokale geht, dort speist – sein Essen einnimmt, seinen Wein trinkt –, dann aber dieses Lokal auch bald wieder verlässt. Die Kultur in unserem Land ist vollkommen anders. Wir gehen in ein Lokal, essen und trinken – und sitzen in diesem Lokal noch eine Weile zusammen. In Amerika, in England, in Asien geht man dazu in eine Lounge oder nach Hause.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb habe ich das italienische Modell genommen!)

Das ist der Unterschied. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesem Unterschied muss man Rechnung tragen, indem man in den Lokalen, in denen es möglich ist, Trennbereiche vorsieht.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich möchte Ihnen ein Weiteres sagen. Ich komme aus einem ländlichen Wahlkreis. Dort gibt es 113 Dörfer. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass wir die Kneipe um die Ecke in Herborn, Dillenburg, Haiger oder anderswo ganz einfach verbieten. Dort gibt es keine Möglichkeit, den Nichtraucherschutz so einzuführen, wie das nach dem Gesetzentwurf der GRÜNEN geschehen soll.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die einzige Möglichkeit ist, dass diese Kneipen alle zumachen müssen. Denn dann geht niemand mehr dorthin.

Das möchte ich gerne verhindern. Deshalb bitte ich sehr eindringlich, dass wir – wenn wir eine gesetzliche Regelung, für die ich allerdings bin und für die ich sehr viel Sympathie habe, für diese Kneipe um die Ecke finden, in der vielfach nur zwei oder drei Tische stehen, die aber stark frequentiert werden – eine Ausnahmeregelung dergestalt schaffen, dass sie ihren Geschäftsbetrieb nicht aufgeben muss, sondern dass sie weiterhin ein Angebot darstellt. Kein Nichtraucher muss dorthin gehen. Kein Nichtraucher, der das nicht will, muss sich in diese Umgebung begeben. Auch Arbeitnehmer haben andere Optionen und müssen sich dort nicht anstellen lassen.

Ich möchte nur, dass wir darüber nachdenken und uns diese Möglichkeit, diese Option offenhalten – damit wir nicht mutwillig eine Kultur zerstören, die sich über Jahrzehnte, Jahrhunderte entwickelt hat und die für unser Land steht, die für die Gemütlichkeit und die Kommunikation im ländlichen Raum, aber auch im urbanen, im städtischen Bereich steht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Reif. – Nun hat sich der Kollege Spies noch einmal zu Wort gemeldet.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Verehrter Herr Kollege Reif, ich würde Ihren Schlussfolgerungen folgen wollen, wenn ich Ihren Prämissen folgen könnte. Gleich zu Anfang haben Sie darauf verwiesen – ich meine, das zeigt einen wesentlichen Teil des Problems, ganz ernst und ohne alle Polemik –, dass Sie selbst Raucher waren, und Sie haben das mit einer in der ICD-10 zu klassifizie-

renden Beschreibung der Abhängigkeit charakterisiert. So ging mir das auch. Sie haben darauf verwiesen, dass Sie als Jugendlicher angefangen haben zu rauchen. Das ist schon der erste Teil des Problems.

(Clemens Reif (CDU): Das habe ich nicht gesagt!)

Denn die Annahme, man würde sich frei entscheiden, ob man Raucher sein wolle oder nicht, ist schon unzutreffend. In dem Alter, in dem in Deutschland Kinder anfangen zu rauchen, nämlich unter zwölf Jahren, kann man überhaupt nicht davon reden, dass sie sich dafür frei entscheiden. Angesichts der konsequenten Beimischung von Substanzen, die den Suchteffekt von Tabak deutlich verstärken, ist auch ab dem Zeitpunkt einer solchen Initiation von einer freien Entscheidung des Rauchers kaum mehr zu sprechen.

Genauso steht es mit der freien Entscheidung, ob man zu Orten geht, an denen geraucht wird oder nicht. Wir halten es für richtig, wenn die Fußballmannschaft nach dem Spiel noch in die Kneipe geht. Wir möchten, dass Menschen so in Mannschaften zusammenhalten, dass sie nicht nur zusammen Fußball spielen; wir halten das für erstrebenswert, für förderlich, und wir geben Geld für Vereinskneipen aus,

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

damit die auch hinterher zusammensitzen. Sie sagen, der Einzelne habe jetzt die Freiheit, zu sagen: Ich gehe nicht mit, weil ich als Nichtraucher nicht mit den zwei Rauchern in die Kneipe gehen möchte. – Die Wahrheit ist: Niemand tut das.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die Wahrheit ist, es wäre völlig selbstverständlich, zu erwarten, dass Raucher dann nicht rauchen.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Da ihnen aber diese Selbstverständlichkeit nicht gelingt, ist es sinnvoll, dass der Gesetzgeber ihnen an dieser Stelle hilft, eine Selbstverständlichkeit einzuhalten.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Reif, Sie haben auf das Thema der eigenen vier Wände verwiesen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Natürlich kenne ich niemanden, der das Rauchen in den eigenen vier Wänden unterbinden will.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie sind aber nahe dran, Herr Spies!)

Aber natürlich ist das ein sehr ernstes Problem, wenn wir über den Schutz von Kindern in Wohnungen reden, in denen ständig gequalmt wird.

(Nicola Beer (FDP): Ach nee!)

– Natürlich ist das ein Problem. Natürlich können wir feststellen, dass man bei diesen Kindern ganz erhebliche Veränderungen im Blut nachweisen kann, dass diese Kinder ein ganz erheblich erhöhtes Risiko für Lungenkrankheiten usw. haben. Deshalb ist das Argument, die Kneipe sei so etwas wie die eigenen vier Wände – in die wir nicht hineingreifen wollen, in denen aber dieses Problem ebenfalls besteht –, eines, das wenig trägt.

Ob die Prognosen recht haben, dass alle Kneipen zumachen, wenn man dort nicht mehr rauchen darf, oder ob diejenigen recht haben, die uns in einer Vielzahl von Ländern zeigen, dass Kneipen dann mehr und nicht weniger



Gäste haben, dass Rauchverbote Konjunkturprogramme für die Gastwirtschaft sind –

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

meine Damen und Herren, ich wäre ungeheuer dankbar, wenn irgendjemand, der uns erklärt, die Kneipen würden dann alle schließen, einmal einen konkreten Beleg lieferte, an welcher Stelle dieser Erde wegen des Rauchverbots eine Kneipe geschlossen hat. Dieser Beleg ist nicht zu erbringen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Deshalb ist dieses Argument nicht überzeugend. Daher freue ich mich, dass wir in dieser Debatte an so vielen Stellen eine solche Übereinstimmung hatten.

(Clemens Reif (CDU): Ihnen ist nicht zu helfen!)

Ich denke, wir sehen einem erfolgreichen Gesetzgebungsverfahren entgegen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Spies.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache angelangt und können die beiden Gesetzentwürfe – den Gesetzentwurf der GRÜNEN, Drucks. 16/6928, und den Gesetzentwurf der FDP, Drucks. 16/6968, zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Sozialpolitischen Ausschuss überweisen.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 55:**

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/6862 –**

Hier wurde mir angekündigt, dass die SPD-Fraktion die Petition Nr. 3455/16 dem Petitionsausschuss zurücküberweisen möchte.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Dann verfahren wir so und befinden nur über die restlichen Petitionen.

Wer den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse über die anderen Petitionen die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen gibt es nicht, Enthaltungen auch nicht. Damit haben wir das beschlossen.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen allen einen netten Abend und freue mich, Sie morgen um 9 Uhr wieder hier zu sehen.

(Schluss: 17.57 Uhr)